Peter Helmes

Beim Zeus - raus mit Euch!

Die Griechen und der Euro

Beim Zeus, Ihr Griechen – raus mit Euch!

– Griechenland, Europa und der €uro –

Von Peter Helmes

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des Deutschland-Magazin

1. Auflage August 2012

2. aktualisierte Auflage September 2012

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
Postbank, BLZ 200 100 20, Konto-Nr.: 333 33 205

Druck:
SZ-Druck, Martin-Luther-Straße 2-6, 53757 St. Augustin

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis Seite

Der Autor 5

Eine bedrückende Erkenntnis 7

– Die Wiege unserer Kultur 7
– Sozialismus statt Solidität 9
– Europas Hasardeure 13
– Deutschland – Bankomat Europas 14
– Augiasstall ausmisten 17
– Dank 17

I. Griechenland und Europa 18

– Beim Zeus – raus mit Euch! 18
– Klartext angemahnt 19
– Wir EU-Deppen 19
– Das Schweigen der Lämmer 20
– „Laßt mein Land zur Hölle fahren!“ 22
– Ein Faß ohne Boden 23
– „Irgendwer muß ja arbeiten“ 26
– Bukolisches Hellas: Unglaubliches aus Arkadien 27
– Ergebnislose Rettungsaktionen 30
– Alarmierende ökonomische Situation 32
– Das Ende des Griechen-€uro 34
– Brief einer Geldtante an die Griechen 34

II. *ESM* – Ende der Souveränität Deutschlands 41

– Wir sitzen in der Falle 43
– Das Schulden-Rad 46
– Unheilvoller Rettungsschirm 47
– Der Rettungsschirm EFSF 48
– Der ESM – Deutschlands „Schwarzer Freitag“ 50
– Die unvermeidbare „Nazi-Keule“ 53
– Die Zwerg-Ökonomen der SPD 58
– Allmächtige Europäische Fiskalbehörde 61
– Die 5 Todsünden des ESM 62
– Das Urteil des BVG zum ESM 63

III. Besorgnis und Empörung bei Konservativen 71

– Elfi Damian: Europa der Vaterländer 72
– Christian Irmler: Nicht Ungleiches gleichmachen! 73
– Hans-H. Knütter: Getriebene des Geschehens 75
– Manfred Pradt: Griechenland – ein Albtraum 76
– W. Thüne: Griechenland-Krise ist Euroland-Krise 78

IV. Erläuterungen zu europäischen Begriffen 82

V. Kleine Selbstdarstellung des Herausgebers 85

Der Autor

Peter Helmes

Geboren 1943 in Bad Hönningen/Rhein. Abendstudium der Volks- und Betriebswirtschaft, Marketing, Organisation und Philosophie. 1959 Eintritt in Junge Union und CDU (zeitweise auch CSU). Zwischen 1969 und 1996 verschiedene leitende Stationen in der CDU/CSU, u. a. als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Generalsekretär der Internationalen Jungen Christdemokraten und Konservativen, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Mit-Organisator der jährlichen Stern-Fahrten nach Berlin und der Protestkundgebungen zum „17. Juni“ und „13. August“ (Mauerbau) mit bis zu 20.000 Teilnehmern. Bei der Bundestagswahl 1980 Mitglied im Wahlkampfstab von Franz-Josef Strauß als Bundesgeschäftsführer der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“, aus der die *Konservative Aktion* hervorging, die er gemeinsam mit Joachim Siegerist, Gerhard Löwenthal, Ludek Pachmann, Ludwig Eckes, und RA Dr. Ossmann gründete und die die Vorläuferin der jetzigen „Deutschen Konservativen“ war.

Von Ende 1980 bis 1986 arbeitete er in der freien Wirtschaft als Hauptgeschäftsführer eines bundesweit tätigen Bauinvestors. Seit 1996 ist Helmes selbständiger Consultant für Politik und Verbände und arbeitet als Publizist. Ab 1991 lehrt er als freiberuflicher Dozent am Verbands-Management-Institut der Universität Freiburg (CH) zu den Themen Lobbying und Umgang mit den Medien. 1979 verlieh ihm für seine „Verdienste um die europäische Integration“ Gaston Thorn (ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission) den „Pour le Mérite Européen“. 1983 erhielt er die „Lobkovicz-Medaille“ für Verdienste um den Mittelstand.

Helmes ist Verfasser vieler Broschüren und Bücher zu den Themen Europa, Gewerkschaften, Mittelstand und Medien sowie Mitglied der Redaktion des „Deutschland-Magazin/Deutsche Konservative Zeitung“ bei den Deutschen Konservativen e.V., Hamburg.

Publikationen von Peter Helmes

Bei den Deutschen Konservativen bzw. im WPR-Verlag, Hamburg, erschienen u.a.:

- *„So macht der DGB den Staat kaputt“* (über die sozialistische Programmatik des DGB)
- *„Macht Kasse Genossen!“* (über die finanziellen Verflechtungen von SPD, DGB und PDS)
- *„Die Abzocker“* (in Staat, Verbänden und Versicherungen)
- *„Fischer ohne Maske“* (eine Abrechnung mit den „68ern“ und mit Joseph Fischer, ehem. Steinewerfer und Außenminister)
- *„Gesine Schwan – im Netz der roten Spinne“* (über Schwans Kandidatur zum Amt des Bundespräsidenten)
- *„Lafontaine – Rotlicht über Deutschland“*
- *„Steinmeier – kein Kandidat für Deutschland“*
- *„Die grüne Gefahr: Der Treibhausschwindel und andere Öko-Täuschungen“* (gemeinsam mit Dr. Wolfgang Thüne)
- *„Sarrazin .....und er hat doch recht!“*
- *„Die Grünen – Rote Wölfe im grünen Schafspelz“*
- *„Die blutigen Ikonen der Grünen – Terroristen, Kommunisten, Atheisten“*

Peter Helmes erreichen Sie postalisch über Die Deutschen Konservativen, Beethovenstraße 60, 22083 Hamburg oder direkt per:

E-mail: Peter.Helmes@t-online.de,

E-Post: peter.helmes@epost.de,

Facebook: Peter Helmes

Xingh: Peter Helmes

Eine bedrückende Erkenntnis

Ein offenbar erboster Leser meiner zugegebenermaßen oft kritischen und zuweilen aggressiv formulierten Publikationen schreibt mir in einem geharnischten Brief u. a.: „…Ich verstehe Sie nicht. Warum greifen Sie die Griechen an? Haben Sie denn gar keine Geschichtskenntnis, keine Bildung? Wissen Sie nicht, daß Griechenland die Wiege unserer Kultur, unserer Demokratie, unseres Rechtsdenkens und des Humanismus ist? Wer berechtigt Sie, dieses Land anzugreifen und an den Pranger bzw. in Frage zu stellen?...“

Einfach auf meine humanistische Bildung hinzuweisen, wäre mir zu einfach gewesen. Ich habe dem erzürnten Herrn jedoch in Klartext geantwortet – und die Antwort wird den Kern dieser Publikation ausmachen: „Ja, verehrter Herr XY, im Grundsatz haben Sie recht. Aber das war einmal, ist lange her. Tempora mutantur – die Zeiten ändern sich! Das heutige Griechenland hat mit dem Griechenland der Antike genau so wenig zu tun wie das heutige Deutschland mit den Neandertalern! Ich werde Ihnen gerne im Folgenden erläutern, warum ich gegenüber dem heutigen Griechenland und dem heutigen Europa inklusive des €uro so kritisch bin – wenn Sie die Offenheit und die Geduld haben, mir „zuzuhören“. Zunächst ein Sie vielleicht überraschendes Bekenntnis:

Die Wiege unserer Kultur

Ja, wir heutigen Europäer stehen bei den Griechen in der Schuld – ein Kredit, der seit mehr als 2.500 Jahren läuft, ein „ewiger“ Kredit sozusagen – der nicht in Drachmen und nicht in €uro abgezahlt werden kann. Es geht um einen kulturellen Kredit. Ein Kredit an Philosophen, Architekten, Bildhauer, Theaterschaffende, Lehrer etc. Alle diese Gruppen und viele mehr fußen auf griechischen Erfahrungen, Vorbildern, Leitbildern – kurz: auf der griechischen Kultur. Dazu gehört, daß alle diese Menschen

- etwas von Odysseus, Achilles, Ödipus, Antigone oder Prometheus (usw.) gehört,
- etwas von Sokrates, Diogenes, Platon, Aristoteles (usw.) gelesen,
- einmal etwas von den griechischen Göttern erfahren,

- etwas von den unaufdringlich schönen griechischen Bauwerken gesehen hätten
- und wüßten, warum Ärzte den Eid auf Hippokrates leisten.

Ja, wenn wir alle Bilanz aus dieser Kenntnis ziehen müßten, müßten wir in der Tat feststellen, daß wir Schuldner sind – Schulden, die man mit Geld nicht aufwiegen kann. Dem anerkannten Kulturgut und der politischen Wurzel Griechenlands steht jedoch etwas gegenüber, das die Bilanz – also die Abwägung zwischen kultureller und erlebter Tradition – schonungsloser macht.

Dazu gehört eine Grunderkenntnis. Es ist eine Binsenweisheit, die man nicht aus dem Auge verlieren darf: Die Griechen sind keine Nord- oder Westeuropäer, sie sind Südländer – im positiven und eben auch negativen Sinne. Griechen reagieren auf Gesetze durchaus anders als wir – nicht mit der bei uns üblichen Gesetzestreue, die zwar von den Römern stammt, aber inzwischen bei uns zur Norm geworden ist. Die „Norm“ der Griechen ist heute nicht „zwingend“, sondern lediglich eine Art Hilfslinie, die die Richtung weist. Um bei den alten Römern und Griechen zu bleiben: Das Geniale am Latein ist die logische Strenge, das Geniale am Griechischen ist seine Beweglichkeit, die Kunst zu nuancieren. Wohl gibt es (im Griechischen) Grammatikregeln, aber eben auch viele Abweichungen, Nuancen, unendlich viele Ausnahmen – genau wie heute in der griechischen Realität.

Das „Ausspielen“ von Tugend und Untugend findet sich schon bei dem neben Sokrates wohl bedeutendsten griechischen Philosophen Aristoteles (384-322 a. C.). Er lehrte u. a.:

„Also steht die Tugend – und ebenso auch das Laster – in unserer Gewalt. Denn wo das Tun in unserer Gewalt ist, da ist es auch das Lassen, und wo das Nein, da auch das Ja. Wenn also das Tun des Guten in unserer Gewalt steht, dann auch das Unterlassen des Bösen. Und wenn das Unterlassen des Guten in unserer Gewalt steht, dann auch das Tun des Bösen.“

Diesen Satz mußten wir – meine Generation jedenfalls – pauken, bis wir ihn verinnerlicht hatten. Erst später lernten wir einen anderen Satz Aristoteles‘ kennen, eben die oben angedeutete schlitzohrige „Nuance“:

„Alles, was Du sagst, muß wahr sein. ***Du mußt aber nicht alles sagen.****“*

Das Hintertürchen „Du mußt aber nicht alles sagen“ beschreibt recht genau, was den Griechen den Eintritt zum €uro ermöglicht hat. Allerdings haben sie den Satz sehr viel weiter ausgedehnt, was heißt, sie haben nicht nur verschwiegen, sondern auch gelogen, betrogen, gefälscht und getäuscht, um dem „europäischen Elysium“ nahe zu kommen. Auch das gehört zur Wahrheit:

Diese Publikation hat die Schwerpunkte „Griechenland“ und „€uro“. Beide Komplexe sind aber so eng miteinander verknüpft, daß ich sie nicht separat abhandeln wollte. Die Bemerkungen dazu fließen ineinander. Die Griechen haben uns getäuscht – bewußt und gewollt. Die europäischen Politiker haben sich bei der Einführung des €uro getäuscht, weil wesentliche Grundlagen einer gemeinsamen Währung (noch) nicht gegeben waren. Der Unterschied zwischen beiden Täuschungen ist nur, daß man den damals handelnden Europäern wohl nicht Absicht unterstellen darf, eher Blindheit. Der Volksmund nennt das aber zutreffend: „Gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut gemacht.“ Ich komme später mehrfach darauf zurück.

Die heutige griechische Realität ist nicht nur von der Antike geprägt, sondern 2.500 Jahre lang ging die Geschichte weiter – und oft über die Griechen hinweg:

Die griechische Halbinsel wurde fast 500 Jahre vom Osmanischen Reich beherrscht. Die christlich-orthodoxen Griechen wurden dabei von ihren moslimischen Eroberern mit der im Koran für „Ungläubige“ vorgeschriebenen Beutesteuer „Dschizya“ geplündert. Anschließende Kriege mit dem aggressiven türkischen Nachbarn haben ein ausgeblutetes Land hinterlassen.

Sozialismus statt Solidität

Das Ende des 2. Weltkrieges brachte Griechenland nicht die Freiheit, sondern einen blutigen Bürgerkrieg, angezettelt von kommunistischen Untergrundkämpfern. Erst 1974, nach dem Ende einer Militärherrschaft, konnte sich in Griechenland ein demokratisches System etablieren, das jedoch leider mehrheitlich sozialistische Regierungen an die Macht

brachte. Wie immer, wenn Sozialisten den Schlüssel zur Kasse haben, blühen Verschwendungssucht, Korruption, Vetternwirtschaft und Amtsmißbrauch. Dem Volk wurde das „süße Leben“ versprochen, und das Leistungsniveau sank immer weiter. Schuldenberge wurden aufgetürmt. Selbst konservative Regierungen wollten nicht hinter den „Wohltaten“ der Sozialisten zurückbleiben.

Bei der Einführung des €uro war allen Verantwortlichen, auch der EU-Aufsicht in Brüssel, klar, daß Griechenland die Konvergenzkriterien bei weitem nicht erreicht hatte. Das Ausmaß von Korruption und einer Verwaltung auf Dritt-Welt-Niveau war allen Akteuren bekannt. Die Warnungen von namhaften Experten wurden wieder einmal ignoriert. Alle Augen wurden zugedrückt. Diejenigen, die die Aufnahme Griechenlands in die €uro-Zone besonders forcierten, können eindeutig namhaft gemacht werden:

Bei der entscheidenden Debatte im Deutschen Bundestag 1999 hat Rot-Grün unter Schröder, Eichel und Fischer die Aufnahme von Griechenland in die Währungsunion vorangetrieben, während CDU und CSU entschieden dagegen waren. Der deutsche Wähler sollte also wissen, wer ihm das Griechenland-Abenteuer eingebrockt hat.

Die jetzt begonnenen, halbherzigen und von der EU beaufsichtigten Reformen und Sparbestrebungen werden Griechenland nicht retten. Diese Nagelprobe kann Griechenland aus eigener Kraft nicht bestehen, weil das Land zu schwach für einen harten €uro ist! Der wirtschaftliche Niedergang Griechenlands wird durch die Beibehaltung des €uro nicht gestoppt, sondern das Leiden nur verlängert. Milliardensummen, für die allen voran auch wir Deutsche haften, werden verloren sein. Unsere Kinder und Enkel werden uns für die hinterlassenen Schulden hassen oder einfach nicht mehr bereitsein, dafür aufzukommen.

„Bangladesch überholt Griechenland. 2012 dürfte die griechische Wirtschaft hinter eine Reihe von Entwicklungsländern zurückfallen“, titelte die Financial Times am 13.März 2012.

Durch das unsinnige Halten von Griechenland in der €uro-Zone wird an andere Schuldenstaaten (Portugal, Spanien, Irland, Italien, bald auch Frankreich) das falsche Signal ausgesendet. Staatsfinanzen bringt man

nur durch Wirtschaftskraft in Ordnung. Wirtschaftskraft speist sich aus Fleiß, Kreativität sowie Mut und wird gefördert durch den Abbau von unsinnigen Vorschriften und Bürokratie sowie niedrigen Steuern und Abgaben. Genau das Gegenteil davon passiert aber in der EU.

Die griechische Krankheit ist ansteckend und entwickelt sich zu einem finanzpolitischen Tsunami, in dessen Strudel selbst noch als stabil geltende Staaten wie Deutschland oder Österreich hineingezogen werden. Wenn die Retter aber zu Pflegefällen werden, sind keine Retter mehr da, zumal auch die USA vor ähnlichen Schuldenbergen stehen.

Ich glaube trotz aller Horrorszenarien nicht daran, daß der €uro abgeschafft wird. Allerdings befürchte ich eine von Regierungsseite **gewollte Inflation**, über die dann Staatsschulden „weginflationiert" werden. Das wird uns Massenarmut bringen.

Griechenland sollte zu seiner nationalen Währung zurückkehren. Mit abgewerteten Drachmen kann sich das Land erholen und auch wieder zu einem attraktiven Urlaubsland für ganz Europa werden.

Auch das gehört zur Wahrheit: Von griechischen Politikern und Medien wird immer wieder behauptet, Deutschland hätte an Griechenland keine Reparationszahlungen für die Schäden der Besatzung im 2. Weltkrieg geleistet und sollte dies jetzt gefälligst nachholen. Um es klar zu sagen: Das ist falsch! Es hat in der Nachkriegszeit zwischen Deutschland und Griechenland einen Staatsvertrag gegeben, der Griechenland gegen Zahlung einer dreistelligen D-Mark-Millionensumme abfand – unter der Zusage, keine weiteren Ansprüche gegen Deutschland zu erheben.

Aber es gibt, neben den Griechen selbst, weitere Schuldige an der „griechischen Tragödie", und die sollten genannt werden:

* **Die Türken.** Sie haben Griechenland korangetreu geplündert. Muslime fallen seit mehr als tausend Jahren immer wieder in Europa ein – was wir ganz aktuell derzeit auf dem Balkan wieder feststellen können.

* **Die Sozialisten.** Wo sie regieren, kommt es immer zu Armut, weil sich ihre Politik auf ein falsches Weltbild gründet.

* **Die €uro-kraten.** Sie wollen Europa zentralisieren. Das aber würde uns weiter finanziell ruinieren, unsere Kulturen einebnen und zudem die Freiheit einschränken.

* **Die Gutmenschen.** Wenn wir weiter wegschauen und die Finanzen den Schäubles oder gar den Steinbrücks überlassen, dann werden wir in einer schlechteren Welt aufwachen.

Und weitere Entwicklungen haben ebenfalls zu der Entwicklung beigetragen:

* Der inzwischen von der Europäischen Kommission in Brüssel offen angestrebte **Zentralismus** steht im krassen Gegensatz zum „Europa der Vaterländer“, das Adenauer und de Gaulle vorschwebte, und verstößt nicht nur gegen alle Verträge, sondern auch gegen das in der Christlichen Sozialethik verankerte **„Subsidiaritätsprinzip“**.

* Die zentralistische Vereinigung verschiedener Völker ist in der gesamten Weltgeschichte immer schief gegangen (Römisches Reich, Osmanisches Reich, UdSSR usw.). Auch eine **„EUdSSR“** wird scheitern!

* Auch wenn es der vereinigten Linken gewaltig gegen den Strich geht, aber unser Herrgott hat wohl ganz absichtlich unterschiedliche Menschen und kulturell unterschiedliche Völker geschaffen, die sich im Verlauf ihrer Geschichte immer in unterschiedlichen Staaten organisiert haben. **Gleichheit ist nichts anderes als eine realitätsferne sozialistische Utopie.** Gerechtigkeit bedeutet (nach Thomas von Aquin) „Jedem das Seine“ und eben nicht „Jedem das Gleiche“. Wer Ungleiche gleich behandelt, handelt also immer ungerecht!

* Auch der jeweilige Umgang mit Geld und das Finanzsystem sind ein Ergebnis unterschiedlicher kultureller Prägungen und Mentalitäten. Kühle, als „geizig“ empfundene Nordeuropäer ticken da anders als „leichtlebige“ Südeuropäer.

* Daher hätte man die Einführung des €uro zumindest für die ersten 20 Jahre auf Kerneuropa (ohne die Südländer) beschränken, oder wie der ehem. BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel vorgeschlagen hat, das

Währungsgebiet in einen „Nord-€uro“ und einen „Süd-€uro“ aufspalten sollen.

* Mit Ausnahme von Luxemburg haben alle €uro-Länder gegen die 3%-**Defizitgrenze** verstoßen, auch Deutschland, vor allem in den Regierungsjahren von Rot-Grün. Sozialisten können eben nicht mit Geld umgehen!

* Eine klassisch konservative Antwort können nur das **Sparen und die Förderung der Wirtschaft(-skraft)** sein! Seriöse Finanzpolitik war einmal ein Grundprinzip der CDU. Als Konrad Adenauer aus dem Amt schied, soll er seinen Nachfolgern den Satz „und haltet mir den Apparat klein“ mit auf den Weg gegeben haben. Im Zuge der 68er ist genau das Gegenteil davon passiert. Von der kommunalen Ebene, über die Länder, den Bund bis hin nach Brüssel erleben wir ständig neue Pöstchen – Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, Wertstoffinspekteure, Klimaschutzprojektleiter, Armuts- und Friedensforscher und wie diese Linksverwirrten noch alle heißen, die unser Geld verplempern.

* Sozialisten, egal ob Rote, Grüne oder Braune, bedienen immer gerne die niederen Triebe. Für Konservative geht es dagegen um Tugenden. Meine Lieblingsbeispiele in Sachen Finanzen sind dafür immer noch die „schwäbische Hausfrau“ und der „hanseatische Kaufmann“.

Europas Hasardeure

Verehrte Leser, früher war ich das, was man einen „glühenden Europäer“ nannte, angesteckt von der Idee eines geeinten, friedlichen Europa der einzelnen Nationen, wie es einst Adenauer, de Gasperi und de Gaulle verkörpert haben, und für das ich mich beruflich und persönlich in vielen Ländern der Welt eingesetzt habe. Was Kohl, Schröder, Eichel, Steinbrück, Schäuble und Merkel – um nur die wichtigsten Totengräber zu nennen – daraus gemacht haben, bedeutet für mich nicht nur Desillusionierung, sondern Angriff auf meine politische Grundorientierung und meine politische Vergangenheit. Als Träger des „Pour le Mérite Européen“ – verliehen vom seinerzeitigen EU-Kommissionspräsidenten Gaston Thorn – und anderer Auszeichnungen sind mir „europafeindliche Tendenzen“, wie sie oft den Gegnern der herrschenden Klasse unterschoben werden, fremd. Mein Einsatz, wie

der Einsatz der Konservativen, gilt einem Europa der Vaterländer, für das sich jeder Einsatz lohnt. Dabei stütze ich mich auf die Grunderkenntnis des wohl bedeutendsten amerikanischen Präsidenten:

„Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.“
(Abraham Lincoln, US-Präsident 1860-1865)

Die bittere Erkenntnis treibt mich um: Wir kennen inzwischen die Probleme, auch die Ursachen der europäischen Krise. Aber wir haben offensichtlich noch keinen Schlüssel gefunden, sie zu lösen. Die Politiker jonglieren mit unverständlichen Abkürzungen, neuen Begriffen und Zahlen, die niemand versteht. Der Verdacht drängt sich auf, daß ihnen dies so ganz recht ist. Wer (für) dumm gehalten wird, kann auch nicht mitreden. Das ist die eigentliche Krise unseres Staates. Die Abgeordneten müssen abnicken, was ein paar aus der „Elite-Kaste“ vorgeben. Das Volk reißt die Augen auf und versteht nichts. Und es ist überhaupt kein Trost, daß dies bei unseren europäischen Nachbarn genauso ist.

Deutschland – „Bankomat“ Europas

Deutschland ist erpreßbar geworden! Wir haben zugelassen, daß unser Land in eine Zwangslage geraten ist: Wenn die €uro-Zone zerfällt, werden die deutschen Steuerzahler, vor allem aber die Sparer, bis zu 700 Milliarden €uro verlieren, eventuell sogar mehr. Das macht Deutschland für andere Staaten erpreßbar. Um den Zerfall des €uro hinauszuschieben – er wird sich aber kaum verhindern lassen – müssen immer neue „Schirme“ aufgespannt werden, d. h. die Transfers werden kräftig zunehmen. Denn, wie schon mehrfach betont: Die Einen geben aus, die anderen zahlen. Deutschland ist faktisch zum Geldautomaten Europas verkommen. An diesem „Bankomat“ gibt man – sogar ganz unverschlüsselt – auf der Tastatur die Summe der Schulden ein, und unten spuckt er dann die €uros aus. Die Welt lacht sich schlapp über soviel deutsche Spendierlaune. Der Rettungszirkus wird schließlich solange weitergehen, bis auch Deutschland als stärkster €uro-Staat seine Kreditwürdigkeit verspielt hat – durch die Mithaftung für andere.

Dann stecken auch wir mitten drin im „Vereinigten Schuldensumpf Europa“ und bekommen auf diese Weise tatsächlich die „Vereinigten Staaten von Europa“ – nur eben anders als gedacht. Die Tageszeitung „Die Welt“ titelte jüngst: „Der europäische Superstaat durch die Hintertür“. Schon der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Ludwig von Mises (1881–1973) warnte: Solche Krisen könnten benutzt werden, um eine freie Gesellschafts- und Marktordnung in eine Befehls- und Staatswirtschaft zu überführen. Dadurch könnte tatsächlich das Leitmotiv von Lenin (1870–1924) Wirklichkeit werden: „Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muß man ihr Geldwesen verwüsten.“

„Ein intensiver Blick auf die Zusagen, die Deutschland bereits gemacht hat, erzählt eine besorgniserregende Geschichte: ***Deutschlands Verschuldungsgrad ist bereits von 60 auf 80 Prozent gestiegen.*** *Wenn man alle Verpflichtungen der Bundesbank und der Rettungsschirme zusammenzählt, haftet Deutschland bereits mit 40 Prozent seiner jährlichen Wirtschaftskraft. Es gibt Anzeichen dafür, daß die internationalen Investoren diese Risiken nun auch sehen. Zum ersten Mal bewegen sich italienische und deutsche Staatsanleihen in dieselbe Richtung.“ Wer nun auch, wie neuerdings das „Wall Street Journal“, die Kunst der Addition beherrscht, kommt daher zu folgendem Ergebnis:*

80 % eigene Verschuldung plus 40 % Bürgschaften = 120 % = Bonitätsrating C (das bedeutet: Ramsch-Status für Deutschland!).

Mit diesem Kommentar widersprach erstmals Anfang Juli 2012 das amerikanische „Wall Street Journal“ in seinem Leitartikel unter der Überschrift „Die Begrenzungen der deutschen Größe“ der von George Soros und anderen Wall-Street-Großspekulanten verbreiteten, unsinnigen Behauptung, die €uro-Zone könnte gerettet werden, wenn nur Frau Merkel „nicht so sperrig“ wäre. Langsam lernen auch die von Banken und anderen Profiteuren der „€uro-Rettung“ bezahlten Propagandisten in den Medien die Grundrechenarten. Sie erkannten, was unzählige Bürger längst wissen: Auch Deutschland geht irgendwann einmal das Geld aus.

Dieser Kommentar sollte ein letztes Warnsignal an die politisch Verantwortlichen in Deutschland, aber auch an alle Bürger sein: Deutschland darf sich nicht übernehmen. Deutschland darf sich auch nicht übernehmen *lassen*!

Was erschwerend hinzukommt: Während sich die Politik noch verzweifelt bemüht, ein Schuldenfeuer nach dem anderen zu bekämpfen und auszutreten, haben die vielzitierten „Märkte“ – das Maß aller Dinge – ihr Urteil längst gefällt: Das bisherige Krisenmanagement in der €urozone hat nicht funktioniert. Denn das vorrangige Ziel dieser Strategie wurde in den letzten Jahren nie erreicht, nämlich ein Übergreifen auf andere Länder, auf das nächste Land zu verhindern. Nach Griechenland, Zypern, Spanien, Portugal oder Irland ist es wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis auch Italien und Frankreich einknicken werden. Wir müssen also an die Wurzeln des Übels – aber anders, als nun in „Europa“ diskutiert wird:

Nichts bedroht das im Grunde richtige Ziel der europäischen Einigung mehr als die vorgesehene Schuldengemeinschaft, die aus Freunden und Nachbarn Schuldner bzw. Gläubiger macht. Der europäische Stabilitätspakt ESM führt zur Erpressung der „Retter“ durch die „Geretteten“: „Wenn Ihr Europa wollt, müßt Ihr unsere Schulden abarbeiten“. So einfach lautet die Formel der Pleitekandidaten – mit der (unglaublichen) moralischen Begründung, ihr Schuldnerstatus drohe sie ihrer Würde und Eigenständigkeit zu berauben. So wird Haß und Unfriede zwischen den europäischen Völkern gesät und ein friedliches Miteinander erschwert, ja unmöglich. **Aus dem olympischen Feuer ist ein europäischer Flächenbrand geworden.**

Diese Pleitekandidaten, die wahren Hasardeure der europäischen Verständigung, müssen sich die Frage gefallen lassen: Wer wird eigentlich mit den vielen europäischen Hilfspaketen gerettet? Es sind nämlich nicht die Bürger, nicht der Handel oder das Gewerbe, die eh schwer unter den Folgen der Krise leiden. Nein, die bittere Erkenntnis auch hier lautet: Das Geld fließt nicht an den „kleinen Mann“, sondern an die sogenannten „privaten Gläubiger“ in Europa, also an Banken, Versicherungen und Hedgefonds – und in einigen Ländern auch noch heimlich in die Privat-Schatullen der Politiker!

Augiasstall ausmisten!

Mein Europa, mein Deutschland, mein Griechenland, meine Zukunft und die Zukunft meiner Nachfahren hatte ich mir anders vorgestellt. Wie war das nach der Sage vor Jahrtausenden im alten Griechenland? Da mußte auf der Peleponnes der Stall des Augias, des Sohnes des Helios, ausgemistet werden, der 30 Jahre lang nicht mehr gereinigt worden war – und das bei 3.000 Rindern darin. Nach dieser Sage löste Herkules diese Aufgabe in nur einem Tag, weil er einfach zwei Flüsse miteinander verband und die Fluten durch den Stall rauschen ließ. Fangt endlich damit an, Ihr Griechen! Macht Euren Augias-Stall sauber, damit Ihr – geläutert – wieder eine Chance habt zur Rückkehr in die europäische Gemeinschaft! Euch bleibt mehr Zeit als dem sagenhaften Herkules, aber allzu lange darf es nicht mehr dauern! Bis dahin aber heißt es klar: „Beim Zeus, Ihr Griechen, raus mit Euch aus €uroland!“

Peter Helmes (im September 2012)

Dank

Mein besonderer Dank und meine Hochachtung gelten dem CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter **Willsch**, der trotz vieler Anfeindungen immer wieder die Interessen unserer Nation und Souveränität verteidigt und mir viele Hinweise gegeben hat. Ferner bedanke ich mich bei meinem langjährigen politischen Wegbegleiter Matthias **Gonder** für seine Anregungen und Texte, die in diese Publikation eingeflossen sind, und für seine mutigen „offenen Briefe“, mit denen er immer wieder unsere Volksvertreter an ihren Amtseid erinnert, für das Wohl des deutschen Volkes einzutreten. Mein Dank gilt gleichermaßen dem H. H. Pfarrer Winfried **Pietrek** für die notwendige Korrekturarbeit und wie stets ganz besonders Joachim **Siegerist** für Idee und Finanzierung dieser Arbeit.

P.S.: Die 1. Auflage dieser Broschüre erfolgte vor dem lange erwarteten Urteil des BVG zum ESM. Die hier vorliegende neue Auflage kommentiert (siehe Schluß des Kapitels II.) ausführlich das Urteil der Verfassungsrichter vom 12. September 2012 und die sich daraus ergebenden Konsequenzen.

P.P.S.: Zur besseren Orientierung finden Sie im **Anhang Erklärungen zu einzelnen europäischen Begriffen**, die in dieser Publikation erwähnt werden. Außerdem finden Sie einen Hinweis auf das Buch von Prof. Dr. Bernd-Thomas Ramb, „Der Zusammenbruch unserer Währung – und wie man sich darauf vorbereitet“ (WPR-Verlag, Hamburg). Ramb erklärt – für jedermann verständlich – die €uro-Krise, und vor allem: Er zeigt Wege auf, was Sie, verehrte Leser, tun sollten, Ihr Vermögen zu retten bzw. wie Sie sofort auf die Krise reagieren sollten.

I. Griechenland und Europa:

Beim Zeus, Ihr Griechen – raus mit Euch!

Zeus, der Größte der Götter Griechenlands, war kein „gütiger Gott". Er war zornig, hinterlistig, und wenn er böse war, schleuderte er brennende Blitze zur Erde und bestrafte jeden grausam, der bei ihm in Ungnade gefallen war. Er log und betrog jedermann, wie es ihm paßte, auch seine Frau Hera und seine Mit-Götter. Stieg er mal nicht einer Jungfrau hinterher, ging er seinen Lieblingsbeschäftigungen nach: Mit List und Tücke Intrigen spinnen, prassen und völlern. Beim Zeus, welch ein Vorbild!

Wie ein roter Faden ziehen sich Liebe, List, Heimtücke und Betrug durch Mythologie und Geschichte Griechenlands. Zugleich legten die alten Griechen den Grundstein für unsere heutige Kultur und die Demokratie. Große Namen stehen für das alte Hellas: z. B. Sokrates, Sophokles, Diogenes, Platon, Archimedes, Perikles, Aristoteles etc. Das ist lange vorbei. Heute, so scheint es, sind die Griechen wieder ihrem alten Laster verfallen.

Der bedeutende griechischer Philosoph und Mathematiker Pythagoras von Samos (570-510 a. C.) widmete sich insbesondere der euklidischen Mathematik. Seine fundamentale Entdeckung des nach ihm benannten „Satzes des Pythagoras" besagt, daß die Summe der Flächeninhalte der Kathetenquadrate (bei rechtwinkligen Dreiecken) gleich der Summe des Flächeninhaltes der Hypotenusenquadrate ist ($a^2 + b^2 = c^2$). *„Als Pythagoras seinen Lehrsatz entdeckt hatte, brachte er den Göttern ein Dankopfer dar: Er opferte ihnen 100 Stiere (eine Hekatombe).* ***Seitdem zittern die Ochsen, sooft eine neue Wahrheit an das Licht kommt"*** (L. Börne). Und nun zittern sie wieder, die griechischen Ochsen, weil täglich neue Wahrheiten ans Licht kommen. Doch die Opfergaben bezahlen nun nicht sie, sondern die Nordeuropäer.

Zur Sache: Den wievielten „Brüsseler Kompromiß" zur Rettung Griechenlands gibt es eigentlich schon? Jeder Kompromiß erwies sich letztlich als Schlag ins Leere, doch die EU und der Euro stecken weiter in der größten Krise. Europas Politiker suchen verzweifelt nach einem Weg, wie sie die Schuldenkrise endlich in den Griff bekommen können.

Und dazu kommen nicht nur die Finanzkrise, sondern auch die Bankenkrise, die Schuldenkrise, die Identitätskrise etc.

Die Instrumente, die in der EU Hilfe bringen sollen, sind allesamt nicht geeignet, grundsätzliche Abhilfe zu schaffen – es sei denn um den Preis der Aufgabe der nationalen Souveränität und der Schaffung eines europäischen Zentralstaates. Denn eine gemeinsame, „europäische Steuerung“ würde gemeinsame Institutionen voraussetzen, eine enger abgestimmte Finanz- und Wirtschaftspolitik. Aber was hülfe dies? Die Nehmerländer geben weiterhin fröhlich aus, weil die Geberländer zum Ausgleich der Defizite verpflichtet sind. Die Daueralimentierung, wie sie sich jetzt in Griechenland abzeichnet, verbessert die Situation nicht, sondern verfestigt sie. Es droht vielmehr eine Ausweitung der Schuldenkrise auf ganz Europa, und damit wird die „Absatzbewegung“ von Europa neuen Schwung bekommen. Solange die europäischen Staaten nicht auf ein etwa gleiches Niveau gekommen sind, wird die europäische Union scheitern – was erst recht für die Kunstwährung €uro gilt. Wenn alle am Tropf hängen, ist niemand mehr da, der „Blut spenden“ kann.

Klartext angemahnt

Warum erklärt uns kein Politiker mit einfachen und klaren Worten, was derzeit los ist in Europa und Griechenland? Mit €uro-Kauderwelsch wird das Volk (für) dumm gehalten: Unverständliche Wortbrocken wie z. B. ESFS, Target 1 + 2, Eurobonds, ESM, „Maastricht“, „Nizza“ usw. dienen eher der Verschleierung der Wahrheit denn der Einbindung eben des Volkes in den europäischen Prozeß. Hinter diesen Wortfetzen verbergen sich nicht nur gute (Rettungs-)Absichten, sondern sie sind auch Zeichen für die wachsende Unsicherheit und Destabilisierung Europas. Politiker jonglieren mit diesen Worten wie mit Mikado-Stäbchen. Wackelt auch nur eines davon, bricht das ganze Konstrukt zusammen. Das sagt uns aber niemand so klar.

Wir EU-Deppen!

Wir drücken uns vor der bitteren Erkenntnis, daß die ursprüngliche „europäische Idee“ im Europa der Gegenwart tot ist – ausgetrocknet, vergewaltigt, abgewürgt. Einige Staaten Europas verstehen ihr Europa offensichtlich so: Die Bürger einiger Länder mögen sich doch bitte erst

einmal ordentlich ausbilden, einen Beruf erlernen und dann hart arbeiten, damit einige andere Länder ein bequemes Leben ohne viel zu arbeiten führen können. Die Rechnung geht immer an die Fleißigen – die Deppen Europas.

Als „überzeugter Europäer“ – siehe meine Bemerkung weiter oben – gerät man in ohnmächtigen Zorn: Was z. B. ist aus dem rechtsstaatlichen Europa geworden? Da werden Verträge und Zusagen nach Belieben gebrochen. Verträge z. B.: „keine Schulden für andere Staaten“ („No bail-out“), Zusagen z. B.: wachstumsfördernde Strukturreformen gegen großzügige europäische Kredite, die selbstverständlich zurückgezahlt werden sollen, aber nicht werden. Versprochen, gebrochen.

Hollande kündigt in seinem Wahlkampf ungeniert an, woher er das Geld für seine teuren „Reformen“ (z. B. Rente mit 60 J.) nehmen will: von Deutschland z. B., wo die Menschen bis 67 J. arbeiten. In Deutschland drohen Steuer- und Abgaben-Erhöhungen, in Italien z. B. wird das mit dem Hinweis auf zu hohe Abgabenlast abgelehnt.

Deutschland z. B. hat seit rund 15 Jahren schwierige Hausaufgaben erledigt – auch wenn noch vieles offenbleibt. Wir haben die Arbeitsmärkte flexibilisiert, Hartz IV eingeführt, Rentenanpassungen durchgeführt und große Lasten der Wiedervereinigung geschultert. Das hat vielen Bürgern in unserem Land wehgetan, zumal wir auch auf Reallohnerhöhungen praktisch verzichtet haben. In Griechenland stiegen derweil die Reallöhne um bis zu 33 Prozent. Deutschlands Prosperität verdanken wir einer einigermaßen soliden Haushaltspolitik (bei der aber noch viel zu tun ist) und einem tatkräftigen Unternehmertum – noch. Das alles ist das Ergebnis harter Arbeit, Selbstbeschränkung, Disziplin und Einfallsreichtum. Die Konsequenz ist aber u. a., daß andere Staaten neidische Blicke auf uns werfen und einen Teil unseres Wohlstandes abbekommen wollen.

Das Schweigen der Lämmer

Auf die sozialen Wohltaten in anderen EU-Staaten haben wir zwar keinen Einfluß, sollen sie aber bezahlen bzw. für die Kosten haften – mittels Schuldentilgungsfonds, €urobonds, €urobills, ESM, ESFS usw.

Ein Skandal, daß unsere Politiker dazu schweigen und die „Stabilitätspakete“ abnicken. Einige wenige „Elite-Politiker“ geben die Richtung vor, und die schweigende Lämmerherde der Abgeordneten folgt willig (nur zu einem kleinen Teil unwillig, siehe Kapitel ESM). Manche hoffen auf Korrekturen durch das Bundesverfassungsgericht. Aber die parlamentarische Kontrolle gehört zu allererst ins Parlament selbst. Wie umfangreich, wie unwiderruflich darf die Haftung Deutschlands sein? (Zum Urteil des BVG vom 12. Sept. siehe Kapitel II, ESM)

Derweil wächst der Zorn des Bürgers. Allmählich wird den Steuerbürgern klar, was da unweigerlich auf sie zukommt: Steuererhöhungen, Abbau sozialer Leistungen, Entwertung des Angesparten. Schlicht: Das über Generationen Erwirtschaftete steht in höchster Gefahr. Darf der Staat seinen Bürgern solche Lasten aufbürden, für die noch viele kommende Generationen werden zahlen müssen?

Sagen wir es deutlich:

- Es ist die Politik – nicht der brave Bürger – die für die riesigen Schuldenberge verantwortlich ist.
- Es ist die Politik, die versagt hat, und für die wir jetzt alle die Zeche zahlen.
- Es waren Deutschland und Frankreich, die 2003 den Stabilitätspakt als erste gebrochen haben.
- Es war die Politik, die den EU-Vertrag mit der „No-bail-out“-Regelung („kein Staat steht für die Schulden eines anderen ein“) gebrochen hat.
- Es war die EZB, die unter dem Druck der Politik faule Staatsanleihen kaufte und damit gegen ihr Statut verstieß.
- Es ist die Politik, die, offensichtlich bar eines tragfähigen Konzeptes und getrieben von einem falschen Solidaritäts-Verständnis, immer schwindelerregendere „Sicherungs-Systeme“ auftürmt, in denen die Milliarde die kleinste politische Recheneinheit zu sein scheint.

Ein „Einheitsgeld“ über Länder zu stülpen, die eine völlig unterschiedliche Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen, und die zudem noch in ihren Wirtschaftsstrukturen nicht vergleichbar sind, muß sich als Fehlschlag erweisen, weil den betroffenen Staaten durch die Einführung des €uro das notwendige Instrument der Auf- und Abwertung genommen wurde.

Reden wir weiter Klartext:
Griechenland gehört mit seiner Lage, Geschichte und Kultur zweifelsohne zu Europa. Als die Grundlagen für die Europäische Union und später für den Euro gelegt wurden, war Griechenland noch nicht reif für den Beitritt. Aber da wollten sie unbedingt hin, an den Tisch der Großen und Reichen. Um den „Reifeprozeß“ zu beschleunigen, entsannen sich die Griechen der List ihrer Götter – lügen und betrügen. Ihre miserablen volkswirtschaftlichen Leistungen tarnten sie als großes trojanisches Pferd, das die neuen Europäer bestaunen sollten. Diese fielen auf die List herein und nahmen Griechenland in EU und €urozone auf – mit kräftiger Anschubhilfe durch SPD-Eichel und Schröder. Kaum am Tisch der Großen angekommen, enthüllte der Bauch des trojanischen Pferdes die Wahrheit: nichts als gelogene Bilanzzahlen und Lügen über ihre volkswirtschaftliche Leistungskraft. Die Europäer haben nun einen großen „Kater“, hätten aber gewarnt sein müssen. Nun versuchen sie, sich gesundzureden.

„Laßt mein Land zur Hölle fahren!“

Vereinzelt sind auch besonnene Stimmen zu hören. Der Vorsitzende der kleinen griechischen „Partei der Wiedererschaffung Griechenlands“, Thanos Tzimeros, schrieb einer Meldung der Bild-Zeitung vom 4.6.12 zufolge in einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel u. a.:

> „Wenn ich SIE wäre, würde ich sagen: Laßt dieses schreckliche Land zur Hölle fahren! (…) Wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen, Griechenland aus der Krise zu helfen, aber wie man jeden Tag feststellen kann, führen die Bemühungen zu keinem Ergebnis, solange die Ursachen nicht angegangen werden: die Korruption, die Verschwendung und ein Staat, der sich wirtschaftsfeindlich verhält. (…) Im heutigen Griechenland gibt es nicht einen Bereich, der an ein westliches, europäisches Land erinnert. (…) Verpflichten Sie diese Politiker, endlich etwas zu ändern. **Geben Sie ihnen sonst keinen €uro mehr – sie werden ihn stehlen.**“

Das bedarf wohl keines weiteren Kommentars.

Unverdrossen rechthaberisch und arrogant verlangt Athen doch tatsächlich von der EU mehr „Respekt vor seiner Würde“. Ja selbstver-

ständlich hat der einzelne Grieche seine „Würde“; die wird ihm auch von niemandem abgesprochen. Aber dem Land insgesamt und seiner Führungsschicht ist erkennbar jede Würde abhanden gekommen. Sie fälschten jahrelang ihre Zahlen, versprachen das „Blaue vom Himmel“ und leugneten düstere Wolken. Sie erhöhten wie gewünscht die Steuern, die besonders den Kleinen Mann trafen, brachten aber vorher noch schnell ihr eigenes Vermögen ins Ausland.

Und damit sind wir bei einem der großen Irrtümer der €uro-Väter: Wir reisen gerne in südliche Länder, genießen die Sonne, die schöne Landschaft, das gute Essen, die großartigen Weine und die Mentalität der Mediterranen, die offenbar nichts aus der Ruhe bringen kann. Ihre Gelassenheit hätten wir auch gerne. Gleichzeitig erwarten wir von diesen lebensfrohen Menschen „preußische“ Tugenden. Sie sollen gefälligst arbeiten, sparen und diszipliniert sein wie wir. Das funktioniert nicht. Kulturen sind über Jahrtausende gewachsen. Man darf doch nicht glauben, sie mit der Einführung des €uro von heute auf morgen aushebeln zu können. Hier liegt der Kern des Problems €uro: Unterschiedliche Mentalitäten verursachen unterschiedliche Ergebnisse, die sich vor allem in Haushaltsdisziplin und (wirtschaftlicher) Leistungskraft zeigen. Da sind die Unterschiede in Europa aber noch so gewaltig, daß die Balance noch für lange Zeit schiefbleiben wird – weshalb auch der €uro scheitern muß.

Ein Faß ohne Boden

Die griechische Tragödie ihrer eigenen Zahlungsunfähigkeit wurde auch von den „€URO-päern“ geleugnet. Es wurde an der Legende gestrickt, nur noch mehr Geld aus €uroland verhindere den Kollaps. Zu spät dämmerte ihnen, daß Griechenland tatsächlich pleite ist. Und eilends schnürten sie ein neues Rettungspaket, das ESFS, was die FAZ bitterböse übersetzt mit: Europa Füttert Seine Fersager. (ESFS steht für „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ = Hilfsfonds oder Rettungsschirm. Deutschland bürgt derzeit mit 211 Milliarden €uro, im Extremfall mit 400 Milliarden €.) Die vielen Milliarden des Rettungspaketes sollten von den Griechen für Reformen verwendet werden. Doch darauf wartet die Öffentlichkeit noch immer. Die Ausgaben des griechischen Staates wachsen kräftig, die Einnahmen sinken demgegenüber. Der Volksmund nennt das „ein Faß ohne

Boden“. Nach einer Studie der OECD ist „Griechenlands Staatsapparat außer Kontrolle“ geraten. Eine Untersuchungskommission der OECD stellte im letzten Jahr (2011) haarsträubende Defizite fest. Hier nur ein paar Beispiele:

Als sich die OECD-Vertreter mit rund 200 griechischen „Fachleuten“ und Leitenden Beamten aus den verschiedenen Ministerien trafen, freuten diese sich, „endlich mal Kollegen anderer Ministerien zu treffen und Themen von gemeinsamem Interesse diskutieren zu können“ (OECD-Bericht). Gewöhnlich, so die OECD-Leute, „haben selbst die Spitzen griechischer Ministerien nichts miteinander zu tun“.

„Es ist ein harter Befund“, so die Autorin des Berichtes, die bei der OECD die Regierungsbewertung leitet (Welt online, 8.12.2011). Bisher habe Griechenlands zentraler Regierungs-Apparat „weder die Kapazität noch die Fähigkeit zu großen Reformen“.

– Der griechische Regierungschef und seine Mitarbeiter kontrollierten viel weniger als in anderen Staaten. Während sich in London, Paris oder Berlin der jeweilige Chef der Staatskanzlei mit den Staatssekretären der einzelnen Ministerien regelmäßig einmal pro Woche austauscht, passiert das in Athen zweimal im Jahr für wenige Stunden. Zwischen den Ressorts fehlt jeglicher Kontakt. Wie auch? Die 14 Ressorts (Ministerien) sind auf Hunderte weit auseinander liegende Häuser verteilt, was bei den chronisch verstopften Verkehrswegen in Athen den direkten Kontakt nahezu unmöglich macht. Die meisten Beamten pflegen nicht einmal das Gespräch mit den Kollegen im eigenen Haus.

– So sind griechische Beamte nicht nur weit von ihren Kollegen entfernt, sondern auch von den Wissensquellen. In den Ministerien fehlen zentrale Datenbanken. „Die griechische Verwaltung hat nicht die Gewohnheit, Akten zu führen, oder die Fähigkeit, Informationen aus Daten herauszulesen – wenn Daten überhaupt vorhanden sind“ (OECD).

– Chaos bestimmt auch Zuständigkeiten und Amtswege. In den letzten 15 Jahren, so die OECD, wurden knapp 17.000 Gesetze und Erlasse verkündet, die vorherige Kompetenzen änderten. Jedes Ministerium vereinige durchschnittlich 439 verschiedene Strukturen auf sich.

– Das ist die Folge jahrzehntelanger Klientelpolitik und Parteienwirtschaft, bei der Sozialisten und Konservative systematisch ihre Gefolgsleute mit Führungsposten belohnten und dafür, falls nicht vorhanden, gerne auch mal neue Abteilungen, Institute und Schulen schufen. „In den Ministerien gibt es viele Häuptlinge, doch wenige Indianer“. Die meisten Abteilungen haben höchstens 3 Mitarbeiter, ein Fünftel der „Abteilungen“ besteht gar nur aus einem Abteilungsleiter.

Man muß schon hartgesotten, borniert oder schlicht blind sein, wenn man sich weiterhin für eine finanzielle Hilfe an Griechenland ausspricht. Eine kurze Meldung, die sich in den Medien quasi an versteckter Stelle fand, sollte auch die letzten Illusionen rauben: Die letzte griechische Regierung ging nicht mehr davon aus, ihre Haushaltsziele zu erreichen. Die Staatsschulden seien „außer Kontrolle“ geraten, bekannte sie (ohne Spur von Reue). Die Neuverschuldung stieg auf etwa 8,5 Prozent des BIP. Schlimmer noch: Die Steuer-Einnahmen gingen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 1,9 Milliarden zurück, während die Ausgaben um 2,7 Mrd. Euro stiegen. Die griechische Wirtschaftsleistung, die schon im Jahre 2010 um 4,5 % gefallen war, ging 2011 nochmals um 5-5,5% zurück. Der öffentliche Dienst und die nicht wettbewerbsfähige Privatwirtschaft lebten und leben noch immer unmäßig „auf Pump“. Strukturreformen blieben aus. Von den griechischen Politikern war kein Heil zu erwarten. Sie kassierten und praßten – auf Kosten der Europäer: Sie hatten die höchsten Diäten, die meisten Zulagen und Extrazahlungen, freie Übernachtung in 5-Sterne-Hotels, ab dem 55. Lebensjahr die doppelte Pension (wenn vor 1993 Parlamentarier) usw. Einiges davon ist zwar inzwischen abgeschafft, aber in letzter Minute griffen die Parteien noch schnell in die Staatskasse: Im Eilverfahren sicherten sie sich – mit klarer Parlamentsmehrheit, versteht sich – 40 Millionen €uro Zuschüsse für den letzten Wahlkampf. Dabei waren sie auch noch recht pfiffig. Sie zogen scheinbar unverdächtig als Grundlage die Wahlergebnisse von 2009 heran. Der Haken: Damals hatte z. B. die Pasok (Sozialisten) noch knapp 44 Prozent der Stimmen erhalten, so daß sie eben auch 44 % der nun vereinbarten 40 Millionen €uro Wahlkampfzuschuß erhielt. Bei den jetzigen Wahlen erreichte die Pasok aber lediglich 12,28 Prozent. Da lacht nur der Pasok-Schatzmeister.

An griechischer Stelle müßte jetzt eigentlich der Austritt aus dem Euro-Raum folgen. Mitnichten! Der letztjährige griechische Finanzminister Evangelos Venizelos zeigte keinerlei Reue, sondern forderte in einem Brief an Olli Rehn (EU-Währungskommissar) keck, Griechenland weitere Hilfen in Höhe von 109 Milliarden „baldmöglichst“ zur Verfügung zu stellen. Und setzte noch eins drauf: Der Streit um Sicherheiten für die Hilfeleistungen sollte nach Ansicht Venizelos umgehend „politisch beendet werden, damit klare und positive Nachrichten an die Märkte und auch an die Bürger der EU gerichtet werden“. Und solche Männer sollten das Land retten! Das ist an Frechheit nun wirklich nicht mehr zu überbieten.

Ein nicht näher genannter enger Mitarbeiter Angela Merkels drückt es nach einer Meldung der FTD vom 16.2.11 so aus:

„Die Südeuropäer wollen dieses Geld nicht, nur um die Märkte abzuschrecken. Nein, sie wollen es ausgeben!“

Noch drastischer wird Jens Weidmann, Chef der Deutschen Bundesbank („Spiegel“ 17.12.11):

„Die Schuldenkrise einiger Euro-Staaten zu beheben, indem die EZB massenhaft deren Staatsanleihen aufkauft, kommt dem Versuch gleich, einem Alkoholiker vor der Kur noch einmal den Schnapsschrank zu öffnen. Das kann nicht gutgehen.“

„Irgendwer muß ja arbeiten“

Griechenlands Bürger sind offenbar noch nicht genug genervt. Sie sparen sich auf europäischen Druck wahrscheinlich zwar zu Tode, für sie gilt aber immer noch die auch im alten Griechenland verbreitete Haltung: Müßiggang ist aller Laster Anfang. Bei den alten Griechen war es für einen, der ein wenig Geld hatte, keineswegs erstrebenswert, sich weiter abzurackern. Sie genossen wie die heutigen Griechen lieber das Leben. Friedrich Nietzsche drückte das einmal (unter Berufung auf der Deutschen liebsten Dichterfürsten, Goethe) so aus: „Die Griechen haben den Traum des Lebens am schönsten geträumt.“ Wie das im Lande funktioniert, zeigt ein Witz, der derzeit in Athen kursiert:

Petrus will die Himmelstüren renovieren und holt dazu drei Angebote ein. Ein albanischer Handwerker verlangt 600 Euro: 200 € für die Farbe, 400 € für die Arbeit. Ein deutscher Handwerker will 1.000 €: 300 € für die Farbe (Qualitätsfarbe nach deutschem Maßstab), 300 € für die Arbeit und 400 € für Steuer und Versicherung. Der griechische Handwerker verlangt 3.000 € und erklärt dem verdutzten Petrus: „1.000 € sind für mich, 1.000 € für Dich, 200 € für die Farbe, 500 €, damit der Deutsche sein Angebot zurückzieht, und 300€ sind für den Albaner – irgendwer muß ja schließlich die Arbeit machen."

Bukolisches Hellas – Unglaubliches aus Arkadien

Wenn man liest und hört, welch sagenhafte Segnungen auf die Hellenen – noch immer, trotz einiger Sparmaßnahmen – herniederprasseln, wähnt man sich als Flaneur in Friedrich von Spees „geistlich-poetischem Lustwäldlein". Oder man fühlt sich versetzt in die „Eydillia" (Idylle) des großen griechischen Dichters Theokrit von Syrakus (um 270 v. C.) – der nach Cicero „größten und schönsten Stadt Griechenlands", gleichwohl auf Sizilien gelegen. Theokrit beschrieb vor allem das böse, arrogante aber oft charmante Gehabe der Stadtmenschen. Er stellte es der eher tumben Landbevölkerung gegenüber und „malte" somit ein sehr präzises Sittenbild seiner Zeit – eine bukolische Idylle. Auch der römische Dichter Vergil (70 – 19 v. C.) war von seiner Bukolik beeindruckt und verlegte seine Eklogen (Hirtengedichte) nach Arkadien. So wurde also schon im frühen Altertum der Grundstein für die Sonderheiten der Griechen gelegt. Das Leben ist schön! Ein paar Beispiele:

– Im Bahnhof einer griechischen Kleinstadt (25.000 Einwohner) hängt neben der Fahrkarten-Ausgabe ein fein säuberlich getipptes Papier, das die Öffnungszeiten verheißt. Da steht: „geöffnet montags bis freitags 8-12 Uhr und 14-18 Uhr". Ein Reisewilliger steht vor dem Schalter, aber nichts tut sich. Er tritt näher und erblickt hinter der Glasscheibe ein kleines Schild „Ich komme gleich". Geduldig wartet der Reisende und denkt: „Na ja, der Beamte muß ja wohl auch mal müssen". Er wartet 15 Minuten, 20 Minuten, eine halbe Stunde. Da dämmert ihm, was los sein könnte. Auf der anderen Seite des Bahnhofes befindet sich ein kleines Bistro, eine Taverne. Und siehe da, dort sitzt der Schalterbeamte – in feinster Dienstuniform, versteht sich –

schlürft seinen Café und plaudert mit anderen Gästen. Sein Schalter scheint ihn nicht zu interessieren. Der Fahrgast fragt etwas zaghaft, wann er den Schalter wieder öffnen wolle. Der Beamte blickt den Störenfried belustigt an, antwortet: „Wir haben Zeit. Ich weiß gar nicht, ob Ihr Zug heute überhaupt kommt“ und lacht von ganzem Herzen.

Ehe ich‘s vergesse: Dieser Beamte bekommt nicht nur 16 Monatsgehälter im Jahr, sondern ein 17. zusätzlich, weil er auch „Außendienst“ ableisten muß. Was das ist, will ich wissen: Er muß ein paar Mal am Tag aus seiner Schalterecke raus auf den Bahnsteig, um nach dem Rechten zu sehen („Außendienst“). Oh glückliches Hellas, das Leben ist schön!

– Öffentlich Bedienstete können durch diverse „Boni“ bis zu 1.300 €uro pro Monat hinzuverdienen – z. B. für die Nutzung eines Computers, das Beherrschen einer Fremdsprache oder das pünktliche Erscheinen am Arbeitsplatz. Ach ja, die Regierung hat nun die meisten Bonuszahlungen um sagenhafte 12 Prozent gekürzt. Beeindruckend!

– Auch die Gehaltsregelung der privat Beschäftigten kann sich sehen lassen: Alle beziehen 14 Monatsgehälter. Hinzu kommt je ein halbes Monatsgehalt zu Ostern und zu den Sommerferien. Das Leben ist ja teuer.

– Unverheiratete oder geschiedene Töchter von öffentlich Bediensteten erhalten nach dem Tode der Eltern deren Pension. Das betrifft z. Zt. etwa 40.000 Frauen und kostet jährlich 550 Millionen €uro.

– Die griechische Regierung hat inzwischen zwar den Beamtenapparat verschlankt. Doch der Schein trügt. Das 13. oder 14. oder 15. Monatsgehalt wurde eingespart, aber Personal nicht wirklich abgebaut. Trickreiches Hellas: Die Personalkosten für die Beamten fielen zwar um knapp 14 Prozent. Im Gegenzug stiegen aber die „Honorare“ für Beamte „mit Spezialaufgaben“ – um 56,7 Prozent! Das Leben ist doch schön!

– Rund ein Viertel der Berufstätigen (25 %) sind im griechischen öffentlichen Dienst beschäftigt. Trotzdem dauert z. B. die Vergabe öffentlicher Aufträge im Durchschnitt 230 Tage – das ist mehr als doppelt so viel wie im europäischen Durchschnitt.

– Die Finanzverwaltung ist mit „chaotisch“ noch freundlich umschrieben. Die Finanzbeamten schaffen es kaum, Steuern regelrecht und regelmäßig einzutreiben. Das Land hat z. Zt. etwa 60 Milliarden Steuerforderungen offen, wird aber nach Angaben der EU-Kommission wegen der unzureichenden Steuerverwaltung auf absehbare Zeit höchstens 8 Milliarden € davon eintreiben können. Nun sollen europäische Finanzbeamte Abhilfe schaffen. Das Angebot des deutschen Finanzministers, mehr als 100 Finanzfachkräfte nach Griechenland abzuordnen, lehnten die Griechen ab.

– Das überschuldete Land leistet sich ungeachtet aller Probleme ein gigantisches Berater-Heer. Es gibt Hunderte staatlich berufener „Fachgremien“ – mit zuweilen abstrusen Erscheinungen: So gibt es eine Kommission, die den See Kopais verwaltet, ohne zu bemerken, daß dieser See schon seit Anfang des vorigen Jahrhunderts ausgetrocknet ist. Man schätzt die Zahl der Mitarbeiter solcher Gremien auf etwa zehntausend, die Kosten dafür auf mehr als 100 Mio. € jährlich. Ja wirklich, das Leben ist …, (Sie wissen s schon.)

– Kleinvieh macht auch Mist: In Griechenland gibt es zu Schulanfang jeweils neue Schulbücher. In Deutschland hingegen werden die „alten“ Schulbücher sechs- oder siebenmal weitergegeben.

– Griechenland hat eine wohl einmalige Behinderten-Regelung. Der Begriff der „Behinderung“ ist sehr weit gefaßt: Darunter fallen z. B. Exhibitionisten, Spielsüchtige, Anhänger „außergewöhnlicher“ Sexualpraktiken, Pyromanen oder Kleptomanen. Sie erhalten besondere Steuervorteile je nach „Behinderungsgrad“, verbilligten Strombezug und Freifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

– Fachleute schätzen, daß es in Griechenland etwa 21.000 „Phantom-Rentner“ gibt – also Rentenbezieher, die längst verstorben sind. Der Gesamtschaden dürfte etwa 15 Milliarden €uro betragen. Wir lernen: Auch der Tod hat schöne Seiten.

– Die FAZ v. 16. Juli 2011 erzählt eine nette Geschichte: Kostas P., ein größerer Bauer aus der Nähe von Sparta, sagt zwar, er ärgere sich über den ständigen Subventionsbetrug im Lande, schildert aber sehr kundig, was da so abgeht: „Nehmen wir mal an, ich hätte Olivenbäume auf einer Fläche von zehn Hektar. Der für die Verteilung der EU-Subventionen an Griechenland zuständige Beamte sagt mir aber: „Kostas, schreib in Deinen Antrag, es seien 30 Hektar, dann hole ich in Europa das Dreifache für Dich raus. Zehn Prozent davon gibst Du mir, und wir haben beide etwas davon." „Das ist kein Geheimnis", erklärt Kostas, „jeder weiß es. Landwirte, die nicht mitmachen, werden ausgelacht". Das Leben ist schön!

Ergebnislose Rettungsaktionen

Am 27. Februar 2012 hat der Deutsche Bundestag das zweite Hilfspaket in Höhe von 130 Mrd. €uro für das insolvente Griechenland gebilligt. Damit setzt die deutsche Bundesregierung ihre seit Mai 2010 umgesetzte Strategie fort, durch Bürgschaften und Schuldenaufkäufe vom Kapitalmarkt faktisch abgeschnittene Staaten über gemeinschaftliche Haftung weiterhin zu finanzieren. Zusammen mit den noch nicht abgerufenen Mitteln des ersten Paketes und einer Absicherung der EZB summieren sich die nun beabsichtigten Garantien auf 189,4 Mrd. €uro.

Weder die bisher versprochenen, aber ausgebliebenen Umsetzungen der zugesagten Reformmaßnahmen noch die durch eine tiefe und sich verstetigende Rezession geprägte wirtschaftliche Realität in Griechenland rechtfertigen die Fortsetzung dieses Weges und eine noch höhere Risikoübernahme durch den deutschen Steuerzahler. Mehr noch, die als „alternativlos" und „einmalig" bezeichneten Maßnahmen vom Mai 2010 kann man nur als gescheitert erklären, die Schuldenspirale wurde kräftig weitergedreht. Die Schuldenfinanzierung anderer Länder nach AEUV §125 ist aber verboten („No-bail-out"). Dies gilt auch für eine Staatsfinanzierung über Kapitalflüsse der EZB. Verschlimmert wird die Misere auch durch die Tatsache, daß die Maßnahmenpakete auf überaus optimistischen ökonomischen Basisannahmen von Schuldentilgung, Privatisierungserlösen, Reformumsetzungen und Wirtschaftswachstum fußen, was angesichts der realen griechischen Verhältnisse scheitern muß(te), auch weil die massiven Budgeteinschnitte rezessiv wirken und weiterhin wirken werden. Hätte man Griechenland bei Aufdecken der Krise gleich den Staatsbankrott empfohlen, wäre die

Krise begrenzt gewesen. So hat die europäische Politik die Krise unnötig verlängert und vergrößert – wodurch eine Währungsreform für alle als zwangsläufig erscheint.

Die Konsequenz ist eindeutig: *„Die Rettung Griechenlands, die noch immer scheitern kann, hat sich bisher nicht gelohnt. Besonders weil wir alle noch lange für die zweifelhafte Maßnahme zahlen werden: über Inflation, die wegen der vielen Rettungsmilliarden im Markt kräftig steigen dürfte. Aber auch weil im Sog der Teuerung die Zinsen für die deutschen Staatsschulden massiv zulegen werden“* (Andreas Körner, Focus 17/2012).

Das Fazit: Die bisherige Strategie bietet den Bürgern sowie dem insolventen griechischen Staat und seiner nicht wettbewerbsfähigen Wirtschaft keine realistische Perspektive für eine bessere, erfolgreichere Zukunft. Der deutsche Finanzminister Schäuble sagt es in einem Brief an seine Fraktionskollegen (sog. „Liebe Freunde-Brief“, Febr. 2012) reichlich unverblümt: „…“ *Es gibt keine Garantien, daß der eingeschlagene Weg zum Erfolg führt. Es ist möglicherweise auch nicht das letzte Mal, daß sich der Deutsche Bundestag mit Finanzhilfen für Griechenland befassen muß. Die Erfolgsaussichten der Alternativen erscheinen mir zum jetzigen Zeitpunkt allerdings deutlich kleiner. Weil ich der Überzeugung bin, daß der vereinbarte Weg – substantielle Beteiligung der privaten Gläubiger, verbindliche, nachprüfbare Reformen in Griechenland, weitere Überbrückungshilfen der Staatengemeinschaft – am ehesten zum Erfolg führen kann…“*

„Der Satz des deutschen Finanzministers“, schreibt K.-P. Willsch MdB, „gleicht einer Kapitulation. Statt in Konsequenz den Austritt Griechenlands aus dem €uro – und wohl auch aus der EU – zu fordern, heißt sein Rezept: „Wir haben uns nun einmal auf den falschen Weg begeben und müssen diesen nun entschlossen weitergehen – koste es, was es wolle.“ Wir sitzen in der Falle.

„Die Strategie, die Finanzmärkte mit immer neuen Bürgschaften zu beruhigen, ist für jeden erkennbar gescheitert. Wenn man auf dem falschen Weg ist, hilft es nichts, aufs Gas zu drücken. Denn dann entfernt man sich noch weiter vom richtigen Weg.“
(Klaus-Peter Willsch MdB, CDU-Haushaltsexperte)

Es wird Zeit, daß die führenden deutschen und europäischen Politiker die Fakten anerkennen und dem Volk die Wahrheit sagen: Griechenland ist pleite, und das schon lange!

Alarmierende ökonomische Situation

Die vielen Milliarden des Rettungspaketes sollten von den Griechen für Reformen verwendet werden. Doch darauf wartet die Öffentlichkeit noch immer. Im Budgetjahr 2011 wurde das Defizitziel erneut verfehlt. Vorgesehen war ein Defizitziel von 7,6 Prozent (des Bruttoinlandprodukts), es liegt aber bei etwa 8,5 Prozent. Die Steuereinnahmen sind trotz beschlossener Steuererhöhungen im Vergleich zum Vorjahr um rund vier Prozent zurückgegangen, während die Ausgaben um etwa 7 Prozent gestiegen sind. Man gibt also fröhlich mehr aus, als man einnimmt – ein Faß ohne Boden. Wie ein Witz nimmt sich da der „Erfolg“ der Privatisierungsbemühungen aus: Von zugesagten 5 Milliarden €uro für 2011 aus Privatisierungen erreichten die Griechen gerade ‘mal 500 Millionen, das sind nur 10 Prozent des Versprechens. Aber es gibt ja gewiß (neue) Rettungspakete.

Viele Griechen sind historisch und politisch (heute) wenig gebildet, glauben aber, sie stammten direkt von Sokrates oder Platon ab, und sind der Überzeugung, alles besser zu wissen und zu können. Da das aber der Wirklichkeit nicht standhält, sind eben „die anderen“ schuld. Mit dieser Einstellung „erwirtschaftete“ das heutige Griechenland 370 Milliarden €uro Schulden. Das sind 370 tausend Millionen! Dem stehen 230 Milliarden Euro Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Steuereinnahmen von bescheidenen 45 Milliarden gegenüber. Hinzu kommt noch ein Zinsdienst von 25 Milliarden €. Man braucht nicht Volkswirt zu sein, um zu erkennen, daß das Land diese Bürde niemals schultern kann.

Es wäre jedenfalls abenteuerlich, ja ungeheuerlich, die Zukunft unserer Kinder, die Ersparnisse unseres Volkes, die Renten und letztlich unsere Freiheit für die Zügellosigkeit Griechenlands und ähnlicher Kandidaten aufs Spiel zu setzen. Sagen wir es klar: Hellas verhöhnt uns. Und die €urokraten schauen zu. Diese €urokraten sind offensichtlich bereit, jeden Preis zu zahlen, solange sie nur nicht zugeben müssen, daß die Einheitswährung ein Fehler war.

Die Länder an Europas Peripherie leiden unter Mißwirtschaft und dadurch unter Armut, Arbeitslosigkeit und Auswanderung. Die Länder in Europas Zentrum müssen hingegen ständig Steuererhöhungen ertragen, mit denen die notleidenden Staaten unterstützt werden sollen, damit die Befürworter des €uro ihr Gesicht wahren können.

Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben deutlich gemacht, wie sehr die Politiker sich selbst diskreditiert haben. Neue politische Köpfe mit mehr Verantwortungsbewußtsein und mit neuen Visionen sind kaum in Sicht. Mit Notkrediten allein kann Griechenland nicht gerettet werden. Es braucht viel mehr. Der marode Staat muß auf eine neue Grundlage gestellt werden, und das kann nur gelingen, wenn es ein Mindestmaß an politischem Konsens gibt. Davon ist das Land aber trotz der Einigung auf eine Einheitsregierung noch sehr weit entfernt. Bleibt Griechenland in der €uro-Zone, dürfen vor allem wir Deutsche auf viele Jahre unter den Belastungen der Zuschüsse an das marode Land ächzen und stöhnen. Die Griechen wiederum grinsen sich eins; denn ein (noch) potenter Bürge steht hinter ihren Ausgabenwünschen: die Nord-Europäer. Die Ansteckungsgefahr für die anderen gefährdeten Kandidaten – Portugal, Italien, Spanien, Frankreich – ist kaum zu überwinden.

Jetzt ist das Maß voll. Das Land hat sich endgültig unglaubwürdig gemacht. Athen steuert mit großen Schritten auf den Ausgang der €urozone zu. Griechenland wird noch auf viele Jahre hinaus fremde Hilfe benötigen. Jahrzehntelang war die Türkei der „kranke Mann am Bosporus“. Jetzt heißt der Kranke Griechenland, der zum Überleben am Tropf Europas hängt. Das Land ist insolvent und wirtschaftlich rückständig.

„Was die Politiker als Rettung bezeichnen, rettet Griechenland in Wahrheit nicht. Mit dem Euro kommen die Griechen nie wieder auf einen grünen Zweig. Ihr Land ist nicht konkurrenzfähig. Die Löhne und Preise sind viel zu hoch, und die Retterei fixiert diesen Zustand. Es ist deshalb im Interesse Griechenlands, aus dem €uro auszusteigen und die Drachme wieder einzuführen.“
(„Der Wirtschaftsweise“ Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, im „Spiegel“ Nr. 45/2011)

Das Ende des Griechen-€uro

Zwei Wahlen in diesem Jahr und die Fußball-Europameisterschaft – überall nur Sieger, fast. Die griechische Nationalmannschaft mußte vorzeitig ausscheiden – ein Menetekel für die griechische €uro-Mitgliedschaft? Die griechischen Wahlsieger haben auch nichts zu feiern. (Es sind eh dieselben, die vorher die Karre in den Dreck gefahren und sich hemmungslos bereichert haben.) In kürzester Zeit muß der Staat nämlich Milliardenbeträge zusammenkratzen, um auch nur Löhne und Renten bezahlen zu können. Und die internationalen Gläubiger klopfen ungeduldig an der Griechen Pforte und verlangen ihr Geld (zurück).

„Europa“ müßte derweil (und hinfort) quasi ein politischer Quantensprung gelingen: Fiskal-Union, Banken-Union, politische Union, gemeinsame Steuer- und Haushaltspolitik, Harmonisierung der Sozialpolitik etc. Eine Herkules-Aufgabe!

Aber brauchen wir das wirklich? Müssen wir da wirklich mitgehen? Griechenland, Frankreich, Portugal, Spanien, Italien – sie alle stehen letztlich vor den gleichen Problemen – dem sorglosen Umgang mit Steuergeldern, der gerade die Griechen in die Knie gezwungen hat. Das Signal aus Frankreich, das die dortigen Wähler ebenfalls im Juni 2012 gegeben haben, läßt Monsieur Hollande zwar jubeln – aber ist zugleich eine klare Absage an eine seriöse Fiskal-Politik. Sollen wir „Nord-Europäer“ uns das auch noch antun? Da die Hoffnung auf eine Umkehr der feierfreudigen Südländer wohl vergebens ist, droht das Ende des €uro – zumindest die Suspendierung strauchelnder EU-Länder aus dem €uro-Verbund.

Brief einer Geldtante an die Griechen

Vor einigen Wochen erreichte mich ein „offener Brief an die lieben Griechen“, geschrieben von einer besorgten, frustrierten „Geldtante“, die ihren Namen nicht genannt haben will. Dieser Brief – vielleicht etwas zu „locker“, ja satirisch geschrieben – gibt unverblümt, aber unverkrampft „Volkes Meinung“ wieder, weshalb ich ihn den geneigten Lesern nicht vorenthalten wollte:

„Liebe Griechen,
kennt Ihr das bei Euch auch: Eine Tante, die einem die ganze Kindheit und Jugend hindurch das Sparschwein füttert? Beim ersten Fahrrad, dem ersten Radio, der ersten Urlaubsreise – immer gibt sie ein paar Scheine dazu. Und dafür erwartet sie nichts weiter als ab und zu mal ein freundliches Dankeschön.

Liebe Freunde, dies ist ein Brief von Eurer Geldtante. Keine Angst, Ihr müßt nicht Danke sagen. Das Einzige, was wir uns wünschen, ist: Versetzt Euch einmal in unsere Lage. Seit 1981, seit 29 Jahren, gehören wir zur selben Familie, zur EU. Kein anderes Familienmitglied hat in dieser Zeit so viel Geld in die Gemeinschaftskasse gezahlt wie wir, nämlich netto rund 200 Milliarden Euro. Und pro Nase hat kaum einer so viel bekommen wie Ihr, zusammen netto fast 100 Milliarden. Rund die Hälfte also von dem, was wir in den EU-Topf gesteckt haben, habt Ihr mit großer Kelle abgeschöpft. Oder anders ausgedrückt: Rein rechnerisch haben wir Deutschen jedem von Euch Griechen, vom Säugling bis zum Greis, über 9.000,00 Euro geschenkt. Einfach so. War doch nett, oder? Freiwillig hat wohl noch nie ein Volk ein anderes über einen so langen Zeitraum so großzügig unterstützt. Ihr seid fürwahr unsere teuersten Freunde.

Wie es uns dabei ging, in all den Jahren, das habt Ihr nie gefragt. Ich vermute, auch heute brennt Ihr nicht gerade darauf, etwas über unsere Sorgen zu erfahren. Ich erzähle es Euch trotzdem: Unsere Straßen sind so löchrig wie antike Bauwerke, weil uns das Geld für ihre Instandhaltung fehlt.
Bibliotheken und Schwimmbäder werden geschlossen. Manche Städte schalten nachts jede zweite Straßenlaterne aus, weil sie die Stromrechnung nicht bezahlen können. Im Gegensatz zu Euren steigen unsere Löhne seit der Einführung des Euro praktisch gar nicht mehr. Und jetzt sollen wir auch noch Euch Griechen retten!

Ihr habt Euch unser Mißtrauen redlich verdient: Im Sommer fackelt Ihr regelmäßig dieses schöne Land ab, das Gott Euch geschenkt hat. Und dann ruft Ihr nach unserer Feuerwehr, weil Ihr es nicht allein gelöscht kriegt. Ihr wollt alle in den öffentlichen Dienst, aber keiner will Steuern zahlen. Wenn auch nur ein Teil der Berichte stimmt, die wir in den vergangenen Wochen lesen mußten, dann seid Ihr offenbar nur bereit zu arbeiten, wenn Ihr dafür Schmiergeld bekommt. Vor allem Eure Ärzte und das Krankenhauspersonal langen kräftig zu. Ihr betrügt Euch also gegenseitig, wo Ihr nur könnt. Das könnte uns eigentlich egal sein. Doch Ihr betrügt auch uns. Seit vielen Jahren. Das ist uns nicht egal.

Ihr kassiert EU-Subventionen für mehr Olivenbäume, als in Euer Land passen. Offenbar versteht Ihr doch was von Buchführung, denn um die Stabilitäts-

kriterien für den Euro zu erfüllen, habt Ihr Eure Bücher so systematisch und geschickt gefälscht, daß die in Brüssel nichts gemerkt haben. In Wahrheit habt Ihr den Euro nie verdient. Trotz Eurer erschwindelten Daten ist es Euch seit der Einführung des Euro noch nie gelungen, die Stabilitätskriterien zu erfüllen. Um Eure Wirtschaft größer erscheinen zu lassen, habt Ihr Euch 2006 einen hübschen Taschenspielertrick einfallen lassen und kurzerhand die Erlöse aus Geldwäsche, Rauschgifthandel und Schmuggel in die jährliche Wirtschaftsleistung Eurer stolzen Nation eingerechnet. Über Jahrzehnte mehr Geld ausgeben, als man sich erarbeitet, wie selbstverständlich auf Kosten anderer zu leben, laufend betrügen und tricksen – das kann nicht ewig gutgehen. Irgendwann bricht das Kartenhaus zusammen. Irgendwann ist jetzt. Streng genommen seid Ihr pleite.

Macht Euch keine Illusionen. Wenn Angela Merkel verspricht, „Griechenland wird nicht alleingelassen", dann geht es unserer Kanzlerin und uns Deutschen nicht mehr um Euch Griechen. Unsere Sorge gilt jetzt unserer eigenen Zukunft. Das Unglück ist nur: Wir sind an Euch gekettet. Wenn Ihr untergeht, zieht Ihr uns mit unter Wasser. Zum Beispiel durch die 300 Milliarden Schulden, die Ihr mit den Jahren aufgetürmt habt. Rund 30 Milliarden davon gehören den Sparern bei deutschen Banken – in Form von Staatsanleihen. Ob Ihr das jemals zurückzahlen werdet? Euretwegen geht der Euro in die Knie. Uns droht die Inflation. Das bedeutet: Was deutsche Sparer auf dem Sparbuch oder in Lebensversicherungen für die Zukunft zurückgelegt haben, wird immer weniger wert. Wegen Euch. Solche Gedanken sind Euch natürlich fremd, denn sparen oder investieren ist nicht Euer Ding. Ihr haut die Euros lieber raus. In der EU seid Ihr Griechen das Volk, das von seinem Geld den größten Anteil für den Konsum verpraßt. Die Regierungschefs der EU haben zwar beschlossen, daß Ihr keine direkten Finanzhilfen bekommen sollt. Erst mal. Doch Ihr braucht Hilfe. Und in der EU bedeutet Hilfe am Ende immer Geld, genauer: unser Geld.

So langsam wird uns Deutschen klar: Zuerst mußten wir die Banken retten, jetzt müssen wir Euch Griechen retten und schließlich alle Länder mit einer Schweinewirtschaft, die „PIIGS" – Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien. Ein Staatsbankrott auch nur eines dieser Länder, darin sind sich die Experten ausnahmsweise einmal alle einig, wäre eine Tragödie, die selbst die Bankenkrise wie ein Lustspiel erscheinen ließe. Kluge deutsche Staatsrechtler haben schon vor der Einführung des Euro gewarnt: Die Wirtschaftsunion kann ohne die politische Union nicht funktionieren. Sie hatten Recht. Jetzt erkennen wir das dramatische Demokratie-Defizit. Wir Deutschen sind von den Entscheidungen der Regierung Griechenlands abhängig. Aber wir können sie nicht wählen. Ihr Griechen könnt sie wählen, aber Ihr habt ganz andere Interessen. Wir wollen, daß Euer Ministerpräsident sein Sparprogramm durchzieht. Mindestens. Besser wäre es, wenn er beim Reformieren noch einen

Zahn zulegte. Aber Ihr wollt das ganz offensichtlich nicht. Ihr macht, was Ihr immer macht: Ihr streikt. Liebe, teure Griechen, wenn Ihr auf die Straße geht, dann streikt, dann demonstriert, dann protestiert Ihr nicht gegen Eure Regierung, sondern gegen uns. Dem Zorro, der Euch stets gerettet hat und weiter retten soll, dem versetzt Ihr nun einen Tritt zwischen die Knie.

– Liebe griechische Finanzbeamte, geht bitte nicht streiken, sondern treibt endlich mal die Steuern Eurer Millionäre ein, von denen Ihr bislang fürs Wegschauen so fürstlich entlohnt werdet.

– Liebe griechische Ärzte, geht bitte nicht streiken, sondern behandelt Eure Patienten. Von jetzt an, ohne vorher um einen Geldumschlag zu bitten. Und dann versteuert einfach Euer Einkommen. Ja, dann könnt Ihr Euch den nächsten Porsche erst ein Jahr später bestellen. Ihr werdet es überleben.

– Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht einmal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins? Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente. Um das hinzukriegen, greift Ihr wieder in die Trickkiste: Ihr bezieht einfach die Rentenhöhe nicht aufs ganze Leben, sondern nur auf die letzten drei bis fünf Arbeitsjahre. Darum ist es bei Euch üblich, daß der Arbeitgeber den Lohn am Ende noch mal kräftig erhöht. Von dem Geld, mit dem wir Euch fast 30 Jahre lang gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir sie uns leisten können. Findet Ihr das gerecht? Also, liebe Rentner in Griechenland: Ihr seid die Generation, die diese Misere (mit-)verursacht hat. Jetzt haltet einmal die Füße still und geht nicht demonstrieren, sondern laßt Eure Regierung die Sparpläne durchziehen.

– Und, liebe Bürger Griechenlands, redet Euch nicht damit heraus, Eure Politiker seien allein schuld an der Katastrophe. Ihr habt doch die Demokratie erfunden und solltet wissen, daß Ihr, das Volk, regiert und damit verantwortlich seid. Niemand zwingt Euch, Steuern zu hinterziehen, Schmiergelder anzunehmen, gegen jede vernünftige Politik zu streiken und korrupte Politiker zu wählen. Politiker sind Populisten. Die machen genau, was Ihr wollt. Sicher werdet Ihr jetzt einwenden: Ihr Deutschen, Ihr seid doch auch nicht viel besser. Stimmt. Ein Rentensystem, dem kaum einer noch traut, Beamtenpensionen, von denen niemand weiß, wie sie in der Zukunft bezahlt werden sollen, ein Steuersystem, das so aussieht, als hätten erfahrene Hinterzieher es sich ausgedacht, und vor allem ein Schuldenberg, der irgendwann ins Rutschen geraten und alles unter sich begraben wird – genau diese Probleme haben wir auch. Und Ihr seid uns auf diesem Pfad der Untugend nicht so weit voraus, wie viele glauben.

Früher habt Ihr Griechen uns den Weg gewiesen, habt der Welt die Demokratie, die Philosophie und das erste Verständnis für Nationalökonomie beigebracht. Jetzt weist Ihr uns wieder den Weg. Nur ist es diesmal der Irrweg. Da, wo Ihr seid, geht's nicht weiter!
Finanzschwache Grüße aus Deutschland!
Eure liebe Geldtante"

Der €uro wird noch viel stärker unter Druck geraten mit einer fatalen Konsequenz: Um den Zusammenbruch des ganzen Systems zu verhindern, müssen Deutschland und die vier, fünf anderen soliden Staaten zahlen. Eins ist klar: Griechenland wäre eben noch „wegzustecken". Aber zusätzlich den Zusammenbruch Italiens, Spaniens oder Portugals zu verhindern, würde auch die soliden Länder überfordern. Das wäre das Ende Europas. Wenn Griechenland die ausgehandelten Vereinbarungen nicht unverzüglich angeht, muß das Land den €uro aufgeben. Und die übrigen schwachen Staaten gleich mit! Dann bleibt vielleicht eine konsolidierte €uro-Zone übrig. Oder der €uro wird ganz aufgelöst. Jedenfalls erlauben die chaotischen griechischen Zustände kein „Weiter so!" Europa darf sich nicht erpressen lassen.

„Griechenland kann sich nur konsolidieren, wenn es die €uro-Zone verläßt, abwertet und zur Drachme zurückkehrt. Vermutlich werden auch wir Deutsche uns mittelfristig vom €uro verabschieden müssen, weil wir die uns zugemuteten Lasten nicht übernehmen können. Alle Sicherungen gegen die Fehlentwicklungen sind durchgebrannt."
(Prof. Arnulf Baring, Focus Nr. 45/2011)

Nun faseln sie alle von **Wachstumsförderung** – als ob das bisher nicht möglich gewesen wäre. Eine simple volkswirtschaftliche Erfahrung: Wachstum geht auf Dauer nur durch Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, nicht auf Pump. Zusätzlich problematisch wird die Sache aber, weil jeder unter Wachstumsförderung etwas anderes versteht. Deutschland, Österreich oder die Skandinavier meinen damit Strukturreformen, Freisetzung von zu sehr gebundenen Kräften – also z. B. Entbürokratisierung, Öffnung der Arbeitsmärkte, Bildung etc. Schuldenfinanzierte Konjunktur-Programme werden strikt abgelehnt. Die sozialistisch orientierten Kräfte (wie auch die SPD) verstehen unter „Wachstumsförderung" hingegen „Konjunkturprogramme", also staatliche Förderprogramme aus Steuermitteln, „Reichensteuer", Ankurbelung der Notenpresse und soziale Wohltaten – alles auf Pump,

also zu Lasten der kommenden Generationen. Mit Hollande hat diese Ausrichtung einen neuen Verbündeten gefunden. Franzosen und Griechen haben jedenfalls mit ihren Wahlen deutlich gemacht, daß sie eine „Konsolidierungspolitik“ nicht wirklich wollen. In Griechenland noch deutlicher: Sie wollen sich nicht retten lassen.

„Wir brauchen die Wiederherstellung von Vertragstreue. Wenn man Monopoly spielt und keine Scheine mehr hat, kann man auch nicht auf den Geldstapel des Nachbarn zurückgreifen. Man muß ein Spiel auch verlieren können. Nur dann kann man neu wieder anfangen.“ (P. Gauweiler, CSU-MdB, Welt 4.9.11)

Beide Länder haben zudem kein langfristiges Konzept für den Abbau ihrer Schulden. Und beide Länder sind staatsfixiert („alles Gute kommt von oben“). Sie drücken sich vor den Konsequenzen, die eine finanzpolitisch verantwortliche Haltung erforderte. So sitzt Griechenland schon jetzt in der Pleite, und Frankreich steht kurz davor. Hollandes Vorstellungen stammen aus der Rezeptsammlung John Maynard Keynes, wonach eifrig Staatsgeld verteilt werden sollte, um die Konjunktur zu beleben. Kurz nach seiner Wahl haben alle drei großen Rating-Agenturen erkennen lassen, daß es keinen Spielraum für Experimente mit einer stärkeren Schuldenaufnahme zur Anregung des Wirtschaftswachstums gebe. Im Klartext: Frankreich droht eine weitere Herabstufung. Dann aber werden die Renditen für Staatsanleihen so hoch, daß sich Hollande seine Pläne sehr bald abschminken kann. Die Wähler in Frankreich und Griechenland haben klargemacht, wohin die Reise Europas in Zukunft gehen soll. „Ihr, das Volk Frankreichs, werdet Europa sagen, welchen Weg es gehen soll“, wird François Hollande vor seiner Wahl zitiert. Dieser Weg endet schnurstracks an der Grenzwand der €uro-Sackgasse – und da gibt s keinen Auffangzaun wie bei den Rennen der Formel 1. Nur die Geschwindigkeit ist dieselbe.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß Griechenland an Überschuldung sowie fehlender Wettbewerbsfähigkeit leidet und die versprochenen Reformen nicht liefert. Das Land ist insolvent und muß deshalb – zumindest vorübergehend – den €uro und die EU verlassen. Dann hätte es vielleicht wieder Luft zum Atmen und eine Perspektive, nämlich irgendwann zurück nach Europa. Aber dies müßten sich die Griechen dann aber ehrlich verdienen und nicht wieder erschwindeln!

Tantalus, ein Sohn des Zeus, betrog den alten Herrn auf gemeine Weise. Er wurde darob von den Göttern verstoßen und mußte hinfort bei brennender Hitze in einem Teich stehen, so daß er schlimmen Durst litt. Doch wann immer er sich bückte, um das Wasser im Teich zu trinken, versiegte die Flut.

Sisyphus, der Listigste aller Sterblichen, versuchte die Götter zu betrügen. Zeus ließ ihn zur Strafe einen schweren Marmorstein bergauf wälzen, oben angekommen, rollte der tückische Stein wieder ins Tal, immer wieder.

Prometheus, ein begnadeter Irdischer, schuf mit Hilfe der Göttin Athene den Menschen. In seiner Selbstherrlichkeit versuchte er, den hungrigen Zeus durch einen mit Knochen ausgestopften Opferstier hereinzulegen. Zeus rächte sich grausam: Er ließ Prometheus an eine Felswand des Kaukasus schmieden und sandte dem Gefesselten einen Adler, der täglich an seiner Leber fraß, die sich aber nachts wieder erneuerte. So ging die Qual täglich von neuem los, unter unsäglichen Schmerzen.
So grausam konnte Zeus sein. So grausam wollen wir Christenmenschen die Griechen für ihre Freveltaten aber nicht bestrafen. Geben wir Ihnen eine Chance: Sie sollten einfach den €uro verlassen, Reue zeigen, Buße tun und sich läutern. Bis dahin kann es konsequenterweise nur heißen:

Beim Zeus, Ihr Griechen, raus mit Euch!

Einst sang Mireille Mathieu:

„Akropolis, adieu, ich muß gehen.
Die weißen Rosen sind verblüht.
Was wird geschehn?
Ich wär so gern geblieben.
Akropolis, adieu.

Ein fremder Wind weht übers
Meer, und morgen sind wir
schon allein.
Komm laß uns tanzen,
vergiß die Sorgen!
Es wird vielleicht nie mehr so sein.“

(Sie hat ja so recht!)

II. *ESM*: Das Ende der Souveränität Deutschlands

„Mitunter kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade die Befürworter eines geeinten Europa zugleich dessen größte Feinde sein können – dann nämlich, wenn sie hohe Güter wie die staatliche Souveränität oder die Rechte nationaler Parlamente im Namen vermeintlich höherer Güter auf eklatante Weise verletzen“, schreibt die FAZ am 12.9.11 zur Lage Europas. Sie wollen Europa stärken, indem sie die Mitgliedsstaaten schwächen. So aber kann Europa nicht funktionieren.

„Europa“ hat in jüngster Zeit viel Profil und damit viel Vertrauen der Bürger seiner Mitgliedsstaaten verloren. Unsere Vordenker träumten, ganz Europa würde mit dem €uro ähnlich leistungsfähig wie Deutschland, Österreich, die Niederlande oder Finnland. Ich glaube nicht, daß es vor der €uro-Einführung einem in der EU befindlichen Staat bedeutend schlechter ging als jetzt. Den freien, die innereuropäischen Hürden überschreitenden Verkehr hätten wir auch ohne €uro verwirklichen können, ja er war weitgehend bereits Wirklichkeit. Und durch eine Verrechnungswährung („ECU“) hätte man auch den Zahlungs- bzw. Wechselverkehr vereinfacht.

Das politische Gewicht der EU wäre zweifellos gewachsen – und auch die Einbindung Deutschlands wäre gelungen –, wenn man den €uro nicht eingeführt hätte. Nun fällt die Fehlkonstruktion des €uro ausgerechnet den Deutschen auf den Kopf: Sie werden in eine Sonderrolle getrieben – diesmal, weil sie sich „solide“ verhalten. Aber Helmut Kohl, der Historiker, handelte offensichtlich unter dem Eindruck einer Bemerkung von Henry Kissinger (1994), wonach „letztlich die zwei Weltkriege geführt wurden, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern (FAZ 9.2.12).“ Helmut Kohl hatte mit der Zusage für eine rasche Bildung einer europäischen Währungsunion die Zustimmung der Alliierten zur deutschen Wiedervereinigung erhalten. Gegen einen bedeutenden Preis: Als Ausgleich zur deutschen Einheit sollten durch die Währungsunion die europäische Integration und vor allem eine Europäisierung des vergrößerten Deutschlands aus seiner starken D-Mark vorangetrieben werden. Allerdings forderten die Deutschen dafür Stabilitätsdisziplin und ordentliche Haushaltsführung – angesichts

der „südlichen“ Mentalität ein Wunschtraum. So kam es, wie es kommen mußte: Die großen, auch mentalen, Unterschiede der europäischen Nationen im Hinblick auf eine Gewichtung der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarkt-Politik wurden beim €uro ausgeblendet. Da wir aber auf den „deutschen Tugenden“ bestanden, wurden wir zum bestgehaßten Volk Europas.

Klartext: Das Ziel einer Europäisierung Deutschlands ist mit einer nicht lebensfähigen Währungsunion gescheitert. Sie ist auch deshalb gescheitert, weil sie das Produkt einer politischen Ideologie und nicht das Produkt einer ökonomischen Wirklichkeit ist.

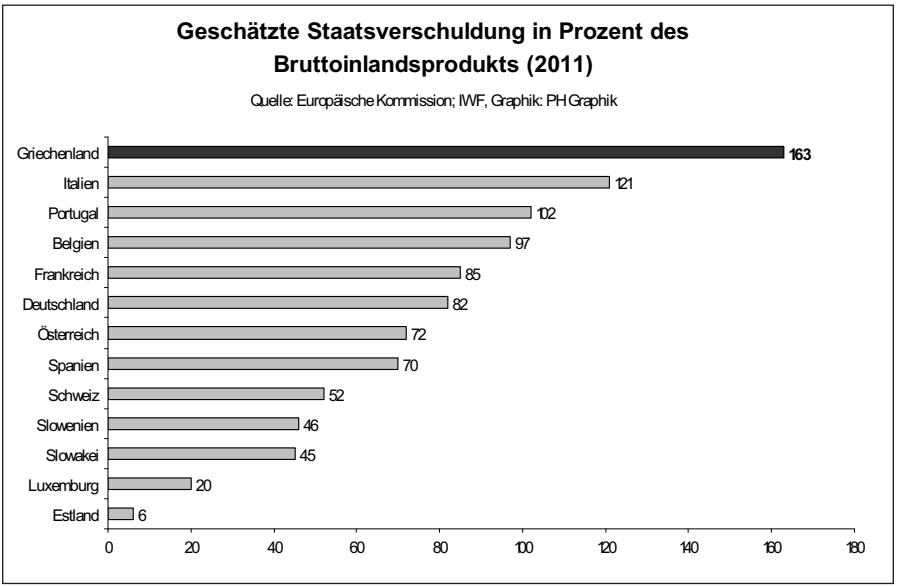
Eine politische Vereinheitlichung Europas scheint eher nur für die Politiker interessant zu sein. Die Bürger haben daran kaum ein Interesse, weil sie nicht verstehen (oder akzeptieren wollen), was die Politik ihnen vorgaukelt – eine europäische Identität, die es (noch) nicht gibt. Mehr als die politische Einheit braucht die europäische Föderation eine soziokulturelle Kraft von unten: Die Bürger müßten sich in diesem Europa „zuhause“ fühlen. Aber dafür fehlen derzeit die Voraussetzungen. Nur wenn der kulturelle Pluralismus erhalten bleibt – wenn es also keine „neue europäische Identität“ gibt – kann es zu einer Integration kommen, die auch ein Wirtschaftswachstum ermöglichen würde. Leider deutet alles darauf hin, daß die Europäische Union bzw. ihre Repräsentanten mit intransparenten Schritten auf einen europäischen Super-Staat zusteuern. Das aber geht ins Auge.

„Die Währungsunion litt von Anfang an an zwei wesentlichen Konstruktionsfehlern“, schreibt Steffen Roth im „Ordnungspolitischen Kommentar“ vom 3. Juli 2012. „Der eine (Konstruktionsfehler) bestand in der Aufnahme auch solcher Mitgliedsstaaten, die nicht die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllten, der andere bestand in einem wenig glaubwürdigen Ordnungsrahmen. Der erste Fehler ist kaum mehr zu korrigieren: Während es zu leicht war, der €uro-Zone beizutreten, ist es jetzt zu schwer geworden, die €uro-Zone ohne erhebliche Kosten und Nebenwirkungen wieder zu verlassen. Der zweite Konstruktionsfehler kann und muß dringend korrigiert werden. Die Politik muß sich glaubhaft auf Maßnahmen zu Defizitausgleich und Schuldenabbau verpflichten. Das Aufspannen immer größerer und auf

Dauer gestellter „Rettungsschirme“, die Einführung von €urobonds und der umfassende Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB schaffen keine Anreize zur Defizitreduktion. Die Verwässerung der Haftung von Mitgliedstaaten für ihre Schulden ohne Einführung glaubhafter, strikt durchgesetzter Regeln für ihre Finanzpolitik schafft im Gegenteil Anreize, Budgetdefizite nicht abzubauen…“ Und damit wandelt sich allmählich die EU bzw. der €uro-Bereich um zu einer Transfer-Union. Und wir sitzen tatsächlich in der Falle.

Wir sitzen in der Falle

Der international renommierte Leiter des Münchner IFO-Instituts, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, formuliert es ganz drastisch („Im Gespräch“, FAZ 18.02.2012): Für ihn sei „der Zug in Richtung Transferunion abgefahren. Die Rettungsschirme werden in Kürze verbraucht sein. Im Endeffekt werden dreieinhalb Billionen Euro Staatsschulden der Südländer vergemeinschaftet…“



Auf die Frage der FAZ, ob das weitere Hilfspaket die letzte Zahlung sein könnte, antwortet der Ökonom: „Nein. Es wird nur kurze Zeit reichen. Das ist eine weitere Hilfe für die Kapitalanleger, die so noch mal einen Teil ihrer Staatspapiere loswerden.“ Man sollte, so Sinn

weiter, den Griechen dieses Geld besser als Austrittshilfe geben; denn sie hätten keine Chance, innerhalb des Euroraumes wettbewerbsfähig zu werden. Dazu müßten sie 31 Prozent mit ihren Preisen runter. Die Griechen sollten also am besten die Währungsunion verlassen. Das Land würde zerbrechen, würde man Griechenland zumuten, die Wettbewerbsfähigkeit durch ein Sparprogramm wiederherzustellen. „Da können die Politiker Europas zehnmal etwas anderes sagen. Bestimmte Dinge sind ökonomisch nicht möglich…“

Aber statt auf die „Weisen“ zu hören, schaffen Politiker ein Hilfspaket nach dem anderen. Die Hilfssummen erreichen schwindelerregende Höhen, als ob die Politiker mit ihren „Rettungsfonds“ und „Hilfspaketen“ zu Jongleuren vieler Nullen (vor dem Komma, versteht sich) mutiert wären. Vorstellen kann sich die Riesensummen schon lange niemand mehr.

Zur Erinnerung an unsere Schulzeit: Das Wort „Milliarde“ (Abkürzung: Mrd.) ist das Zahlwort für die Zahl 1.000 000 000. Eine Milliarde €uro ist also gleich eintausend Millionen €uro. Aber wie haben‘s ja. Die Verschuldung bzw. Haftung hat inzwischen auch die Hafteinheit „Billion“ erreicht. 1 Billion – das sind eintausend Milliarden! Und Deutschland hat inzwischen mehr als zwei Billionen €uro Schulden, wir haben also zweitausend Milliarden € Schulden. Da muß man doch schwindelig werden!

Und sie haben „Namen“, die niemand versteht: ESM, EFSF, TARGET usw. (Erläuterungen siehe Kapitel IV.). Der ESM sollte ursprünglich ab Juli d. J. (2012) in Kraft treten, wenn es nach Merkel gegangen wäre. Aber Bundespräsident Gauck hat die Ratifizierung auf Bitten des BVG zunächst einmal ausgesetzt, bis das BVG beraten hat. Und: Er hat die Regierung aufgefordert, die Bevölkerung über das, was sie „Rettung“ nennt, (besser) aufzuklären. Das war eine ultimative Warnung.

Geradezu skandalös ist, was Jürgen Liminski, Redakteur beim Deutschlandradio, am 2. Juli 2012 in seiner Morgen-Moderation berichtete: „Kurz vor der Einführung des Euro, Ende 1999, zitierte der „Spiegel“ den künftigen Chef der Eurogruppe Jean-Claude Juncker mit diesen Worten:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter, Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Am 29. September 2011 hatte der Deutsche Bundestag über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms befunden (es ging um die Beinahe-Verdopplung der deutschen Bürgschafts-Summe). Diese hohe Verschuldung erdrückt uns und unsere Kinder – sie ist Gift für die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Bald werden die revoltieren, die am Ende die ganze Zeche zahlen müssen, ohne je nach Ihrer Sicht gefragt worden zu sein, nämlich diejenigen, die nicht über Europa mit abstimmen durften und auch bei der €uro-Einführung nichts zu melden hatten.

Ungeniert häuft die Politik Schulden über Schulden an, die aber heute gar nicht abgetragen werden können. Muß denn nicht mal gefragt werden, warum die kommenden Generationen die gewaltigen Schuldenberge abtragen sollen, die wir Dieszeitigen gerade anhäufen? Einmal abgesehen vom unmoralischen Verhalten unserer Generation nach der Devise „nach mir die Sintflut“, ist es auch logisch zwingend, daß unsere Kinder und Kindeskinder – bei heutigem Schuldenstand mindestens zehn kommende Generationen – diese Schulden eben nicht abzutragen verpflichtet sind. Sie könnten es auch nicht.

Moralisch betrachtet müßten die jetzt Lebenden die Schulden abtragen. Das geht natürlich nicht wie beim Abtragen eines Kredites bei der Bank. Nein, es geht allenfalls durch eine Währungsreform und/oder Inflation, also Weginflationierung der Schulden, und durch geordnete Haushalte. Eigentlich eine einfache Wahrheit.

Und so wurde z. B. schon in Irland im Verein mit deutschen Banken die Finanzblase kräftig aufgepustet. Die Mittelmeerländer in der EU mit ihren tradierten Schatten-Wirtschaften wurden einfach durchgewunken, ohne genauer hinzusehen, nachzudenken oder abzumahnen – wie das der Betrug durch Griechenland besonders erfordert hätte, mitsamt den (ausgebliebenen) Konsequenzen. Anfang 2010 hatte Frau Merkel wohl noch die richtigen Berater und forderte den Ausschluß überschuldeter Länder und eine Staaten-Insolvenzverord-

nung, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Es kommt, wie es kommen mußte:

So dreht sich das Schulden-Rad weiter:
Die subventionierten EU-Mitgliedsstaaten haben sich nicht mit den jährlichen Subventionen aus den soliden Staaten (D, A, NL, Finnland) begnügt, sondern darüberhinaus sich auch noch kräftiger verschuldet als die Geberstaaten. Während 2010 die gesamte €uro-Zone im Durchschnitt mit 85 Prozent verschuldet war, erreichte Griechenland alarmierende 143 Prozent – was für diesen Staat einen kriminellen Schuldenstand von 329 Mrd. €uro bedeutet. Nicht nur in Griechenland, auch in vielen anderen Staaten dreht sich das Schulden-Rad in folgenden fünf Schritten:

1. **Schritt:** Ein Staat verschuldet sich. Er verkauft Staatsanleihen an Banken, Versicherungen etc., auch an Privatanleger. Diese Staatsanleihen sind für den jeweiligen Staat schlicht Schulden, denn er muß die Forderungen der Gläubiger (der Anleger) nach vereinbarter Zeit bedienen. Griechenland hat z. Zt. etwa 350 Milliarden €uro Schulden, das sind 166 Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Alle 17 €uro-Staaten zusammen haben derzeit rd. 7,8 Billionen €uro Staatsschulden – gigantisch!
2. **Schritt:** Banken, Versicherungen („Geldinstitute“) kaufen diese Staatsanleihen besonders gerne, weil sie dafür kein Eigenkapital vorweisen müssen und trotzdem Zinsen erhalten.
3. **Schritt:** Um die vielen Staatsanleihen kaufen zu können, brauchen diese Geldinstitute Kapital. Das holen sie sich bei Sparern bzw. Versicherungskunden, die dafür einen Teil der Zinsen bekommen, die der Staat zahlt.
4. **Schritt:** Aus Angst vor der Schulden- bzw. €uro-Krise haben Anleger immer weniger Geld angelegt. Sie investieren z. T. lieber in Sachwerte. So fehlt aber den Kreditinstituten frisches Kapital. Zudem verlieren viele sich in ihren Händen befindliche Staatsanleihen an Wert, weil einige Staaten in Pleitegefahr geraten sind.
5. **Schritt:** Aus dieser Klemme kann den Banken etc. wiederum nur der Staat helfen. Der Staat übernimmt zunehmend die Haftung und beschließt „Rettungspakete“, neue Bürgschaften oder Notkredite. Da die Staaten das notwendige Geld dafür nicht haben, geht der Schuldenkreislauf wieder von vorne los – siehe Schritt 1.

Unheilvoller Rettungsschirm

Neben EU- sowie IWF-Griechenlandhilfen und Target-Verbindlichkeiten (siehe Kap. IV) wurde stattdessen ein Euro-Rettungsschirm (ESFS) über zunächst 250 Mrd. € und dann 440 Mrd. €uro beschlossen, was inzwischen einer Garantiesumme von 780 Mrd. entspricht. Weil das alles dem „Bail-out"-Verbot widersprach, wurde außerhalb der EU eine Zweckgesellschaft nach Luxemburger Recht gegründet.

Eingewoben sind noch weitere 250 Mrd. €uro des IWF. Alle brechen europäische Verträge, auch die EZB, die bis zum 18. September 2011 Staatsanleihen in Höhe von 143 Mrd. €uro von Mitgliedsländern durch die Hintertür erwarb.

Um die Rechtsverstöße zu heilen, beschloß die EU, den Rettungsschirm 2013 mit dem ESM, also dem auf Dauer angelegten Europäischen-Stabilitäts-Mechanismus, abzulösen, der zwischenzeitlich auf 1,5 Billionen €uro (eine Billion hat 12 Nullen) erhöht werden sollte, um notfalls auch Italien absichern zu können. Deutschland – mit ca. 30 % aller Risiken – hätte es mehr als andere in der Hand, eine Maßnahme abzusagen. Daraus erwächst Deutschland eine besondere Verantwortung auch gegenüber seinen Nachbarn.

Die bisherigen Rettungsaktionen haben gerade für Griechenland keine echte Hilfe gebracht, sondern lediglich das Siechtum verlängert und – ein ganz besonderes Thema, auf das hier aber nicht näher eingegangen werden kann – den Banken gesunde Schuldner zugeführt, so daß die Geldinstitute ganz besonders stark entlastet wurden. Bei Licht besehen, war es also de facto keine „Griechenland-Hilfe", sondern eine „Banken-Hilfe" zu Lasten der Bürger, die das zahlen müssen.

Während hierzulande seit Jahren Themen wie Rentenversicherung, Gesundheitssystem, Pflegeversicherung und Energie ungelöst bleiben, verteilt Frau Merkel mit der Gießkanne €uros über Europa und erlaubt planwirtschaftliche Verwerfungen. Solange selbsternannte Experten zu weiche Politiker für eine weiche Umschuldung umgarnen, um Investoren zu schonen, werden nach dem (amerikanischen) Motto „too big to fall" (zu groß, um zu stürzen) weiter hoffnungslose Fälle und die Zocker drum herum gerettet – und obendrein der Anreiz zu weiterem

Schuldenmachen gegeben. Motto: Die blöden Deutschen, Ösis oder Holländer etc. zahlen‘s letztlich ja.

Es ist tragisch für die Loyalität und das Demokratie-Verständnis, wenn vom Bürger Gesetzestreue verlangt wird, Regierungen jedoch die von ihnen selbst aufgestellten Regeln immer öfter brechen.

Totschlagsargumente wie „alternativlose Politik“ oder „nur Eurobonds verhindern Kriege“ entstammen der Mottenkiste vordemokratischer Zeit. Die Bürger scheinen da etwas weiter zu sein: Am 29. September 2011 entschied der Deutsche Bundestag über die Ausweitung des €uro-Rettungsschirms. Hätten die Bürger selbst entscheiden können, wäre lt. ZDF-Politbarometer eine Mehrheit von 76 Prozent der Deutschen dagegen gewesen. Dies gilt besonders, wenn man sich die wirklichen Zahlen aus deutscher Perspektive anschaut:

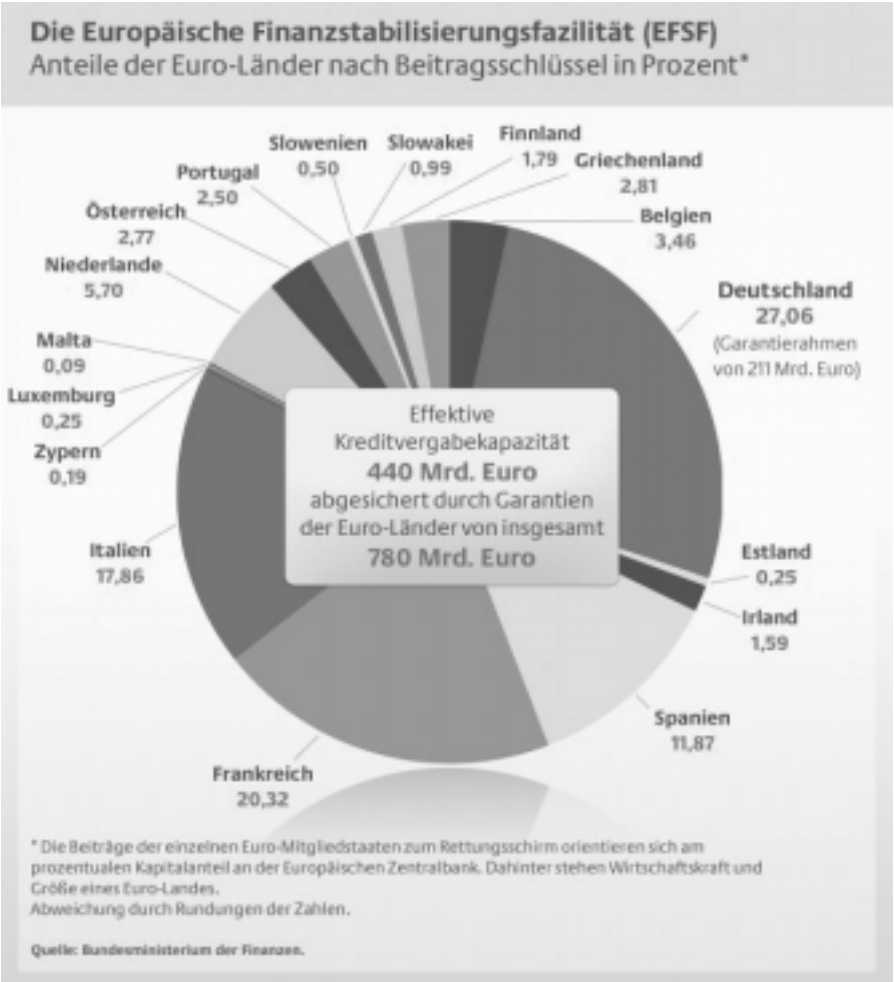
Die Bundesregierung versichert naßforsch, die deutsche Haftung für die Krisenländer, vor allem die „PIGS“ – Portugal, Italien, Griechenland, Spanien – sei bei 211 Mrd. €uro gedeckelt. Aber das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Nach Berechnungen des oben zitierten Ökonomen H.-W. Sinn seien die erwähnten 211 Mrd. in Wirklichkeit 253 Mrd. €uro, „weil im Kleingedruckten steht, daß es noch 20 Prozent mehr werden können. Außerdem sind die Staatspapierkäufe, die exorbitanten EZB-Kredite sowie die Gelder von der EU und vom IWF nicht dabei. Wir haften nach heutigem Stand für 643 Milliarden €uro. Hinzu kommen die Zinsen für die Kredite…“, betont Prof. Sinn.

Der „Rettungsschirm“ ESFS

Um es deutlicher als Prof. Sinn zu sagen: ***Wir*** haften. „Wir“, das heißt jeder einzelne deutsche Bürger. Nicht die Politiker oder „der Staat“ zahlen die Zeche, sondern wir alle.

Holger Steltzner, Herausgeber der FAZ, mahnt in der „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ vom 16.10.11: *„…Eine Währungsunion, in der Regelverstöße honoriert werden, kann Transferzahlungen politisch, wirtschaftlich und sozial nicht begründen. Auf einem schiefen Fundament mit Fehlanreizen kann eine stabile politische Union mit Zukunft nicht errichtet werden. Je gewaltiger die Rettungsschirme werden, desto größer wird der Abstand zwischen Brüssel und den*

Bürgern. (…) Der €uro ist als unpolitische Währung mit einem Stabilitätsversprechen eingeführt worden. In einer solchen Währungsunion müssen sich die Mitglieder mit ihrer Wirtschaftspolitik dem Primat der Geldwertstabilität unterwerfen – oder aussteigen…“



Wenn Frau Merkel „€urobonds für die erkennbare Zukunft“ ausschließt und formuliert, zudem gehe es darum, nun zunächst „im Rahmen der jetzigen EU-Verträge das Mögliche an Stabilitätsmaßnahmen auszuschöpfen“, wird einem angst und bange. Das ist der direkte Weg in

eine Transferunion – egal wie sie es verpackt. Ein europäischer Länderfinanzausgleich ist ebenso Gift für Europa wie Kommissare zur Einhaltung von Zwangsmaßnahmen. Der mißratene deutsche Länderfinanzausgleich sollte abschreckendes Beispiel genug sein. Europa am Tropf hängender, entmachteter Völker statt einer solidarischen Union souveräner Staaten, deren stolze Bürger ihre Geschicke eigenverantwortlich in die Hand nehmen, wozu auch das Recht auf Insolvenz und Schuldenschnitt gehört? Die Väter Europas hatten offenbar doch nicht weit genug gedacht!

Noch einmal Prof. Sinn (a.a.O.): *„…Der Zug ist in Richtung Transferunion abgefahren. Die Rettungsschirme werden in Kürze verbraucht sein. Dann wird man Deutschland bedrängen, die Summe zu erhöhen, um die alten Kredite zu schützen. Man wird immer wieder neues Geld dem alten hinterher werfen (…) Im Endeffekt werden dreieinhalb Billionen (!) Staatsschulden der Südländer vergemeinschaftet sein.“*

Der ESM – Deutschlands „Schwarzer Freitag“

Nun hat auch Deutschland einen „Schwarzen Freitag“: Am 29. Juni 2012 beschlossen Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittel-Mehrheit den sogenannten Fiskalpakt und den ESM (siehe Graphik auf Seite 49 und Tabelle Seite 52) – auch „Europäischer Rettungsschirm“ genannt. Damit gaben die Abgeordneten ihr wichtigstes Recht ab: die Haushalts- und Finanzhoheit. 16 Abgeordnete der CDU/CSU und 10 Abgeordnete der FDP stimmten jedoch mit Nein, zudem auch die gesamte Fraktion der Linkspartei und einige weitere von SPD und Grünen, insgesamt rund 100 Gegenstimmen, was aber nicht reichte, um das unsinnige, gefährliche Gesetz zu verhindern.

Bei der ESM-Abstimmung stimmten mit NEIN:
CDU/CSU: Veronika Bellmann, Wolfgang Bosbach, Michael Brand, Thomas Dörflinger, Herbert Frankenhauser, Alexander Funk, Peter Gauweiler, Josef Göppel, Manfred Kolbe, Paul Lehrieder, Carsten Linnemann, Georg Nüßlein, Thomas Silberhorn, Christian Freiherr von Stetten, Arnold Vaatz, Klaus-Peter Willsch.
FDP: Jens Ackermann, Nicole Bracht-Bendt, Sylvia Canel, Joachim Günther, Lutz Knopek, Jürgen Koppelin, Holger Krestel, Lars Lindemann, Frank Schäffler, Torsten Staffeldt.

Der „Münchner Merkur“ drückt es sehr klar aus:
„Wenn Historiker eines Tages darüber sinnieren, wann die Bundesrepublik Deutschland als souveräner Staat aufhörte zu existieren und die Metamorphose in ein Bundesland der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ begann, dann dürfte ihr Blick auf den 29. Juni 2012 fallen: der Tag, als Angela Merkel den übertölpelten Bundestag über den Rettungsschirm ESM abstimmen ließ, den sie nur Stunden zuvor in Zusagen an die anderen europäischen Regierungschefs zu einem Instrument der Schuldenvergemeinschaftung umfunktioniert hatte.“

Der „Rettungsschirm“ ESM

Nachdem das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Verantwortung für die Zustimmung zu den europäischen Verträgen bei den gewählten Bundestagsabgeordneten sah, hätten diese eigentlich bei den Abstimmungen über die Griechenhilfe hellwach werden müssen. Die meisten wurden es nicht, haben keinen Widerspruch riskiert. Es gab nur einige wenige Mutige, vor allem Peter Gauweiler (CSU), Klaus-Peter Willsch (CDU) und Frank Schäffler (FDP), die persönlich unentschuldbar diffamiert und heftigst angefeindet wurden.

Der auf der nächsten Seite abgedruckten Tabelle ist zu entnehmen, wie sich die ESM-Last auf die einzelnen €uro-Länder verteilt, u. zw. sowohl als Prozentangabe als auch mit den entsprechenden Bar-Beträgen. Zusätzlich, um den gesamten Umfang des ESM zu zeigen, sind auch die damit verbundenen Garantien aufgelistet:

Beiträge zum künftigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

Verteilungsschlüssel Euro Länder	**Prozent (%)**	**Bareinzahlung** in Mrd. Euro	**Garantien** in Mrd. Euro
Deutschland	**27,1**	**21,7**	**168,3**
Frankreich	20,4	16,3	126,4
Italien	17,9	14,3	111,1
Spanien	11,9	9,5	73,8
Niederlande	5,7	4,6	35,4
Belgien	3,5	2,8	21,6
Griechenland	2,8	2,3	17,5
Österreich	2,8	2,2	17,3
Portugal	2,5	2	15,6
Finnland	1,8	1,4	11,1
Irland	1,6	1,3	9,9
Slowakei	0,8	0,7	5,1
Slowenien	0,4	0,3	2,7
Luxemburg	0,3	0,2	1,6
Zypern	0,2	0,2	1,2
Estland	0,2	0,1	1,2
Malta	0,1	0,1	0,5

	Gesamt	**700 Mrd. €**
davon	Garantien	620 Mrd. €
davon	Bareinzahlungen	80 Mrd. €
	Kreditrahmen	500 Mrd. €

Bareinzahlungen in Tranchen in Mrd. Euro

1. u. 2. Trache (2. Hj. 2012)	32
3. u. 4. Trache (2013)	32
5. Trache (Anfang 2014)	16
Gesamt	**80**

Quelle: ERSF, Tabelle: P. H.

Die unvermeidbare „Nazi-Keule“

Es war (ausgerechnet) ein führender Sozialdemokrat, der in dieser Debatte die unvermeidbare „Nazi-Keule“ gegen die €uro-Kritiker aus der Kiste holte. Dazu bemerkte die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla: „Sehr negativ fiel mir die Rede des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil auf. Er ging mit den €uro-Kritikern laut und aggressiv ins Gericht und drängte den FDP-Abgeordneten Frank Schäffler sogar in die Nazi-Ecke, als dieser das Prinzip der Eigenverantwortung der Nationalstaaten betonte. Das Auftreten des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden zeugte von einem fehlenden Demokratieverständnis und einer fehlenden Sachkenntnis der Zusammenhänge...“

Mit solchen Beschimpfungen befindet sich die SPD offensichtlich „unter Freunden“: Demonstranten in Athen brüllten „Nazis raus!“ und hatten offenbar vergessen, daß es Sozis waren, die Hellas die Tür zum €uro weit aufgestoßen hatten. Demonstranten verbrannten öffentlich deutsche Fahnen und sprühten der „Bank von Griechenland“ mit Farbe aus Spraydosen einen neuen Namen auf: „Bank von Berlin“. Eine führende griechische Tageszeitung zeigte Angela Merkel und Wolfgang Schäuble in Naziuniform. Eine andere Zeitung zeigte griechische Beamte, die den Deutschen den Hitlergruß entboten. Zu Karneval dieses Jahres wurde in der Region Areia eine Puppe verbrannt, die Angela Merkel in Lebensgröße in Naziuniform mit ausgestrecktem rechten Arm darstellte. Auf Athens Straßen fand man Plakate, die Merkel mit Hakenkreuz auf einer Armbinde zeigten.

Mit ihren Nazivergleichen reden sich die Griechen wohl ein, daß „Geldhahn zudrehen“ gleichbedeutend mit „Gashahn aufdrehen“ ist – ein schäbiger Vergleich! Ob sich dabei nun Herr Heil von der SPD wohlfühlt, ist nicht überliefert. So ist das halt, wenn man Populist spielt. Hart gegenüber den Deutschen auftreten, aber Milde über die Fehler des eigenen Landes walten lassen, das können die Griechen heute gut. Man geifert lieber wohlfeil gegen einen fernen Popanz, statt Selbstkritik zu üben. Auch das gehört zur Krise Griechenlands.

„…Dennoch stellen wir Deutschen das meiste Geld für Rettungsfonds zur Verfügung. Griechen, Portugiesen oder Spanier hätten also allen

Grund, Blumen vor unseren Botschaften abzulegen und Dankesschreiben ans Kanzleramt zu schicken. Weil sie ohne deutsche Hilfe längst pleite wären.

(…) ***Wir Deutsche erwarten längst kein ‚Dankeschön' mehr. Wir wären schon zufrieden, wenn wir uns für unsere Hilfe nicht auch noch als Nazis beschimpfen lassen müßten"***
(Hugo Müller-Vogg, Bild-Zeitung, 13.2.12012).

Zurück zur „Rettungsschirm"-Entscheidung des Bundestages: Zur parlamentarischen Beratung „zur Schaffung einer Stabilitätsunion" (ESM und Fiskalpakt) gaben einige €urokritische Bundestagsabgeordnete eine Erklärung ab, die man unbedingt lesen sollte, um zu verstehen, um was es wirklich geht. (Versteht sich, daß viele Medien kaum oder sehr eingeschränkt darüber berichtet haben.) Wir zitieren (Hervorhebungen d. d. Verf.):

Erklärung zu den Abstimmungen (ESM und Fiskalpakt)
„Heute treffen wir eine Richtungsentscheidung. Es geht um die Frage, welche Gestalt das politische Europa annehmen soll. Es geht um die Frage seiner Organisation und die Frage, wo seine politischen Kompetenzen angesiedelt sein sollen. Es geht daher um die Frage, ob Europa zentral oder dezentral organisiert wird und auf welcher Ebene sein Kern der Staatlichkeit liegt. Genau diese Entscheidung trifft heute das Parlament. Das ist nicht zulässig, denn die Verlagerung des Kerns demokratischer Staatlichkeit läßt das geltende Grundgesetz nicht zu. Man kann nicht einmal das Grundgesetz dahingehend ändern. Dennoch wird heute die Überführung von Staatlichkeit an eine höhere Ebene entschieden. Diese höhere Ebene ist indes nicht die Europäische Union, sondern ein neuer Euro-Staat, der keine Vorbilder kennt.

Über diesen Umstand spricht niemand, weil die Diskussion um die vergebliche Rettung des Euros durch Fiskalvertrag und ESM den Blick auf die wahre Bedeutung der heutigen Entscheidung im Plenum verstellt. Wir halten dies für einen Fehler. Die Entscheidung über die Verschiebung von Staatlichkeit von Deutschland in den neuen Euro-Staat darf nicht unter dem Deckmantel von ESM und Fiskalvertrag gefällt werden. Sie muß vielmehr als solche bezeichnet und mit mindestens gleicher rechtlicher Qualität wie die über den Vertrag von Lissabon getroffen werden.

Die heutige Entscheidung ist daher ein absoluter Tiefpunkt in der Geschichte des deutschen Bundestags. *Niemals zuvor wurde eine*

bedeutende Entscheidung unter so falschen Voraussetzungen getroffen. In unser Bewußtsein muß gerückt werden, daß der Deutsche Bundestag mit der Zustimmung zum ESM auf sein Budgetrecht – das Königsrecht – bereitwillig verzichtet. Das Budgetrecht ist Königsrecht, weil ein Parlament ohne eine Letztentscheidungshoheit über Haushaltsmittel machtlos, also seiner eigentlichen Aufgabe beraubt ist. Eine Demokratie ist nicht denkbar ohne ein Parlament mit voller Budgethoheit. Aus diesem Grunde schlußfolgert das Bundesverfassungsgericht aus Art. 38 GG, daß der Bestimmungsgehalt des Demokratieprinzips mißachtet und das parlamentarische Budgetrecht entleert wird.

Indes führt der ESM aus sowohl rechtlichen wie ökonomischen Gründen zu unabsehbaren und unbegrenzten finanziellen Verpflichtungen Deutschlands. Dadurch saugt er das Budgetrecht des Bundestages aus und hinterläßt nicht mehr als dessen leere Hülle:

Rechtliche Grenzen sind dem Zugriff des ESM auf den Bundeshaushalt nicht gesetzt. Denn die haushaltsrechtliche Beschränkung auf 190 Milliarden Euro wirkt nicht. Nach dem Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus sind alle Entscheidungen seiner Gremien völkerrechtlich verbindlich, bis auf die Erhöhung des genehmigten Kapitals nach Art. 10 Absatz 1 ESMV. Sie wird erst wirksam mit einer bundesgesetzlichen Ermächtigung zur Bereitstellung neuer Mittel für den ESM. Doch diese einzige Vorkehrung gegen eine ungewollte völkerrechtlich begründete Zahlungs-Verpflichtung reicht nicht aus, wenn Deutschland auch auf andere Art und Weise zur Zahlung verpflichtet werden kann. Dies ist erstens der Fall beim Abruf genehmigten Kapitals zu einem höheren Ausgabepreis als zum Nennwert. Deutschland ist verpflichtet, jedem Abruf des genehmigten Kapitals nachzukommen, selbst wenn dieses mit einem Aufgeld auf den Nennwert, also zu einem höheren Ausgabepreis erfolgt. Dadurch entsteht eine völkerrechtlich wirksame Zahlungspflicht, die Deutschland erfüllen muß, selbst wenn ihre Höhe die haushaltsrechtliche Vorsorge von 190 Milliarden Euro übersteigt. Dies ist zweitens der Fall, wenn ein erhöhter Kapitalabruf zur Verlustdeckung erfolgt, mit dem die Nichterfüllung der Zahlungspflicht eines anderen ESM-Mitglieds ausgeglichen wird. Deutschland hat in diesen Fällen kein oder jedenfalls kein abschließendes Vetorecht, da einerseits Streitigkeiten über den Bestand von Zahlungspflichten in letzter Instanz vom EuGH entschieden werden und andererseits mit dem bestimmungsgemäßen Eintritt weiterer Staaten zur Eurozone der deutsche Kapitalanteil am ESM absinken wird, wodurch sich die Sperrminorität in Luft auflöst.

Ökonomisch bringt der ESM die Haftungsunion. *Denn jede Anleihe, die er auflegt, um damit die Schuldenstaaten zu finanzieren, ist ein Eurobond.*

Alle ESM-Mitglieder haften gemeinschaftlich mit dem Vermögen des ESM. Die Anleihen des ESM werden wegen der gemeinschaftlichen Haftung und größeren Sicherheit attraktiver sein als die Anleihen seiner Mitglieder. Die Nachfrage nach Staatsanleihen wird sinken, wodurch die von den Mitgliedsstaaten geforderten Zinsen steigen werden. Das drängt weitere ESM-Mitglieder in Hilfsprogramme des ESM. Die Darlehen, die der ESM an diese Schuldenländer vergibt, sind vorrangig gegenüber anderen Staatsschulden zu bedienen. Das verteuert die Kreditaufnahme für die Programmländer zusätzlich. Wenn ein ESM-Mitglied auch nur ein einziges Mal ein Darlehen von dem ESM bekommen hat, wird es sich nie mehr eigenständig am Kapitalmarkt finanzieren können, weil seine Refinanzierung teurer und nicht billiger wird. Andererseits bringen die Anpassungsprogramme des ESM geringere Sanierungs-Anreize als hohe Kapitalmarktzinsen. Griechenland, Irland und Portugal liegen jeweils hinter den Zielen ihres Anpassungs-Programms zurück. Das ist kein unglücklicher Zufall, sondern das zu erwartende ökonomische Ergebnis, wenn ein Land sich nicht am Kapitalmarkt finanzieren muß. Der ESM wird sich daher stetig ausweiten, schon bald die Rolle einer europäischen Schuldenagentur einnehmen und größeren Kapitalbedarf haben. Der ESM ist kein Rettungsschirm, sondern ein Ansteckungsmechanismus.

Nicht das Fehlen der politischen Union bei Gründung der Währungsunion war der Fehler, sondern der absichtsvolle Verstoß gegen die Nichtbeistandsklausel im Jahr 2010. Dieser Rechtsbruch hat die aktuelle Krise geradezu ausgelöst. Mit dem ESM wird die Krise nicht bekämpft, sondern die Saat gelegt, aus der die Schulden- und Transferunion heranwachsen wird. Die Haftungsgemeinschaft der ESM-Mitglieder ist nicht Zukunftsmusik, sondern Gegenwart. Denn der ESM verfolgt ausweislich seines Vertragsstatuts nicht nur den Zweck, die Eurozone zu schützen, sondern auch die Finanzstabilität aller seiner Mitgliedstaaten. Der ESM wird dadurch die Staatsinsolvenz jedes einzelnen seiner Mitgliedstaaten verhindern und als gemeinsame Bank zur Staatsschuldenfinanzierung dienen. Dadurch werden Staatsinsolvenzen innerhalb der Euro-Zone faktisch unmöglich. Wenn die einzelnen Mitgliedstaaten nicht mehr bankrott gehen können, dann kann nur noch der neue Euro-Staat als Ganzes bankrott gehen. Es ist daher ökonomisch unvermeidlich, daß es zu einer Sozialisierung sämtlicher Staatsschulden der ESM-Mitgliedstaaten kommen muß.

Dieser Sozialisierung des Insolvenzrisikos steht keine adäquate Möglichkeit gegenüber, die Haushalte der Mitgliedstaaten zu kontrollieren. Denn der Fiskalvertrag ist ein zahnloser Tiger, der als Medizin gegen die geradezu widersinnige Anreizsituation herhalten soll, Schulden auf Kosten der anderen Mitgliedstaaten zu machen. Doch diese Medizin wird sich als wirkungslos

erweisen. Es gibt nur ein einziges Mittel, das Regierungen und Parlamente zu einem verhandlungsbewußten Umgang mit den Staatsfinanzen veranlaßt, nämlich die Drohung des Kapitalmarkts, Schulden nicht länger zu finanzieren. Doch genau dieses disziplinierende Mittel haben wir plangemäß und absichtlich abgeschafft.

Die heutige Gründung des Euro-Staats als Haftungsunion mit dem Euro-Bonds ausgebenden ESM als ihrer Schulden-Agentur lehnen wir ab. ***Dieser Euro-Staat ist nicht demokratisch legitimiert, er hat kein Parlament, und seine Organe sind weitgehend einer gerichtlichen Kontrolle entzogen.*** *Sein Machtzentrum ist eine Finanzinstitution, dessen Gremien von Mitgliedern der nationalen Exekutiven besetzt werden. Sie müssen sich gegenüber dem deutschen Gesetzgebungsorgan nicht verantworten. Nicht einmal der deutsche Gouverneur muß sich dem Bundestag verantworten, weil das Kabinett nur der Bundeskanzlerin verantwortlich ist. Eine politische Verantwortlichkeit ist daher nicht gegeben. Sie genießen überdies eine weitgehende und völkerrechtlich abgesicherte strafrechtliche Immunität. Der ESM ist ausführendes Organ des neuen Euro-Staats, ähnelt in seiner Ausgestaltung aber einer herkömmlichen Bank. Seine Organe unterliegen einer Schweigepflicht, sein Archiv ist unverletzlich. In der Wirkung ist der ESM somit durch das Bankgeheimnis geschützt, welches wir für alle anderen europäischen Banken abgeschafft haben. Der ESM darf nicht nur Kredite vergeben und Staatsanleihen aufkaufen, sondern alle Geschäfte in Bezug auf Anleihen ausführen. Damit kann er den Zins durch Geschäfte mit Derivaten auf Staatsanleihen beliebig manipulieren. Aufgekaufte Staatsanleihen darf er wiederum als Sicherheit hinterlegen, um sein Volumen durch die Aufnahme weiterer Gelder am Kapitalmarkt zu hebeln. Seine Bediensteten zahlen keine Steuern. Sie dürfen nach Handelserfolg bezahlt werden, also um so höher, je größere Gewinne sie für den ESM am Kapitalmarkt erzielen. Keines der vom ESM und seinen Bediensteten durchgeführten Geschäfte ist transparent oder in irgendeiner Weise kontrollierbar, sei es durch das Parlament oder die Justiz.*

Diese enorme Machtfülle eines Exekutivorgans ohne „checks and balances" ist ein Rückfall in eine vormoderne Staatsform. Sie ist ein veritabler Verstoß gegen die hergebrachten Grundsätze der Gewaltenteilung, die maßgebliches Kennzeichen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind. Wir kennen keine Umstände, unter denen wir davon auch nur ein Jota abweichen dürften. Selbst in der Not gelten Gebote! Sogar und gerade in der Not müssen Gebote gelten, denn sie sollen genau in diesen schlechten Zeiten Orientierung geben. In der Krise unserer Währung darf nichts anderes gelten. Wenn die Ordnungsregeln der Währung gebrochen werden, dann bricht die Währung. Wir müssen daher abschließend festhalten: Wenn Währung, Recht und frei-

heitlich-demokratische Grundordnung durch politisches Handeln gefährdet werden, dann ist dieses Handeln falsch.“

gez.: Klaus-Peter Willsch MdB (CDU/CSU), Frank Schäffler MdB (FDP), Manfred Kolbe MdB (CDU/CSU), Sylvia Canel MdB (FDP), Dr. Lutz Knopek MdB (FDP)

Mit der Einführung des Euro wurden im Vertrag von Maastricht
- eine Haushaltsdefizit-Obergrenze von höchstens 3%,
- ein Ausschluß der Übernahme von Staatsschulden anderer EU-Staaten („No-bail out“-Klausel),
- und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) fest versprochen. Im späteren Lissabon-Vertrag wurde die „No-bail-out“-Klausel noch einmal bekräftigt.

Gegen die Haushaltsdefizit-Obergrenze haben fast alle EU-Mitgliedsstaaten verstoßen, auch Deutschland. Alle Bundesregierungen seit Beginn der 70er Jahre haben uns zur Finanzierung von teuren Wahlversprechen in eine unverantwortliche, gigantische Verschuldung geführt. Allen Brüsseler Entscheidungsträgern war bekannt, daß Griechenland die Kriterien zum Beitritt in die €uro-Zone nicht erfüllt hatte. Die damalige rot-grüne Bundesregierung unter Schröder, Eichel und Fischer hat sich leider trotzdem für die Aufnahme von Griechenland stark gemacht. Mit fatalen Folgen, wie man heute sieht! (Nur am Rande sei erwähnt: Es ist für mich unerklärlich, warum die CDU/CSU heute nicht massiv thematisiert, daß sie damals im Bundestag gegen den Beitritt von Griechenland zur €uro-Zone gestimmt hat. Nun ja, solide Finanzpolitik *war* einmal eine Kernkompetenz der CDU. Seit Friedrich Merz von Frau Merkel weggemobbt wurde, ist diese Kompetenz der CDU sichtbar abhandengekommen.)

Die Zwerg-Ökonomen der SPD

In schöner Eintracht, über nahezu alle Parteien hinweg, sind sich die deutschen Bundestags-Parlamentarier (mit wenigen Ausnahmen) einig: Deutschland einig €uroland – koste es, was es wolle. Die Union und die FDP gehen allen voran bei dem Rettungswahn. Aber, was eigentlich verwundern sollte, die Oppositions-Fraktionen auch. Nahezu unisono singen sie (mit der Union) das Lied vom steuernden, dirigistischen Zentralstaat, der in Brüssel mit entsprechenden Machtbefugnissen auszustatten ist.

So richtig im zentralistischen Element darf sich die SPD fühlen – und damit die Schmach des Scheiterns des weiland „sozialistischen Experiments“ übertünchen. Das „neue“ Europa erhebt das Umverteilungsgeschäft zur Norm; alle möglichen Solidaritäts-, Unterstützungs-, Regionalförderungs-, Sozial-, Umwelt- und wer-weiß-noch-was-Fonds verheißen den Sozis ein europäisches Regierungsparadies auf Erden. Karl Marx erlebt mit August Bebel eine neue Auferstehung. Denn das ganze europäische Getue hat eine besondere Rechtfertigung – und damit quasi die höheren Weihen: Es dient der sozialen Gerechtigkeit, also niemand Geringerem als der Gesellschaft. Es dürfen die alten Lieder angestimmt werden. „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit...“ und die Internationale, mit neuem Text: „Ruinierer aller Länder, vereinigt Euch!“

Aus ihren Fehlern haben die deutschen Sozialdemokraten nichts, aber auch gar nichts gelernt. Es war doch die SPD, die während ihrer Regierungszeit mit den Grünen die Krise mitverursachte, indem sie die Maastricht-Verträge 2003 gebrochen, Griechenland in die €uro-Zone aufgenommen, den Finanzplatz Deutschland – mit verheerenden Folgen – dereguliert und liberalisiert hat. Die SPD tut heute so, als wisse sie von nichts, ja schaut grinsend zu, wenn der derzeitigen Regierung die Schuld in die Schuhe geschoben wird. Die Sozialisten verweigern sich einer einfachen ökonomischen Erkenntnis: **Politik darf nur dürfen, was Politik auch leisten kann.** Wenn ein Staat permanent mehr ausgibt, als er erwirtschaftet, hilft ihm Geld (von außen) wenig, er braucht Entlastung, nicht nur seiner Kosten. Diese Entlastung könnte ihm eine abgewertete eigene Währung verschaffen, so daß das Export-Import-Verhältnis ausgeglichener würde.

Die derzeitige Therapie führt zur Schwächung auch der „gesunden“ Staaten. Die innereuropäische Leistungsbilanz-Differenz kann nur durch eine größere Wettbewerbsfähigkeit der „kranken“ Staaten aufgebessert werden, aber nicht dadurch, daß die soliden Länder ihr Niveau senken. Fortschrittliche können Stehengebliebene nicht dadurch motivieren, indem sie bei ihnen sitzenbleiben. Dahin aber steuert die SPD – mit den Grünen im Bunde. Wenn man Steinmeiers, Trittins und Gabriels polemisch aufgemischte Vorschläge zur Rettung der EU und des €uro hört, ergreift einen die Angst vor so viel ausgewiesener Regierungsunfähigkeit.

Zwerg-Weltökonom Gabriel

Wie immer plustert auch bei diesen Problemen Sigmar Gabriel, der bedeutendste Zwergökonom seit Steinbrück, die Backen auf und gibt ein Zeugnis seiner Ignoranz: Ein „Marshall-Plan“ müsse her, meint er doch allen Ernstes. Im Fach „Geschichte“ hat der Oberlehrer wohl einiges nicht mitgekriegt. Zur Erinnerung: Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt u. a. Deutschland aus dem Marshall-Plan Hilfe in Höhe von 2,1 % seines BIP. Griechenland bekam aber bis jetzt schon 177 % seines BIP als Unterstützung, insgesamt bis jetzt 380 Mrd. €. Deutschland war damals, im Gegensatz zu Griechenland heute, ein zerstörtes, ausgebombtes Land. Aber die Deutschen waren aufbauwillig, trugen Schutt ab, klopften Steine und beschränkten sich auf das, was sie hatten. Aber selbst nach Streichung all ihrer Schulden könnten die Griechen ihre laufenden Staatsausgaben nicht aus eigener Kraft bezahlen. In Deutschland wurde mit den Marshallplan-Geldern investiert, in Griechenland wird konsumiert, Herr Gabriel! Doch wir Deppen sparen weiter, damit wir Griechenland helfen können! Es wäre besser, sie nähmen Abschied vom €uro – zum Wohle aller, auch der Griechen selbst.

Auch im dritten Jahr der €uro-Krise haben die Weltökonomen der SPD noch nicht begriffen, daß die Währungsunion nicht zu retten ist durch immer wieder neue Zahlungen an das Land. Unverdrossen fordert Gabriel ein „Wachstumspaket“, ohne es an strenge Auflagen zu knüpfen. Und Steinmeier, der sich für das Wachstumspaket starkmachte, war im „heute journal“ trotz mehrfacher Nachfragen nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Vorschlag zum Inhalt beizutragen. Man läßt sich lieber in einer Sänfte populistischer Wohltaten durchs Land tragen und sucht das Heil in der Flucht aus dem Reich der Reformen zurück ins Reich der Staatslenkung. Ein gütiger Gott möge verhindern, daß solche Leute mit kruden Rezepten Europa aus der Krise führen sollten. Wie alle Sozis glaubt auch die Troika der Unfähigen an die Zauberkraft grenzenloser Finanzhilfe. Sie nimmt einfach nicht zur Kenntnis, daß ihre Politik die ökonomische Unvernunft in Europa fördert. Und so forderten Sozis und Grüne über lange Zeit die Einführung von €urobonds: Billige Kredite für die Schuldensünder bei Vergemeinschaftung der Schulden – diese Rechnung kann nicht aufgehen, was die Unökonomen in letzter Sekunde erkannten und kleinlaut beidrehten. Dasselbe Theater bei der Finanztransaktionssteuer: dicke Backen, heiße Luft.

Im Jahr 2010 hatte der Deutsche Bundestag ein sündhaft teures Rettungspaket für das hoffnungslos überschuldete Griechenland beschlossen. Namhafte Experten hatten damals gewarnt, daß diese Finanzspritze nicht ausreichen wird, um die vielschichtigen Probleme Griechenlands zu lösen. Sie haben stattdessen empfohlen, daß Griechenland aus der €uro-Zone ausscheidet und zu seiner eigenen, ggf. abgewerteten Währung zurückkehrt, um so wieder wirtschaftlich auf die Beine zu kommen. Es kam, wie es kommen mußte. Die Probleme Griechenlands wurden nicht gelöst. Stattdessen mußten auch Garantien für die überschuldeten Staaten Portugal und Irland abgegeben werden, für die ebenfalls der deutsche Steuerzahler, entgegen den Verträgen von Maastricht und Lissabon, in erheblichem Umfang haftet. Zypern ist inzwischen gefolgt, und die nächsten Problemfälle wie Spanien und Italien stehen schon in der Tür.

Wenn die unverantwortliche Haftungsübernahme für andere Länder und die beängstigende Schuldenpolitik nicht gestoppt werden, drohen uns der inflationäre Verfall unserer Währung und damit ein Verlust der Lebensleistung der Menschen.

Allmächtige Europäische Fiskalbehörde

Der ESM-Vertrag zwingt die €uro-Staaten letztlich, ihre Haushaltshoheit an eine mit Regierungsgewalt ausgestattete ESM-Fiskalbehörde zu übertragen. Damit verzichtet z. B. Deutschland auf seine Souveränität als freiheitlicher Rechtsstaat. Das aber wäre ein verfassungswidriger europäischer Bundesstaat mit diktatorischen Merkmalen.

Eine Transferunion ist vertraglich nicht erlaubt. Vertragswidrig ist auch die ungebremste Geldvermehrung, um Banken und Staaten mit Geld zu versorgen. Die ESM-Fiskalbehörde ist nicht kontrollierbar, genießt vollkommene Immunität, gewährt keinen Einblick in die Archive und wird von einem demokratisch nicht legitimierten Gouverneursrat geleitet, der überdies zur Geheimhaltung verpflichtet ist. Das ist ein ganz neues, ein abenteuerliches Verständnis von Demokratie. Noch nicht genug damit, dient die ESM-Fiskalbehörde der europäischen Staatsschuldenverwaltung nach eigenem Ermessen und kann z. B. innerhalb von sieben Tagen Milliardenbeträge einfordern (Art. 10 und 17).

Deutschland ist z. Zt. verpflichtet, der ESM-Fiskalbehörde 190 Mrd. €uro zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag kann jederzeit erhöht werden. Dies, wie wohl auch der gesamte ESM-Vertragsentwurf (mehr als 600 Seiten), ist vermutlich nicht einmal den Damen und Herren Abgeordneten bekannt. Er kann aber unter www.fachinfo.eu/europa-politik.htm nachgelesen werden. Genauso unbekannt ist, wer den Vertragsentwurf veranlaßt, und wer ihn verfaßt hat. So darf getrost davon ausgegangen werden, daß die Bevölkerungen Europas mit überwiegender Mehrheit „Nein" zu dieser europäischen Monsterkrake sagen würden. Schon jetzt sehen die Menschen mit Sorge, wie unter der derzeitigen Bundeskanzlerin die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen €uro gestiegen ist und durch die gesetzwidrige Übernahme von Staatsschulden wenig haushaltsseriöser Staaten drastisch weitersteigen wird.

Nach Meinung des früheren BVG-Präsidenten und Staatsrechtlers Udo di Fabio könnte die Aufweichung des Stabilitätsmechanismus ESM beim jüngsten EU-Gipfel (Juni 2012) eine weitere Prüfung durch den Bundestag notwendig machen. Auch eine Vergemeinschaftung der Schulden hält er für nicht machbar – ein europäischer Haushalt für alle Mitgliedsstaaten sei eine „abenteuerliche Vorstellung". Das heißt: Staaten, die unter den Rettungsschirm flüchten, müssen Auflagen erfüllen, sie müssen sich dem Trio der Prüfer – IWF, EU-Kommission und EZB – unterwerfen. Und der Schritt, der jüngst beim EU-Gipfel gegangen wurde, geht wohl dahin, daß sie das nicht tun müssen, und das ist eine gravierende Veränderung.

Unsere Freunde von der FPÖ führen in Österreich ebenfalls eine Kampagne gegen den ESM-Wahnsinn durch. Ihr Land ist ebenso von den Vertragsbrüchen der Politiker und Risiken der „€uro-Rettung" betroffen wie unser deutsches Vaterland. Sie haben die gesamte Problematik auf den Punkt gebracht und *„5 Todsünden des ESM"* formuliert, die sich – auf Deutschland übertragen – auch unseren Lesern einprägen werden:

Die fünf Todsünden des ESM

- **Die Mitgliedschaft im ESM bedeutet das AUS für die Eigenstaatlichkeit Deutschlands.** Ein Land, das nicht mehr selbst über

sein Kapital verfügen kann, ist kein freies und selbstbestimmtes Land mehr. Die EU wird durch den ESM zu einem zentralistischen Einheitsstaat.

- **Der ESM kann Deutschland jederzeit dazu zwingen, unwiderruflich Geld in unbegrenzter Höhe innerhalb von sieben Tagen einzuzahlen:** Ein Freifahrtschein zur Finanzierung von Banken und Pleitestaaten! – Niemand würde im Privatleben einen solchen Vertrag unterschreiben. Aber unsere Parteien haben Deutschland in diesen Knebelvertrag getrieben.
- **Der ESM verfügt über uneingeschränkte Rechts- und Geschäftsfähigkeit.** Das bedeutet, daß er Verträge abschließen und Partei in einem Gerichtsverfahren sein kann. Zahlen ESM-Staaten nicht wie gefordert, können sie vom ESM verklagt werden, haben aber selbst keine Einspruchsrechte oder andere Rechtsmittel.
- **Sobald der ESM-Vertrag mit der Unterschrift des Bundespräsidenten ratifiziert ist, kann Deutschland nicht mehr austreten.** Der Verlust unserer Selbständigkeit und Budgethoheit ist nach dem Plan der EU-Bürokraten nicht mehr umkehrbar.
- **Der ESM, seine Amtsinhaber und Bediensteten genießen lebenslange Immunität.** Sie sind vor Durchsuchungen, Beschlagnahmungen, Enteignungen etc. geschützt. Die Gehälter seiner Mitarbeiter bestimmt der ESM selbst. Sie sind von der Einkommensteuer befreit. Alle ESM-Unterlagen sind gegenüber der Öffentlichkeit geheim. Es gibt keine demokratische Kontrolle und keine Transparenz.

Das Urteil des Verfassungsgerichts zum ESM

Alle politischen Entscheidungsträger wissen, daß die „Rettungsschirme“ bzw. deren praktische Handhabung mit dem deutschen Grundgesetz nicht vereinbar sind. Alle! Aber viele unter ihnen haben wider besseres Wissen gehandelt und die „Rettungsmaßnahmen“ durchgewunken. Allerdings gab es auch viele Bemühungen, diese Rettungsmaßnahmen zu stoppen. Aber alle diese Versuche sind gescheitert, auf welch breiter Beteiligung sie auch standen. Rund 35.000 Bürger, darunter der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, haben gegen das deutsche Zustimmungsgesetz zum ESM-Beitritt und gegen den EU-Fiskalpakt geklagt. Am 12. September 2012 hat das BVG (Bundesverfassungsgericht) die Klagen mit der Maßgabe abgelehnt, daß eine ESM-Ratifizierung nur zulässig ist, wenn völkerrechtlich gültig

die Haftung Deutschlands auf rd. 190 Mrd. Euro begrenzt wird und in Zukunft eine Unterrichtung des Bundestages und des Bundesrates durch die für den ESM tätigen Personen sichergestellt ist. Die Richter hatten nicht den Mut, die aus demokratischer Sicht zweifelhafte Konstruktion des ESM – siehe auch die vorstehenden Kapitel – generell in Frage zu stellen.

Praktisch bedeutet das Urteil, daß der ESM europaweit in Kraft treten kann – zumal der deutsche Bundespräsident sich beeilte, sofort nach dem Karlsruher Urteil den ESM-Vertrag zu unterschreiben, statt die Entscheidung in der Hauptsache abzuwarten. Wir dürfen also nicht nur einen „schwarzen Freitag“ (29. Juli 2012, Bundestagsbeschluß für ESM), sondern auch einen „schwarzen Mittwoch“ für Deutschland konstatieren. Das Urteil vom 12. September 2012 ist der Ausverkauf der nationalen Souveränität. Das Gericht hat somit bestätigt, daß auch ein permanenter Rettungsschirm (wie der ESM) verfassungsmäßig ist, solange die Haftungssumme begrenzt wird.

Wir kommen damit unversehens – oder gar offenen Auges? – zu der Erkenntnis, daß das BVG seine Rolle als Hüter des Grundgesetzes und der Demokratie zwar (noch) nicht aufgegeben, aber stark in Frage gestellt hat. Damit befindet sich das BVG in derselben Situation wie die Deutsche Bundesbank, die ihre Rolle als Wächterin über die Währungsstabilität kaum noch wahrnehmen kann. Zur Erinnerung: Der deutsche Bundesbankpräsident Weidmann, ein immer tapferer Hüter der Währungsstabilität, wurde noch vor wenigen Wochen – und das wird so bleiben – im Rat der EZB mit 22 : 1 brutal überstimmt. Schuld ist ein „Konstruktionsfehler“ bei der Schaffung der Europäischen Zentralbank: Deutschland als weitaus stärkstes Land Europas hat genau soviel Stimmrecht wie Malta oder Luxemburg etc, weil jedes Land (nur) jeweils 1 Stimme hat. Bundesfinanzminister Schäuble, der übrigens in der gesamten Europa- und Euro-Frage eine eher fragwürdige Rolle spielt, stärkte dem Bundesbankpräsidenten nicht etwa den Rücken, sondern „rüffelt Weidmann“, wie die FAS am 16.09.12 titelt.

Daß den Richtern in der roten Robe offensichtlich nicht recht wohl bei ihrer Entscheidungsfindung war, sieht man an der schwachen Begründung des Urteils:
Einerseits nämlich betont das Gericht, „daß es dem Deutschen Bundestag untersagt“ sei, „finanzwirksame Mechanismen zu begründen, die zu nicht überschaubaren haushaltsbedeutsamen Belastungen

ohne erneute konstitutive Zustimmung des Bundestages führen können.“ Es sei „dem Bundestag insoweit auch als Gesetzgeber verwehrt, dauerhafte völkervertragsrechtliche Mechanismen zu etablieren, die auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen anderer Staaten hinauslaufen, vor allem wenn sie mit schwer kalkulierbaren Folgewirkungen verbunden sind.“ Das BVG versucht in seinem Urteil auch einen Seitenhieb auf die Politik, was aber die Probleme nicht verträglicher macht: Die Annahme der Politik, daß der Euro-Rettungsmechanismus funktioniere, sei „vom Bundesverfassungsgericht hinzunehmen“, wird also vom BVG eher skeptisch beurteilt.

Und ebenso einerseits heißt es im Urteil eigentlich unmißverständlich: Der ESM dürfe nicht zum „Vehikel einer verfassungswidrigen Staatsfinanzierung durch die EZB“ werden. Und: Der Erwerb von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch die EZB sei untersagt. Diese beiden Sätze werden der Bundesregierung noch um die Ohren fliegen. Denn Draghi führt die EZB unverdrossen in Richtung Ankauf von Ramschpapieren, was ihr eigentlich verboten ist. Da klingt die Zusicherung Draghis wie Hohn, der unbegrenzte Ankauf von Staatsanleihen erfolge nur unter der Bedingung, „daß nur Länder in die Gunst solcher Ankäufe kommen können, die vorher zumindest unter den Rettungsschirm mit seinen harten Auflagen geschlüpft seien. Nur Länder, die sparen, sollen unterstützt werden, verspricht Draghi. In seiner Muttersprache sagt man dazu: „Parole, parole!“ – auf Deutsch: Bla, bla. Nun sitzt die deutsche Bundesregierung zwischen den Stühlen: Glaubt sie Draghi, wird sie zahlen, zahlen, zahlen müssen. Glaubt sie Draghi aber nicht, müßte sie konsequenterweise die EZB vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. Das Abenteuer nimmt kein Ende.

Andererseits ist aber der ESM-Vertrag, der die deutsche Haftung (derzeit) auf rd. 190 Milliarden Euro begrenzt, seiner Konstruktion nach (siehe vorherige Kapitel) mit schwer kalkulierbaren Folgewirkungen verbunden, insbesondere durch das Risiko, daß im Bedarfsfall – zum Beispiel Pleiten in Griechenland und Spanien (z. B.) – eben diese 190 Mrd. nicht ausreichen werden. Was dann? Der deutsche Bundeshaushalt würde zusammenbrechen – und damit auch der gesamte ESM, in dem Deutschland die größte Last zu schultern hat, indem sie den weitaus größten Teil der Zahlungen und Haftungsrisiken trägt.

Ein Weiteres kommt hinzu, über das kaum offen gesprochen wird: EU-Verträge waren bisher keine „ehernen Gesetze“, nein, sie waren nicht

einmal das Papier wert, auf denen die jeweiligen Vereinbarungen getroffen wurden. Deutlicher: Sie wurden nach Belieben gebrochen. Wie war das noch? „Keine Haftung für die Schulden anderer Länder („No-Bailout“)!, „Kein Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB!“ Längst Makulatur, dank Draghis forschem Vorgehen. „Stabilitätspakt“! Ja wo ist er denn? Warum also sollten wir glauben, daß ausgerechnet der ESM-Vertrag oder der Fiskalpakt nicht gebrochen würden?

Das Verhalten der „Europäer“ ist schon höchst zynisch – auch dem eigenen Volk gegenüber. Während die Europäischen Institutionen nicht müde werden, z. B. Ungarn oder andere Länder außerhalb der Euro-Zone lauthals auf Demokratiedefizite hinzuweisen, sind sie selbst gerade dabei, die eigenen Defizite in den parlamentarischen und politischen Strukturen immens zu vergrößern, indem sie außerparlamentarischen Institutionen wie der EZB und dem ESM eine immer größere Machtfülle zugestehen.

Prof. Wilhelm Hankel, einer der Antragsteller beim BVG-Verfahren, hat natürlich recht, wenn er in einem Interview anmerkt, das Urteil sei letztlich egal, nachdem ein Staat, der nur noch mit dem Anwerfen der Notenpresse arbeiten können, ohnehin pleite sei. Und wörtlich: „Ich sehe keine Möglichkeit, den Euro auf Dauer gegen die Märkte zu behaupten.“

Konsequenzen des BVG-Urteils

Das BVG traf seine Entscheidung im Wege einer „einstweiligen Anordnung“. Eine Entscheidung in der Hauptsache erfolgt erst in den nächsten Monaten. Das Urteil von 12. September hat aber – das darf man jetzt schon feststellen – die bisher vom BVG gezogene rote Linie zu den Verträgen von Maastricht und Lissabon überschritten – und damit den Weg zur Entstehung eines europäischen Bundesstaates geebnet und somit einem bisher favorisierten Staatenbund – „Europa der Vaterländer“ – Lebewohl gesagt. Die deutsche Tradition der Machtteilung zwischen einer Zentrale in Berlin (bzw. zeitweise Bonn) und den Landesfürsten in den Herzogtümern bzw. Königreichen im Mittelalter bis zu den heutigen Bundesländern, ist durch einen allmächtigen EU-Zentralismus gefährdet.

Was bedeutet das in Konsequenz? Deutschland darf der Zahlmeister Europas bleiben, und die Süd- sowie die Westländer jenseits des Rheins dürfen weiterhin fröhlich leben – mit „strengen Auflagen“, versteht sich. Dafür stehen schließlich zwei ausgewiesene Süd/West-

Sparfüchse gerade: Mario Draghi, ein „fröhlicher“ Italiener der eine, sowie Manuel Barroso, ein ebenso „fröhlicher“ Portugiese der andere. Beider Grundhaltung lautet: „Gemeinsam werden wir es schaffen!“ (In deren Hinterkopf steht „es“ für ein Einheits-Europa, gegen die Souveränität der Nationalstaaten, also auch Deutschlands.)

Das Urteil bringt Europa nicht weiter und entlastet Deutschland nicht, da es den wichtigsten Fragen ausgewichen ist. Immerhin, so stellen die Verfassungsrichter fest, darf der Deutsche Bundestag beim Überschreiten der 190 Milliarden-Gießkanne mitreden und muß bei neuen Entscheidungen ausführlich informiert und angehört werden. Das war’s dann aber auch schon mit den Vorteilen des Urteils. Statt eines klaren „Nein, aber“ hauchten die Richter ein zurückhaltendes „Aber Ja doch“. Ein schwaches Signal aus Karlsruhe!

Die Vorteile des Urteils liegen eindeutig bei den Süd/West-Ländern, von Frankreich(!) bis Italien, Spanien, Portugal. Sie bekommen weiter Geld, sollen aber zu Reformen verpflichtet werden. Eine besondere Art von „Reformen“ mit neuen Segnungen fürs Volk haben wir gerade erst in Frankreich besichtigen dürfen, von der ausgelassenen – (doppelsinnig gemeinten) – Reform-Freude Griechenlands ganz zu schweigen.

Der renommierte Staatsrechtler Paul Kirchhoff reiht sich in die Reihen der Kritiker ein. Die FAS vom 16.9.12 schreibt u. a.: Er erwarte, daß das Anleiheprogramm der EZB als rechtlich unzulässig bewertet wird. Das Verfassungsgericht habe nun klargestellt, „daß das europarechtliche Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB jegliche Anleihenoperation unterbindet, bei denen die EZB an den ESM Kredite vergibt oder der ESM bei der EZB Staatsanleihen als Sicherheit für Kredite hinterlegt“. Dabei sage das Gericht, die EZB dürfe Staatsanleihen – selbst nach Zwischenerwerb durch den ESM – nicht erwerben. „Rückschlüsse für das Hauptsacheverfahren drängen sich auf“, so Kirchhof. Nun darf man erst recht verunsichert fragen, was denn nach der Entscheidung im Hauptsacheverfahren auf uns zukommt, nachdem bis dahin „die Politik“ ganz sicher den „Weg der eingeschlagenen Pflöcke“ weitergehen wird.

Europas Melkkuh

Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten – erst recht als Konsequenz aus den Erfahrungen zweier Weltkriege – bewußt für die Europäische Integration entschieden und wurde nicht nur Teil, sondern Motor dieses neuen Europa. Daß dieser Motor inzwischen aber zur

europäischen Melkkuh mutiert ist, wird leicht übersehen, als Selbstverständlichkeit hingenommen oder gar als „verdiente“ Sühne gewertet.

Das Karlsruher Urteil führt zu der fatalen Erkenntnis, daß damit keine Ruhe in den europäischen Prozeß einkehren wird. Die Geberländer werden – nein: müssen – argwöhnisch darauf drängen, daß die Nehmerländer die ihnen auferlegten Sparprogramme und Reformauflagen ernsthaft umsetzen. Dieser Druck, so er denn wirklich erfolgt, wird uns in den Nehmerländern gewiß keine neuen Freunde schaffen. Und mit dem nun quasi freigegebenen frischen Geld werden die Kernprobleme der Nehmerländer kaum gelöst, sondern eher auf die lange Bank geschoben. Sie gewinnen Zeit, wir verlieren sie. Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und – demnächst – Frankreich kalkulieren mit dem Geld der Geberländer, bitten aber jetzt schon um Aufschub bei der Umsetzung der vereinbarten Reformen. Und so dreht sich das Rad immer weiter – bis es zum Knall kommt.

Im deutschen Inland werden die jeweils anstehenden Entscheidungen im Bundestag eher zur Entfremdung von Europa und zu erbitterten Gefechten zwischen Euro-Freunden und -Gegnern führen. Die zunehmende Europa-Skepsis in der CSU, die man durchaus begrüßen kann, erlaubt eine gewisse Vorahnung auf diese Entwicklung.

Die „Banken-Union“ droht zusätzlich

Der trickreiche Draghi und der listige Barroso werden nichts unversucht lassen, uns unter dem Deckmantel einer erweiterten Bankenaufsicht eine neue Variante der Schulden-Haftungsunion anzudrehen. Die gemeinsame Einlagensicherung, die sie planen, ist die Büchse der Pandora: Wenn man sie öffnet – wie in der griechischen Sage – „bricht alles Schlechte über die Menschheit herein“. Wieder wären es zuvörderst deutsche Kreditinstitute, vor allem Sparkassen, die ihre gut abgesicherten Einlagen in einen gemeinsamen Topf mit den maladen Finanzinstituten einbringen müßten – ein tiefer Griff in die Taschen der deutschen Sparer. Und angesichts des geschätzten europäischen Finanzbedarfs von 4,5 Billionen Euro, den Europa bisher zur Stützung der Banken aufbringen mußte, eine weitere ungeheure Bedrohung unserer Staatsfinanzen und Rücklagen.

Solle da niemand kommen und behaupten, da gäbe es ja noch die Kontrollinstanz EZB, die Europäische Zentralbank. Deren Präsident

Draghi hat der Welt vor wenigen Tagen vorgemacht, wie man zahlungskräftige Länder (wie Deutschland, Österreich etc.) am Nasenring durch Europa ziehen und sie zur Gaudi der anderen fröhlichen Länder auch aus-ziehen kann. Das fröhliche Duo Draghi/Barrosa hat sich das fein ausgedacht: Die EZB wird nach ihren Plänen so neu organisiert, daß Bankenaufsicht und Geldpolitik unter ein Dach kommen. Der Kontrolleur kontrolliert sich selbst.

Ob die Richter in Karlsruhe all das ausreichend bedacht haben, darf füglich bezweifelt werden. Es steht nicht gut um Europa.

Nicht aufgeben!

Trotzdem dürfen wir den Kampf gegen den Ausverkauf unserer Interessen nicht aufgeben. Die kritischen Stimmen in FDP und Union, besonders in der CSU, müssen gestärkt werden. Jedes Hilfspaket, das im Bundestag auf den Tisch kommt, muß äußerst gründlich untersagt, jedes Sparprogramm kritisch nachgefragt werden. Wenn der deutschen Bundeskanzlerin eine notwendige Mehrheit versagt wird, kommen wir einen richtigen Schritt weiter. Seien wir gewarnt. Wohin die Reise geht, darf man schon jetzt aus frohlockenden Stimmen aus dem Ausland hören:

„Die Europäische Union und vor allem die 17 Mitglieder der Eurozone haben zwei gute Wochen hinter sich. Zu feiern gibt es die Entscheidung von EZB-Präsident Draghi, unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenstaaten aufzukaufen, und das grüne Licht des deutschen Bundesverfassungsgerichts für den Euro-Rettungsschirm. Europa entwickelt sich zu einer wirklichen Währungszone, und Brüssel bereitet den Weg für eine Bankenunion, die für die Stabilität des Euro ebenso unerläßlich ist. Zu guter Letzt haben die Niederländer auch noch eine deutlich europafreundliche Regierung gewählt, obwohl vorher alle von einem Sieg der Euroskeptiker sprachen. Europa bleibt natürlich dennoch Europa: Bis zu einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung sind in Brüssel noch etliche Kämpfe und erbittertes Feilschen zu erwarten“, liest man in der französischen „Le Monde“ vom 15. 09.2012.

Ebenso zuversichtlich gibt sich die schweizer „Neue Züricher Zeitung“ vom gleichen Tag: „Die Stimmung in Europa ist so positiv wie schon lange nicht mehr. Zu verdanken ist dies zunächst Mario Draghi, dem Chef der Europäischen Zentralbank, mit seiner Ankündigung, unbe-

grenzt Schuldscheine von kriselnden Staaten zu kaufen. Die Börsen reagierten positiv, der Euro legte an den Devisenmärkten zu. Nun ist dies alles keinesfalls mit dem Ende der Krise gleichzusetzen. Draghis Manöver ist riskant, weil er damit letztlich bloß Zeit kauft. Diese müssen Europas Politiker nun nutzen, um die politischen Voraussetzungen – in Brüssel und in den Mitgliedstaaten – zu schaffen, die das langfristige Überleben des Euro sichern. Man mag diese Entwicklungen bedauern, aufgrund politischer wie wirtschaftlicher Bedenken. Aber es ist klarer geworden, wohin die Reise geht. Der Euro wird nicht zerfallen".

Mir wäre wohler, wenn die Karlsruher Richter ein „Raus aus dem Euro" gefordert hätten. Die jetzt zu erwartende Inflation, die sich aus den Schulden der Pleite-Staaten ergibt, wird vor allem unsere Rentner, die Sparer und den Mittelstand belasten, von den Ärmeren unserer Gesellschaft ganz zu schweigen.

Die wesentlichen Aussagen des BVG-Urteils zum ESM in Kurzform:

- Die Karlsruher Richter genehmigen den ESM mit einem „Ja, aber":
- Haftungsbegrenzung Deutschlands auf rd. 190 Mrd. €uro
- Bundestag muß einer evtl. Erhöhung der Haftungssumme zustimmen
- Trotz der im ESM-Vertrag vorgesehenen Schweigepflicht dürfen sich deutsche Vertreter im ESM nicht auf diese Schweigepflicht berufen
- Die im ESM tätigen deutschen Vertreter sind an die Weisungen des Bundestages gebunden
- Der Fiskalpakt erlaubt der EU-Kommission keine Durchgriffsrechte
- Der ESM ist kein „Vehikel einer verfassungswidrigen Staatsfinanzierung durch die EZB" (Urteilstext) und darf es auch nicht werden. Deshalb wird das BVG den von Draghi angekündigten „unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen" noch gründlich noch prüfen.

Es darf nicht sein, daß rote, grüne, gelbe und schwarze Abgeordnete – mit wenigen ehrenwerten Ausnahmen – unsere eigenstaatliche Souveränität untergraben und unser Land einer übermächtigen EU-Bürokratie unterordnen.

Nehmen wir die Warnung Arnold Toynbees (1889-1975), des großen Geschichtsphilosophen und wohl letzten Universal-Historikers, ernst:

„Große Zivilisationen sterben nicht, sie begehen Selbstmord."

(A. Toynbee)

III. Besorgnis und Empörung bei Konservativen

Einige Freunde der Deutschen Konservativen haben dem Autor ihre Meinung zur aktuellen Problematik mitgeteilt. Die Ausgangslage wurde durch den Autor wie folgt beschrieben:

„Wie Sie wissen, erscheint in Kürze unsere neue Broschüre zum Thema Griechenland und Euro. Der Titel lautet: „Beim Zeus, Ihr Griechen – raus mit Euch!“

Unabhängig vom Text des Autors bitte ich Sie als Förderer unseres Vereins und profilierter Konservativer um Ihre Meinung zur Situation im €uro-Land. Sie können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die Frage (inklusive der Einführung) lautet für jeden Angesprochenen gleich:

„Unsere Grundhaltung war stets ein JA zu Europa, ein geeintes Europa, aber kein Einheits-Europa. Die Souveränität Deutschlands darf dadurch nicht gefährdet werden. Die Einführung des €uro war bereits der erste Bruch dieser Haltung und wurde von den verschiedenen Regierungen, die der Einführung folgten, noch vergrößert – trotz mehrfacher Mahnungen des BVG. Der Zusammenbruch Griechenlands zeigt schonungslos die Schwächen der €uro-Konstruktion. Trotzdem „wurschteln“ die europäischen – inklusive der deutschen – Politiker weiter und werfen eine „Hilfs-Milliarde“ nach der anderen zum Fenster raus. Der €uro wird immer mehr zu einem nicht mehr finanzierbaren Abenteuer. Die Bürger fühlen sich verschaukelt und fordern die DM zurück. Wie ist Ihre Meinung zu €uro und Europa heute?“

Hier die eingegangenen Stellungnahmen (in alphabetischer Reihenfolge):

Elfi Damian, Hamburg, 90 J. alt
(ehem. Sekretärin der
Deutschen Konservativen)

Europa der Vaterländer!

Welch eine schöne Vorstellung. Der Versuch eines Miteinander, ohne daß der eine oder andere sich aufgibt. Eine Vielfalt, in der jedes Land seine Selbstbestimmung behält, aber dennoch die Länder eine Gemeinschaft bilden und vielleicht auch gemeinsame Vorhaben umsetzen können. Das wäre der Wunsch vieler Deutscher.

Doch was haben die Politiker mit Europa vor? Mit Deutschland? Zuerst die gemeinsame Währung. Der Euro soll Europa einigen! Aber es herrschen Mißgunst und Neid unter den Ländern. Deutschland steht wirtschaftlich wieder am besten da. Die Abschaffung der Deutschen Mark hatte in Wirklichkeit ein ganz anderes Ziel: Deutschland war unseren Freunden, durch den Fleiß der deutschen Arbeiter und ihre Zurückhaltung mit den Forderungen der Löhne, wieder zu mächtig, man hätte uns lieber kleiner, unselbständiger. Aber weil diese Vorstellung nicht aufging und geht, sollen wir zahlen, zahlen, zahlen für die Staaten, die wirtschaftlich nicht auf die Beine kommen. Das nennt man Solidarität!

Warum fordern unsere Volksvertreter nicht die Einhaltung des Maastricht-Vertrages von Merkel und Schäuble, die diesen einfach ad acta legten? Darin steht, auf gut deutsch: Jedem das Seine… (fordert die Gerechtigkeit, jedem Dasselbe fordert der Neid).

Unsere Regierung ist auf dem besten Wege, Deutschland in Europa aufgehen zu lassen. Brüssel soll über alle bestimmen, wie sie zu leben, zu wirtschaften haben, mit ihren Finanzen umgehen. Dabei ist das Haushaltsrecht das erste Recht des Parlamentes! Des deutschen Parlamentes! Steht unsere Regierung unter ausländischem Druck? Und wir sind vielleicht gar nicht souverän? Ich komme zurück auf die Abschaffung der Deutschen Mark: „Wenn der Euro stirbt, stirbt Europa“. Mit diesem Unsinn soll das Deutsche Volk für dumm verkauft werden.

Aber so dumm, wie man uns gerne hätte, ist das deutsche Volk nicht. Schließlich gibt es viele Wissenschaftler, Politiker, Manager, die uns die Wahrheit erklären, z. B. der Chef des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, ist uns bekannt. Ebenso die Namen Henkel, Schachtschneider, Hankel, Ramb usw. usw. Also Schluß mit diesem Europa, Schluß mit Brüssel, mit dem Euro! Sind denn Merkel und Schäuble Deutschland? ***Wir sind das Volk!*** Wir wünschen uns ein Europa mit der vorhandenen Vielfalt an Leben, an Andersartigkeit. Europa ist bunt, da sollte „jeder nach seiner Façon selig werden". Da bin ich ganz Europäerin, aber zuerst Deutsche. Und als Deutsche fordere ich, daß unsere Regierung das Wohl unseres Landes im Auge behält, dafür hat sie ihren Eid abgelegt! Vergessen, Frau Merkel? Wenn unsere Abgeordneten noch ein gut funktionierendes Gewissen hätten, hätten sie den ESM und Fiskal-Pakt ablehnen müssen!

Dr. Ing. Christian Irmler, Sylt-Keitum (ehem. Vorstandsvorsitzender einer großen AG)

Nicht Ungleiches gleichmachen!

Die Grundhaltung für ein geeintes Europa scheint zunächst sinnvoll. Leider sieht es jedoch seit der durch die „Lehmann-Pleite" initiierten chaotischen Finanzsituation in Europa so aus, daß die europäische Harmonie, die ja bis zur Pleite sich positiv entwickelte, rasant schwindet. Gestern mochten wir noch die Griechen und diese uns. Heute ist das Verhältnis stark abgekühlt. Obwohl wir das größte finanzielle Engagement zeigen, erscheinen dort übelste Hetzkampagnen gegen uns. Auch Italien tut sich harmoniezerstörend hervor. Wir seien kaltschnäuzige Egoisten, profitierten von den Südländern, erwirtschafteten riesige Handelsüberschüsse, weil uns die Unverschämtheit niedriger Stückkosten leitet, und böten Fluchtkapital niedrige Zinsen, während sich die Südländer zu dreifachem oder noch höherem Zinssatz verschulden müßten.

Daß dieser Zustand mit Kostendisziplin und Funktionieren unseres Staatswesens zu tun hat, wird gerne übersehen. Man lebt nach der

falsch verstandenen Bibelstelle: „Machet es wie die Vögel des Himmels, sie säen nicht, sie ernten nicht, aber der Himmliche Vater ernährt sie doch“. Der Himmliche Vater sind in diesem Falle die disziplinierten, Vorsorge betreibenden Nordländer, die sie gefälligst zu ernähren haben. Versprechungen der Problemländer, ihre finanziellen und organisatorisch chaotischen Verhältnisse zu verbessern, gibt es reichlich. Geschehen tut jedoch wenig, alles läuft im gewohnten Trott. Wie lange haben wir noch vor, das mitzumachen, unsere naive Grundhaltung eines Gutmenschen beizubehalten und einen Rettungsschirm nach dem anderen aufzuspannen? Kaum einer, vielleicht keiner der „Experten“ durchschaut noch die vielen Rettungsmaßnahmen und kann deren Folgen abschätzen. Der verheerende Entschluß, vom No-Bail-Out-Prinzip abzugehen, ist verantwortlich für das Chaos, das den Euro und unseren Wohlstand in den Abgrund reißen wird. Darüber hinaus ist die zunächst optimal erscheinende Vorstellung und leider auch Verwirklichung eines geeinten Europa von Finnland bis Sizilien eine Illusion. Nicht einmal die Nord- und Süditaliener funktionieren wirtschaftlich miteinander. Und das soll für kraß unterschiedliche Mentalitäten von Nord- und Südeuropäern funktionieren? Weshalb produziert Fiat demnächst in Japan, Nordamerika und China und nicht mehr in Süditalien?

Deshalb wird in letzter Konsequenz ein Europa vom hohen Norden bis in den tiefen Süden scheitern. Sinnvoll wäre eine Nordunion. Die Südländer können dann entscheiden, Ähnliches zu tun, und einen Zusammenschluß schaffen, der ihrer Mentalität und Wirtschaftsleistung entspricht. Abschließend: Ein Europa, in dem wir Nordländer für das Verhalten der Südländer in Haftung genommen werden, sät Haß gegeneinander, hat keine positive Zukunft und zerbricht letztendlich.

Ein Satz des berühmten Rechtswissenschaftlers Konrad Hesse (1919-2005) den er in das Bundesverfassungsgericht einbrachte, lautet: „Man soll nicht versuchen, Ungleiches gleichzumachen“: Das führt zu Intoleranz und Ungerechtigkeit.

Deshalb sollte eine Neuordnung Europas besser heute als morgen erfolgen. Ein Ende mit Schrecken ist besser als ein Schrecken ohne Ende.

„Der Starke ist am mächtigsten allein“ (Schiller, Wilhelm Tell).
Die politische Bedeutung Deutschlands im Weltgeschehen ist hoch. China z. B. respektiert und akzeptiert Deutschland und betrachtet es

als den europäischen Partner im Geschehen um eine wirtschaftliche und politische Machtbalance. Und Amerika wird sich hüten, Deutschland fallen zu lassen. Ein Europa mit den Dauerkrisenländern hat aber kaum ein internationales Gewicht.

Prof. Dr. Hans-Helmut Knütter, Bonn
(Politikwissenschaftler, emerit.)

Getriebene des Geschehens – nicht dessen Herren

Wirklich, wir leben in wirren Zeiten. Wissen wir das auch? Nehmen wir das gebührend zur Kenntnis? Freitag, der 29. Juni 2012, ist ein Tag, der in den Geschichtsbüchern der Zukunft erwähnt werden wird. Das haben nur wenige unserer „mündigen Bürger“ mitgekriegt. Die Aufmerksamkeit wurde ja von wichtigeren, interessanteren Ereignissen beansprucht. Nämlich von der Fußball-Europameisterschaft. Demgegenüber waren die Europapolitik und die Finanzprobleme der EU-Länder unerfreulicher, undurchschaubarer, komplizierter – aber leider lebenswichtig.

Die Lage ist allerdings auch für einen ehrlichen Beobachter schwierig, da nicht eindeutig. Europa und der Euro bringen sowohl Vorteile als auch Nachteile. Was auch gesagt wird – ein bißchen stimmt alles. Souveränitätsrechte werden aufgegeben, aber Deutschland erreicht im Euroraum eine erstrangige Stellung, eine Führungsposition. Deshalb wäre eine uneingeschränkte Ablehnung der Neuerungen hirnlos und unrealistisch. Unser „Ja“ zu Europa erfolgt nicht aus sentimentalen und antinationalen Gründen (weil Patriotismus den Fünfundvierzigern als negativ gilt). Vielmehr geht es um die Selbstbehauptung gegen neue Weltmächte, gegen Konkurrenten wie China, Indien, aber auch die USA. Es ist plausibel, daß herkömmliche Nationalstaaten dies alleine nicht könnten.

Nun haben am Freitag, dem 29. Juni, Bundestag und Bundesrat Regelungen zugestimmt, die deutsche Souveränität, vor allem die Etathoheit weiter einzuschränken, wenn nicht gar aufzugeben. Das Bundesverfassungsgericht ist von zahlreichen Abgeordneten deshalb angerufen worden.

Ein Staat, dem es gutgeht, soll anderen helfen – gewiß, aber in Grenzen. Keine Steuererhöhungen in Deutschland, um anderen Ländern wie Griechenland zu helfen, in denen es reiche Privatvermögen gibt, die aber nicht steuerlich erfaßt werden. Die Situation ist wirr. Was wird, wenn das Bundesverfassungsgericht die Beschlüsse ganz aufhebt oder auch nur teilweise? Dann wird es zu einer Volksabstimmung kommen – vielleicht. Aber wie kompetent sind die „mündigen" Deutschen dafür? Was spricht für, was gegen den Euro? Er hat dem einzelnen Bürger wenig gebracht. Aber der Exportwirtschaft sehr wohl und deren Erfolge kommen letztlich allen zugute. So stimmt alles, auch das Gegenteil.

Ja, was ist denn nun das Ergebnis der Betrachtung? Wir leben in einer wirren, von Widersprüchen geprägten Zeit. Es ist deswegen angebracht, allen etablierten Parteien und Politikern zu mißtrauen. Nicht aus Ressentiment und Bosheit, sondern weil diese auch Getriebene und nicht Herren des Geschehens sind. Ihre Entscheidungen machen nicht den Eindruck, da sie einen klaren Durchblick haben. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts anzurufen, ist deshalb zu begrüßen. Aufgabe der Konservativen aber sollte sein, den Etablierten scharf auf die Finger zu sehen und die Bevölkerung über die Risiken aufzuklären. Dabei gilt es, auch die in konservativen Kreisen nicht seltenen Vorurteile und Verschwörerphantasien zu vermeiden. Auf diese Weise lassen sich die deutschen Interessen nachdrücklich vertreten.

Manfred Pradt, Wiesbaden
(aktiver Fußball-Torwarttrainer)

Griechenland – ein nicht enden wollender Albtraum

Täglich neue Horrormeldungen über weitere Milliarden-Hilfen und keine Besserung in Sicht. Es geht aber um das Geld von Millionen Menschen in unserem Land. Bei allen berechtigten Forderungen der Bürger heißt es: Dafür haben wir kein Geld! Die gleichen Politiker genehmigen sich selbst satte Diätenerhöhungen (monatlich

290 Euro ab 2012 und noch mal 290 Euro 2013). Davon können Arbeitnehmer und Rentner nur träumen! Mir ist kein Berufsstand in Deutschland bekannt, der sich die Gehälter selbst festsetzen kann!

Alle Regierungsmitglieder, egal welcher Partei, haben einen Amts-Eid geschworen: „Ich gelobe, das Wohl des Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden." Offensichtlich folgenlos! Ein Beispiel: Grundlage für die Einführung des Euro war der Vertrag von Maastricht, in dem die Stabilitätskriterien festgeschrieben wurden. Im § 126 ist klar geregelt, daß jedes Mitglied für seine Schulden selbst aufkommt. Jedes Land mußte nachweisen, daß es die Voraussetzungen erfüllt. Jetzt war die große Zeit der Fälscher und Betrüger gekommen, und alle wußten es! Da erzählt ein Herr Eichel belustigt, welche Tricks und Manipulationen er dabei angewandt hat – als wäre das ein Lausbubenstreich! Dieser Mann war Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland!

Der Beitritt von Griechenland setzte der betrügerischen Manipulation die Krone auf. Alle Warnungen von Fachleuten, auch der Deutschen Bundesbank, wurden in verantwortungsloser Art und Weise in den Wind geschlagen. Bei der Debatte im Deutschen Bundestag hat Bundeskanzler Schröder den Beitritt der Griechen durchgepeitscht, obwohl die Täuschungen bekannt waren. Es wäre interessant, die Protokolle dieser Sitzung zu veröffentlichen, damit allen Menschen in unserem Land bekannt würde, wer für den Beitritt gestimmt hat. Warum geschieht das nicht? Hier wird das Volk wieder einmal hinters Licht geführt und die Wahrheit verschwiegen! Wer ist für die Folgekosten verantwortlich? Wer wird dafür in Haftung genommen? Die Debatten klammern diesen Punkt völlig aus. Es ist wieder der kleine Mann, der diesen Schwindel bezahlen darf!

Der Vertrag von Maastricht wird praktisch außer Kraft gesetzt! Wer hat der Bundesregierung die Genehmigung dazu erteilt? Das Volk nicht! Als einer der letzten Politiker mit Weitsicht hat der Slowake Richard Sulik, ein Wirtschafts- und Finanz-Fachmann, dem „Rettungsschirm" nicht zugestimmt und seine Weigerung sachlich begründet. Es folgte ein massiver Druck von Seiten der anderen EU-Mitglieder auf die slowakische Regierung, eine unglaubliche Erpressung. Die Regierung trat zurück. Die daraufhin von Sozialdemokraten neugebildete Regierung hat dem schrecklichen Machwerk dann zugestimmt.

Täglich kommen neue Schreckensmeldungen über die erforderlichen Finanzhilfen und heftige Proteste aus Griechenland. Auch unseren Politikern ist klar, daß die Gelder, die nach Griechenland geflossen sind, unwiederbringlich verloren sind. Nur will es niemand zugeben. Die Sonntagsreden der Bundeskanzlerin und ihres Finanzministers Schäuble können darüber nicht hinwegtäuschen. Jetzt fordert dieser Finanzminister die Übertragung der Finanzhoheit an die EU! Was muß diesen Mann nur geritten haben? Das ist Enteignung von Volkseigentum! Apropos Schäuble: Er hat als damaliger Innenminister die Verhandlungen mit der DDR-Seite zum Einigungsvertrag geführt, deren Seite vertraten Günther Krause und Lothar De Maiziere, der später mit der Stasi in Verbindung gebracht wurde. Beide von der CDU! Die dort ausgehandelten Vereinbarungen hatten zur Folge, daß die beim Verfassungsgericht klagenden Stasi-Unterdrücker, Staatsanwälte, Richter usw. Recht bekamen und heute fürstliche Altersversorgungen erhalten – die Opfer aber leer ausgehen. Anscheinend haben die mitteldeutschen Vertreter einen besseren Job gemacht als Herr Schäuble.

Weiter: Die EU-Bürokratie ist ein einziger Sumpf, zudem uneffektiv und teuer, ein Selbstbedienungsladen für gescheiterte Karrieristen und Politiker, die man im Heimatland gerne loswerden will und lieber nach Brüssel schickt. Dort werden Privilegien geschaffen, die einem normal empfindenden Menschen in unserem Land die Haare zu Berge stehen lassen. Hier ein kleines Beispiel von vielen: Eine Sekretärin verdient bei der EU fast das Vierfache wie in Deutschland! Sie erhält über 80 Urlaubstage gegenüber 24 in Deutschland. Dazu gibt es Freiflüge für Familienheimfahrten ohne Nachweis.

Das ist nur ein kleiner Abriß aus einer Vielzahl von Vergünstigungen, von denen ein Beamter oder Angestellter in Deutschland nur träumen kann. Unsere Vorfahren haben ein zerstörtes Land wieder aufgebaut und über 12 Millionen Menschen integriert, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Alle haben angepackt und unter schlimmsten Bedingungen aus einem zerschundenen Land einen Staat gemacht, um den uns viele Menschen auf der Welt beneiden. Unser Dank gilt den Trümmerfrauen, Kriegsopfern und Kriegerwitwen, die mit ihrer Opferbereitschaft die Grundlage für unseren Wohlstand gelegt haben. Diesen Menschen sind wir es schuldig, ihr Erbe zu bewahren.

Dr. phil. Wolfgang Thüne, Oppenheim,
(Philosoph und Dipl. Meteorologe)

Griechenland-Krise ist eine Euroland-Krise

Es ist ein bekanntes hierarchisches Machtprinzip der Großen, von eigenen großen Sünden abzulenken und mit erhobenem Finger auf die kleinen Sünden der Kleinen zu zeigen, diese an den Medien-Pranger zu stellen und so der öffentlichen Verurteilung preiszugeben. Als erstes: Leihen und Verleihen von Geld ist ein normaler Geschäftsvorgang. Auch Schulden sind normal. Griechenland hat Staatsschulden in Höhe von 316 Milliarden und Deutschland von 2.042 Milliarden Euro. Auch andere EU-Staaten haben gigantische Schuldenberge.

Die Schuldenkrise mitsamt der Finanzkrise sind ein alle EU-Staaten tangierendes Problem. Alle 27 EU-Staaten sind betroffen. Doch das Problem der EU ist die EU selbst als Hydra mit 27 Köpfen, die in der jetzigen Form einfach nicht zueinander passen. Konzipiert war die Europäische Union als ein „Europa der Vaterländer“, doch gewachsen ist sie wild wie ein Krebsgeschwür, das sich nun selbst als Wirt bedroht. Die EU ist kein demokratisches Wesen, sondern ein bürokratisches Monster, das an Regulierungs- und Reglementierungswahn zu ersticken droht. Die EU sollte den Völkern ein schützendes Dach sein, ihnen „Freiheit und Frieden“ bringen, doch selbst die Freiheit der Märkte ist in Gefahr.

Jedes Volk sollte seine demokratisch-nationale Souveränität und kulturelle Identität wahren können. Doch diese Rechte gleichen zunehmend leeren Hülsen. Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ verfiel die EU dem Wahn, selbst wieder zur Weltmacht aufsteigen zu können. Ihre Politiker verfielen der Maßlosigkeit und Selbstüberschätzung. Krampfhaft sind diese bemüht, auf allen Ebenen, selbst den unsinnigsten, den Vorreiter spielen zu wollen, dessen Sicht der Welt die einzig wahre sei, der alle sich anzupassen und zu folgen haben. Das

kurioseste und an ideologieblinder Besessenheit nicht zu überbietende Vorhaben ist nicht nur allein der Schutz des Globalklimas, sondern darüber hinaus der Wille, den Klimawandel stoppen und eine „globale Klimagerechtigkeit“ herbeiführen zu können. Selbst in der EU wird man nie zwischen Griechenland und Irland, Portugal und Finnland gleiche Klimaverhältnisse schaffen können.

Die EU hat als Ganzes mit merklichem deutschem Druck eine theoretische Modellgläubigkeit entwickelt, die an Naturferne kaum zu überbieten ist. Naturfern, ja völlig naturfremd ist die Annahme, man könne das Klima schützen, ohne eine totale Kontrolle über das Wetter zu haben. Das Wetter macht, was es will, und keine Macht kann es daran hindern. Es ist immer das Wetter, das Richtung und Stärke eines jeglichen Klimawandels bestimmt. Das Wetter und die Temperaturen sind zudem völlig unabhängig vom CO_2-Gehalt der Atmosphäre, sonst müßte es im Winter auf der Nordhemisphäre wärmer sein als im Sommer, denn aufgrund der Sonnennähe ist Anfang Januar die Solarstrahlung 96 W/m^2 stärker als Anfang Juli. Es ist kein Rettungsschirm denkbar, unter dem in Europa „Klimagerechtigkeit“ machbar wäre.

Es ist dieser utopische und völlig realitätsferne Größenwahn, an dem die so gute Idee Europa zugrundezugehen droht. Die größte Gefahr sehe ich bei der Demokratie selbst. Die Idee zu dieser Staatsform wurde im 5. Jahrhundert vor Christus in den griechischen Stadtstaaten entwickelt. Nach der Beseitigung des Königtums und der Adelsoligarchie einigte man sich auf eine bürgerliche Selbstverwaltung. Der Begriff Demos (Volk) bezog sich auf die Bürgerschaft einer überschaubaren, direkte Partizipation erlaubenden Polis (Gemeinde). Die Übertragung dieses Demokratie-Modells auf Nationalstaaten ist eine Abkehr der Volksherrschaft und eine Zuwendung zu einer rivalisierenden, Volks-Gemeinschaften spaltenden Parteienherrschaft. Dieses Modell dann 27 historisch gewachsenen Völkern mit unterschiedlichen Kulturen und Sprachen überstülpen zu wollen, grenzt an Pervertierung der demokratischen Idee. Daher haben die Vereinigten Staaten, die sich am 4. Juli 1776 für unabhängig erklärt hatten, sich im Jahre 1787 für eine bundesstaatliche Verfassung, für einen souveränen, zunächst aus 13 und heute 50 Bundesstaaten bestehenden Staatenbund entschieden.

Solch ein „Europa der Vaterländer“ stand als Ziel Pate bei der Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Warum und welche Kräfte die Weichen anders gestellt haben, kann hier nicht erörtert werden. Jedenfalls ist die Krise, in der die EU steckt, mehr als nur eine Finanzkrise, die mit dem bisher vorgeschlagenen Instrumentarium nicht behoben werden kann. Weder einzeln noch insgesamt kann sich das „Europa der 27“ selbst aus dem Schuldensumpf ziehen. Im Gegenteil, alle Maßnahmen drohen den Rest an Demokratie und Selbstbestimmung, der den Völkern noch geblieben ist, zunichte zu machen. Der „Vertrag für Stabilität, Koordination und Regierungsfähigkeit“, kurz „Fiskalpakt“ genannt, wird einen bürokratischen „Überbau“ erzeugen, der kaum mehr Raum für nationale Selbstbestimmung beläßt. Auch die Eurobonds stärken vor allem die EU-Kommission und helfen nicht den Staaten, bestenfalls den Banken, die durch eine unverantwortliche Kreditvergabe und den Verkauf „wertloser Wertpapiere“ die Schuldenkrise mit verursacht haben.

Der Freiheit völlig abträglich ist der geplante Euro-Rettungsschirm ESM. Er wird gestützt von der vollen Finanzkraft Deutschlands. Doch worin liegt die Stützkraft eines Staates, der selbst mit über 2.000 Milliarden Euro verschuldet ist? Deutschland schafft selbst nicht einmal ohne Neuverschuldung einen ausgeglichenen Haushalt. Alle Wachstumsprogramme verstärken die Schuldenkrise, denn sie können nur mit neuen Schulden finanziert werden. Der Schirm soll Sicherheit gewähren, aber hinter ihm verbirgt sich ein gefährlicher Anschlag auf die Selbstbestimmung der Völker, auf ihre Souveränität, auf ihre Demokratie. Eine zentralistisch ausgerichtete EU mit einem straffrei ausgestatteten Kontroll- und Weisungsapparat ist kein freier Staatenbund. Dies wird nicht offen gesagt, ist aber die logische Schlußfolgerung aus den bisher gefaßten Beschlüssen.

Kann man es in solch einer Situation besorgten Bürgern verwehren, darüber nachzudenken, ob es nicht besser wäre, Staaten aus dem Zwangskorsett des Euro zu entlassen, um wieder mit einer freien Währung zu gesunden und ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen? Aber die Vernunft wird an dem übermächtigen Willen der Politik scheitern, aus der EU über eine „Große Transformation“ einen „Einheits-Superstaat“ zu machen.

IV. Erläuterungen zu einigen europapolitischen Begriffen

Banken-Union: von der EU geplante einheitliche Regeln und Kontrollen der Banken im EU-Raum durch eine (noch zu schaffende) EU-Aufsicht. Die Banken-Union soll beim Pleitefall einer Bank durch einen gemeinsamen Topf die eingezahlten Sparguthaben der Kunden garantieren.

Bail-out: Übernahme der Schulden eines Staates durch die anderen Staaten. **„No-bail-out“** bedeutet also das Gegenteil: keine Schuldenübernahme – wogegen durch den ESM verstoßen wird.

EFSF: („European Financial Stability Facility”, d. h.: Europäische Finanzstabilisierungs-Einrichtung.) Sie wurde 2010 von den €uro-Ländern gegründet für die Dauer von 3 Jahren (danach soll der ESM kommen). Der EFSF kann bis zu 440 Mrd. €uro Kredite an überschuldete €uro-Länder überweisen. (Der EFSF gilt als erster €uro-Rettungsschirm.)

ESM: (ESM = European Stability Mechanism). Er ist der zweite €uro-Rettungsschirm und viel weitreichender als der ESFS. Der ESM soll den ESFS ersetzen, sobald er von den Staaten ratifiziert ist. Er kann bis zu 700 Mrd. €uro Kredite an wacklige Staaten und Banken ausreichen.

€urobonds: (europäische Staatsanleihen). Sie stehen im Gegensatz zu nationalen Staatsanleihen, die zu unterschiedlich hohen Zinsen von einzelnen Staaten aufgelegt (verkauft) werden. Bei „€urobonds“ verkaufen die 17 €uro-Staaten *gemeinsam* die „Staatsanleihen“ (also die €urobonds) mit einem *gemeinsamen Zins* für alle Mitgliedstaaten. Jedes Land haftet für alle Eurobonds „gesamtschuldnerisch“, d. h. letztlich haftet ***das*** Land (für alle), das noch zahlungskräftig ist. In der Realität heißt dies: Schwache Staaten mußten bisher wegen ihrer niedrigen Bonität höhere Zinsen für Staatsanleihen zahlen. Europäische Staatsanleihen, also Eurobonds, werden für solche Pleitestaaten billiger, weil alle, auch die finanzkräftigen Staaten, jetzt dafür haften. Im Gegenzug werden Staatsanleihen für starke Nationalstaaten teurer als bisher, weil sie für die Pleitekandidaten mithaften müssen. Davon sind besonders Deutschland, Österreich, die Niederlande und Finnland betroffen.

€uro-Gruppe: umfaßt die derzeit 17 EU-Länder mit €uro: Irland, Finnland, Estland, Deutschland, Niederlande, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Spanien, Portugal, Italien, Malta, Zypern, Griechenland, Österreich, Slowenien, Slowakei. Sie wird aus den nationalen Wirtschafts- bzw. Finanzministern gebildet, hinzu kommen der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, der

Präsident der EZB sowie der Vorsitzende des Europäischen Wirtschafts- und Finanzausschusses.

EZB: (Europ. Zentral-Bank) Die EZB ist die oberste €urowährungs-Wächterin und soll eigentlich unabhängig von politischen Weisungen agieren. Das wurde aber in letzter Zeit aufgeweicht z. B. dadurch, daß sie aufgrund politischen Drucks „faule“ Staatsanleihen übernehmen mußten.

Fiskalpakt: Name für den im Dezember 2011 beschlossenen Vertrag über „Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ – 27 EU-Länder ohne Großbritannien und Tschechien. Der Fiskalpakt sieht schärfere Haushalts- und Schuldenkontrollen vor mit höheren Strafen bei Defiziten; soll 2013 in Kraft treten.

Finanztransaktions-Steuer: Steuer auf den Handel mit Finanzprodukten: 0,1 % auf Handel mit Aktien und Anleihen, 0,01 % auf neuartige Finanzprodukte (Derivate), insgesamt auf 50 Mrd. € geschätzt.

IWF: (**Internationaler Währungsfonds** in Washington). Vergibt Kredite an notleidende Länder, z. B. im April 2010 „erstes Rettungspaket“ an Griechenland (110 Mrd. €), Juli 2011 zweites Rettungspaket an Griechenland (109 Mrd. €).

Rettungsschirm: Inoffizielle Bezeichnung für die Hilfs- bzw. Stabilisierungsverträge ESFS und ESM.

Rezession: Wenn die Leistung einer Volkswirtschaft über einen bestimmten Zeitraum abnimmt, spricht man von Rezession – im englischsprachigen Raum nach zwei Quartalen Rückgang, bei uns nach einem vollen Jahr fehlenden Wirtschaftswachstums. Dabei gehen private Investitionen und Unternehmensgewinne zurück, die Steuereinahmen sinken, die Löhne stagnieren, die Sozialabgaben entspr. auch, der Konsum geht zurück, und meist sind Kursverluste an der Börse die Folge.

Schuldenabbau (hier auf Deutschland bezogen.): Wir haben derzeit über 2 Billionen €uro Staats-Schulden – ein Schuldenberg, der praktisch nicht abgebaut werden kann, wie das Folgende zeigt: Unterstellt, daß der Bund bis 2016 (die Länder bis 2020) die Neuverschuldung auf Null senkt und danach jedes Jahr z. B. 10 Mrd. € für den Schuldenabbau verwendet würden, dann wären wir frühestens nach 200 Jahren schuldenfrei – wenn die Voraussetzungen blieben (z. B. gleiche Zinssätze). Wir belasten also die kommenden Generationen in unverantwortlichem Maße.

Staatsanleihen: Verzinste (staatliche) Schuldpapiere, die ein Staat an Anleger (Banken, Private) verkauft, um damit seine Ausgaben zu decken.

Schuldenbremse: Gesetzl. Beschränkung (nach Grundgesetz) der Schuldenaufnahme eines Landes auf 0,35 % der Wirtschaftsleistung. Gilt in Deutschland für den Bund ab 2016, für die Länder ab 2020.

TARGET: („Transeuropean Automated Realtime gross settlement Express Transfer System") bzw. **TARGET 2**: Target 2 ist die zweite Generation des Zahlungsverkehrssystems „Target". Es ist seit 19. November 2007 das gemeinsame Echtzeit-Brutto-Clearingsystem des Eurosystems. Brutto-Clearingsysteme dienen dem täglichen Transfer von Geldern zwischen den angeschlossenen Geldinstituten. „Brutto" bedeutet in diesem Zusammenhang, daß jede einzelne Zahlung aus dem Zentralbankguthaben der auftraggebenden Bank ausgeführt wird. Wenn aus einem Land Zentralbankgeld in ein anderes Land überwiesen wird, entstehen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der EZB. Bei der überweisenden Notenbank entsteht somit ein negativer TARGET2-Saldo (Verbindlichkeiten gegenüber der EZB), und bei der empfangenden Notenbank entsteht ein positiver TARGET 2-Saldo (Forderungen gegenüber der EZB).

In verständlicherer Sprache: Target-Kredite entstehen, indem andere Euroländer für Waren oder Vermögensobjekte, die sie z. B. in Deutschland kaufen, bei der Bundesbank anschreiben lassen, oder indem sie ihre privaten Schulden in Deutschland tilgen und stattdessen eine Schuld gegenüber der Bundesbank akzeptieren. Die Target 2-Kredite der Bundesbank sind im Mai 2012 um weitere 55 Mrd. Euro auf insgesamt 699 Mrd. Euro gestiegen. Knapp 75 % des Nettoauslandsvermögens der Deutschen bestehen nun aus bloßen Target-Forderungen.

Troika: (russisch für: Dreiergruppe) bestehend aus IWF, EZB und EU. Überprüft die Einhaltung der Sparbeschlüsse in/für Länder(n), die Gelder aus dem EU-Rettungsfonds erhalten (z. B. Griechenland, Spanien etc.) und kann ggbfs. Zahlungen stoppen bzw. freigeben.

Transfer-Union: beschreibt die gegenseitige Schuldenübernahme einzelner Staaten durch andere Staaten. Funktioniert etwa wie der dtsch. Länderfinanzausgleich: Die „reichen" Länder finanzieren die „armen" oder haften für deren Schulden. Schön für die „Armen"; denn sie erhalten damit keinen Anreiz zum Sparen, sondern können „lustig" weiter Geld ausgeben.

V. Kleine Selbstdarstellung des Herausgebers

1980 wurde die „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gegründet, um Franz Josef Strauß bei seiner Kandidatur zum Bundeskanzler zu unterstützen. Initiatoren waren u. a. der Verleger Axel Springer, ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, Olympia-Siegerin Jutta Heine, Schachgroßmeister Luděk Pachmann, und der ehemalige Redaktionsleiter der BILD-Zeitung in Bremen, Joachim Siegerist.

Die Geschäftsführung übernahm Peter Helmes, zuvor langjähriger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands. Der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gelang es, insbesondere auch außerhalb Bayerns, eine große Wählerschaft für Franz Josef Strauß zu mobilisieren.

Nach der Wahl galt es, die gewonnenen Freunde zusammenzuhalten und für die konservativen Werte in Gesellschaft und Politik weiterzukämpfen Deshalb gründeten Ende des Jahres 1980 Löwenthal, Pachmann, Strauß-Anwalt Dr. Ossmann, Siegerist, Helmes u. a. die „Konservative Aktion e.V.“, aus der 1985 die Deutschen Konservativen e.V. entstanden.

Die Konservative Aktion e.V. schoß in den Achtzigern ein ganzes Feuerwerk politischer Aktionen ab. So wurde 1983 in der Bernauer Straße in Berlin das erste Loch in die Mauer geschlagen. An jedem 13. August und 17. Juni ging die Konservative Aktion nach Berlin oder an die Zonengrenze. An Tausenden von Luftballons ließ sie Flugblätter gegen die SED-Machthaber in die „DDR“ fliegen. Die „DDR“-Armee versuchte mit Hubschraubern die Flugblätter abzudrängen.

Als Gegengewicht zu den wütenden antiamerikanischen Aktionen der Linken startete die Konservative Aktion bewußt pro-amerikanische Veranstaltungen. Der damalige US-Präsident Reagan, zu dem Joachim Siegerist enge Kontakte hatte, dankte es dem Verband mit einem persönlichen Schreiben.

Auch nach dem Fall der Mauer sprachen sich die Deutschen Konservativen öffentlich gegen jegliche Regierungsbeteiligung der SED-Nachfolgepartei PDS aus (seit 1998 bzw. 2001 in Mecklenburg-Vorpommern

und Berlin Koalition mit der SPD). Sie warfen den Sozialisten vor, ihre Anhängerschaft sei noch immer die gleiche wie zu „DDR“-Zeiten, als die SED Staatspartei war, und hätte diese alten Überzeugungen noch nicht abgelegt.

Die Deutschen Konservativen kämpfen ebenso unnachgiebig gegen den Sozialismus, weil dieser menschenverachtend ist und die Freiheit jedes Bürgers beschneidet. Dabei verweisen sie insbesondere auf die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und der sowjetisch dominierten sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Auf einer ihrer Demonstrationsveranstaltungen gegen eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin sprachen in diesem Zusammenhang auch Vertreter der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ und der „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“, um die Partei an ihre historische Verantwortung zu erinnern.

Heute sind DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V. unbestreitbar die wohl bedeutendste demokratische, konservative Bewegung in Deutschland. Mit mehr als 40.000 Anhängern besteht sie den täglichen Kampf gegen die Linken und die linken Medien.

„Nichts bedroht eine europäische Einigung mehr als die dauerhafte Einrichtung einer Transfer-, also Schuldengemeinschaft; denn aus Freunden würden Gläubiger und Schuldner. Die Haftungsgemeinschaft, die einige Politiker in der EU anstreben, würde die Erpressung der „Retter“ durch die „Geretteten“ ermöglichen. Die Völker des nördlichen Europa, Deutschland, Niederlande, Österreich und die Skandinavier, wären dazu verurteilt, nur noch für die Schulden der südeuropäischen Länder zu arbeiten. So aber wird nur Haß und Unfriede zwischen den europäischen Völkern gesät.”

Peter Helmes